Geschichte

des

Konsulats und Kaiserreichs

von

A. Thiers.

Deutsch

von

Dr. Wilhelm Jordan.

Zwölfter Theil.

Leipzig,

Druck und Verlag von Otto Wigand.

1845.

Funfzehntes Buch.

Die Säkularisationen.

Alle Kabinette beglückwünschen den Ersten Konsul. — Wirkungen des Friedens in England — Herstellung des guten Einvernehmens mit Spanien. — Erledigung des Herzogthums Parma. — Piemont definitiv mit Frankreich vereinigt. — Politik des Ersten Konsuls in Bezug auf Italien. — Das Verhältniß mit dem päpstlichen Stuhl. — Streitigkeit mit dem Dey von Algier. — Zustand der Schweiz. — Landamman Reding in Paris. — Reding vertrieben; die gemäßigte Partei kommt wieder zur Gewalt. — Deutschland nach dem Vertrage von Lüneville. — Die Säkularisationen. — Die Verfassung des deutschen Reiches. — Die protestantische und die katholische Partei; Preußen und Oesterreich; ihre Ansprüche. — Verzweiflung der kleinen Höfe. — Aller Blicke auf den Ersten Konsul gerichtet. — Er entscheidet sich für das Bündniß mit Preußen. — Entschädigungsplan in Uebereinstimmung mit Preußen und den kleinen deutschen Fürsten entworfen. — Dieser Plan wird Rußland mitgetheilt. — Der Kaiser Alexander geht auf den Vorschlag ein, mit Frankreich vereint eine große Vermittelung auszuwirken. — Frankreich und Rußland übergeben dem Reichstage in Regensburg den Entschädigungsplan. — Oesterreichs Verzweiflung; sein Entschluß, dem Plan des Ersten Konsuls die Langsamkeit der Reichsverfassung entgegenzustellen. — Der Erste Konsul vereitelt diese Absicht und läßt die außerordentliche Reichsdeputation den vorgeschlagenen Plan mit einigen Veränderungen annehmen. — Oesterreich besetzt Passau. — Schneller Entschluß des Ersten Konsuls; er droht zu den Waffen zu greifen. — Allgemeine Besorgniß. — Fortsetzung der Unterhandlung. — Reichstagsverhandlungen. — Die Habgier Preußens wird hinderlich. — Der Erste Konsul macht dem Hause Oesterreich ein Zugeständniß und bewilligt ihm das Bisthum Eichstädt. — Der Wiener Hof fügt sich und nimmt das Reichstagskonklusum an. — Rezeß vom Februar 1803 und definitive Regelung der deutschen Angelegenheiten. — Charakter dieser schönen und schwierigen Unterhandlung.

Die Erhebung des Generals Bonaparte zur höchsten Gewalt unter dem Titel eines Konsuls auf Lebenszeit hatte die europäischen Kabinette weder überrascht, noch verletzt. Vielmehr sahen die meisten von ihnen in derselben ein neues Unterpfand der Ruhe für alle Staaten. In England, wo man mit besorgter Aufmerksamkeit Alles beobachtete, was sich bei uns zutrug, hatte sich der Premierminister Addington beeilt, Otto die Zufriedenheit der britischen Regierung und die vollkommene Billigung auszusprechen, welche sie einem Ereigniß zolle, das bestimmt sei, in Frankreich die Ordnung und die Gewalt zu befestigen. Obgleich die Herrschsucht des General Bonaparte Befürchtungen einzuflößen begann, verzieh man sie ihm doch jetzt noch, weil sie diesen Augenblick dazu angewandt wurde, die französische Revolution zu bändigen. Die Herstellung der Altäre, die Zurückberufung der Ausgewanderten hatten die englische Aristokratie erfreut und insbesondere den frommen Georg III. Preußen hatte eben so sprechende Beweise seiner Gesinnung gegeben. Dieser Hof, der sich in der Achtung der europäischen Diplomatie dadurch etwas blosgestellt, daß er Frieden geschlossen mit dem Konvent, war jetzt stolz auf sein gutes Verhältniß mit einer genialen Regierung und schätzte sich glücklich, die Angelegenheiten Frankreichs definitiv in den Händen eines Mannes zu sehn, dessen Mitwirkung es hoffte für seine herrschsüchtigen Pläne in Betreff Deutschlands. v. Haugwitz stattete unserm Botschafter die innigsten Glückwünsche ab, und sagte sogar, es würde weit einfacher sein, die Sache sofort zum Schluß zu bringen und diese lebenslängliche Diktatur, die man dem Ersten Konsul übertragen, in eine erbliche Souveränität zu verwandeln.

Der Kaiser Alexander, der sich angelegentlich bemühte,

von den Vorurtheilen der russischen Aristokratie frei zu scheinen und der mit dem Oberhaupt der französischen Regierung einen fleißigen und freundschaftlichen Briefwechsel unterhielt, sprach sich über die letzten Veränderungen mit vieler Höflichkeit und Anmuth aus. Er ließ den neuen Konsul auf Lebenszeit ebenso zuvorkommend als herzlich beglückwünschen. Der wesentliche Gedanke war überall derselbe. In Petersburg, wie in Berlin und in London, freute man sich, durch die unbegrenzte Verlängerung der Würde des Ersten Konsuls die Ordnung in Frankreich auf eine dauerhafte Weise gesichert zu sehen. In Wien, wo man schmerzlicher als anderwärts, die Schwertstreiche des Siegers von Marengo empfunden, schien dennoch eine Art von persönlichem Wohlwollen für ihn zu entstehen. Der Haß gegen die Revolution war in der Hauptstadt des alten deutschen Reiches so groß, daß man dem energischen und Gehorsam findenden Staatsmann die Siege des Generals verzieh. Man that sogar, als halte man seine Regierung für durchaus gegenrevolutionär, während sie nur erst versöhnend war. Der Erzherzog Karl, der damals dem Kriegswesen vorstand, sagte zu Champagny, in seinen Feldzügen habe sich der Erste Konsul als der größte Feldherr der neuern Zeiten, in der dreijährigen Verwaltung des Staates aber als der gewandteste Staatsmann bewiesen, und indem er so mit dem kriegerischen Verdienst das Verdienst der Regierung verbunden, habe er seinem Ruhme das Siegel aufgedrückt. Ja, was noch auffallender scheinen wird, selbst Karoline, die berüchtigte Königin von Neapel, die Mutter der österreichischen Kaiserin, eine glühende Feindin der Revolution und Frankreichs, die sich damals in Wien befand, empfing Herrn v. Champagny und trug ihm die unerwartetsten Glückwünsche auf für das Oberhaupt der Republik.

„Der General Bonaparte," sagte sie ihm, „ist ein großer Mann. Er hat mir vielfach wehgethan, allein das hindert mich nicht, sein Genie anzuerkennen. Durch die Unterdrückung der Unordnung in Ihrem Lande hat er uns Allen einen Dienst geleistet. Er ist zur Regierung seines Vaterlandes gelangt, weil er ihrer am würdigsten ist. Täglich stelle ich ihn den jungen Prinzen der kaiserlichen Familie als Muster auf und ermahne sie, diesen außerordentlichen Mann zu studiren, um von ihm zu lernen, wie man die Nationen leitet, wie man durch Genie und Ruhm ihnen das Joch der Herrscherwürde erträglich macht."

Gewiß, kein Urtheil konnte dem Ersten Konsul so schmeichelhaft sein, als das dieser feindlichen und besiegten Königin, die sich ebenso sehr durch ihren Geist, als durch die Heftigkeit ihrer Leidenschaften auszeichnete. Der heilige Vater, welcher so eben erst, in Gemeinschaft mit dem Ersten Konsul, das große Werk der Wiederherstellung des Gottesdienstes vollendet hatte, und welcher, trotz der vielen Widerwärtigkeiten, von diesem Werke den Ruhm seiner Regierung erwartete, sah es mit Freuden, wie ein Mann allmälig zum Throne emporstieg, in dem er die festeste Stütze der Religion sah gegen die irreligiösen Vorurtheile des Jahrhunderts. Er drückte ihm seine Zufriedenheit mit väterlicher Innigkeit aus. Spanien endlich, das die leichtfertige und zusammenhangslose Politik des Günstlings einen Augenblick von Frankreich entfernte, schwieg nicht still bei dieser Gelegenheit, sondern zeigte sich zufrieden mit einem Ereigniß, das es in Uebereinstimmung mit den andern Höfen als ein Glück für ganz Europa ansah.

Unter dem Beifall also der ganzen Welt bemächtigte sich dieser Heiler so manchen Uebels, dieser Urheber von so

viel Gutem der neuen Gewalt, mit welcher die Nation ihn bekleidet. Man behandelte ihn wie den wirklichen Souverän Frankreichs. Die fremden Gesandten sprachen von ihm zu den französischen Ministern in den hochachtungsvollen Formen, in denen man von den Königen selbst spricht. Die Etikette war fast schon monarchisch. Unsere Gesandten hatten die grüne Livree des Ersten Konsuls gewählt und man fand dies einfach, natürlich und nothwendig. Diese einmüthige Zustimmung zu einer so schnellen und so wunderbaren Erhebung war aufrichtig gemeint. Allerdings mischten sich darin einige geheime Besorgnisse, jedenfalls aber wurden sie klüglich verhehlt. Es war in der That möglich, in der Erhebung des Ersten Konsuls seine Herrschsucht und in seiner Herrschsucht die baldige Demüthigung Europa's zu gewahren, aber nur die scharfblickendsten Geister vermochten so tief in die Zukunft einzudringen und sie waren es zugleich, welche die Unermeßlichkeit des Guten, das die Konsularregierung bereits verwirklicht, am besten zu würdigen wußten. Doch Glückwünsche sind etwas Vergängliches und sehr bald lassen die Geschäfte wieder die Regierung wie die Einzelnen die schwere und andauernde Last des Daseins fühlen.

In England begann man die ersten Wirkungen des Friedens zu spüren. Wie es in dieser Welt fast immer zu gehen pflegt, entsprachen diese Wirkungen nicht den Hoffnungen. Dreihundert britische Schiffe, die auf ein Mal nach unsern Häfen geschickt waren, hatten ihre Ladungen nicht völlig verkaufen können, weil sie Waaren führten, welche durch die Gesetze der Revolution verboten waren. Als vormals der Vertrag von 1786 unsere Märkte unklugerweise den britischen Erzeugnissen geöffnet hatte, war die französische Industrie, besonders die Baumwollenindustrie, in kurzer Zeit

unterlegen. Seit dem Wiederbeginn des Krieges hatten die Prohibitivmaßregeln der revolutionären Regierung unsern Manufakturen neues Leben verliehen; inmitten der furchtbarsten politischen Erschütterungen hatten dieselben sich wieder aufgeschwungen und eine ansehnliche Entwickelung erreicht. Der Erste Konsul war, wie wir berichtet haben, bei der Unterzeichnung der Londoner Präliminarien keineswegs gemeint gewesen, diesen Zustand der Dinge zu ändern und die Uebelstände zu erneuern, die der Vertrag von 1786 herbeigeführt hatte. Die englische Einfuhr war demnach sehr erschwert und der Handel der City in London beklagte sich darüber lebhaft. Noch aber blieb der Schleichhandel übrig, der theils an der schlechtbewachten belgischen Grenze, theils über Hamburg sehr stark betrieben wurde. Die Kaufleute der letztgenannten Stadt führten englische Waaren nach dem Kontinent ein, verhehlten ihren Ursprung und machten es ihnen möglich, sowol in Frankreich, als in die unter unserer Herrschaft stehenden Länder einzudringen. Ungeachtet der Prohibitivgesetze, die den englischen Produkten in unsern Häfen hinderlich waren, genügte also der Schleichhandel, ihnen Absatz zu verschaffen. Die Fabriken von Birmingham und Manchester befanden sich in ziemlich reger Thätigkeit.

Diese Regsamkeit, der niedrige Preis des Brodes, die angekündigte Aufhebung der Einkommensteuer waren Gründe der Befriedigung, welche die Unzufriedenheit des Großhandels bis zu einem gewissen Punkte aufwogen. Aber diese Unzufriedenheit war bedeutend, denn der Großhandel hatte wenig Vortheil von den Spekulationen auf den Schleichhandel. Er sah das Meer bedeckt von den Flaggen der Nebenbuhler oder Feinde, er war beraubt des Monopols der Schifffahrt, welches ihm der Krieg verschafft, und hatte nicht mehr

zu seiner Entschädigung die großen Finanzoperationen Pitt's. So beklagte er sich denn ziemlich laut über die Täuschungen der Friedenspolitik, ihre Uebelstände für England und ihre ausschließlichen Vortheile für Frankreich. Da die Abtakelung der Flotte eine bedeutende Anzahl von Matrosen müßig ließ, die der britische Handel in seinem gegenwärtigen Zustande nicht zu beschäftigen im Stande war, sah man diese Unglücklichen sich herumtreiben auf den Quais der Themse und oft sogar Noth leiden, ein Anblick, welcher für die Engländer ebenso betrübend war, als es für die Franzosen betrübend gewesen wäre, die Sieger von Marengo oder Hohenlinden in den Straßen von Paris ihr Brod erbetteln zu sehen.

Addington, der fortwährend freundschaftliche Gesinnungen hegte, hatte dem Ersten Konsul die Nothwendigkeit vorgestellt, Handelsübereinkommen zu treffen, welche beide Länder befriedigten und dies als das beste Mittel zur Befestigung des Friedens bezeichnet. Der Erste Konsul theilte die Gesinnung Addington's und hatte eingewilligt, einen Agenten nach London zu schicken, der in Gemeinschaft mit den englischen Ministern ausmitteln sollte, auf welche Weise sich die Interessen der beiden Völker ausgleichen ließen, ohne daß man die französische Industrie zum Opfer bringe.

Allein dies war eine schwierig zu lösende Aufgabe. Die öffentliche Meinung war in London für Alles, was diese Ausgleichung der Handelsverhältnisse betraf, so eifrig eingenommen, daß man von der Ankunft des französischen Agenten viel Aufhebens machte. Er hieß Coquebert; man nannte ihn Colbert, sagte, er sei ein Abkömmling des großen Colbert und lobte ungemein die Angemessenheit einer solchen Wahl zur Abschließung eines Handelsvertrages.

Ungeachtet des guten Willens und der Befähigung dieses Agenten war doch ein glücklicher Erfolg seiner Bemühungen nicht sehr zu erwarten. Die zu bringenden Opfer waren auf beiden Seiten groß und fast ohne Ausgleichung. Die Eisen- und Baumwollenarbeiten machen gegenwärtig die reichsten Gewerbszweige Frankreichs und Englands aus und sind der Hauptgegenstand ihrer Nebenbuhlerschaft im Handel. Wir Franzosen haben es dahin gebracht, in großer Menge und zu sehr niedrigen Preisen Eisen zu schmieden und Baumwolle zu spinnen und zu weben, und allerdings sind wir wenig geneigt, diese beiden Industriezweige zu opfern. Die Schmiedearbeiten waren damals nicht sehr beträchtlich und die beiden Nationen wetteiferten besonders mit ihren Baumwollenwebereien und Kurzwaarenfabriken. Die Engländer verlangten, daß wir unsere Märkte ihrer Baumwolle und ihren kurzen Waaren öffneten. Der Erste Konsul aber war empfänglich für die Besorgnisse unserer Fabrikanten, trachtete mit Ungeduld danach, den Manufakturreichthum in Frankreich zu entwickeln und verweigerte jedes Zugeständniß, das seinen patriotischen Bestrebungen hätte hinderlich sein können. Die Engländer ihrerseits waren damals auch nicht mehr als jetzt geneigt, die uns eigenthümlichen Erzeugnisse zu begünstigen; Weine und Seidenwaaren waren die Artikel, welche wir gern bei ihnen eingeführt hätten. Sie weigerten sich dagegen aus zwei Gründen: wegen der Verpflichtung, die sie gegen Portugal übernommen, den Weinen dieses Landes den Vorzug zu gewähren und weil sie wünschten, die Seidenindustrie zu schützen, die sich in England zu entwickeln angefangen hatte. Während uns die Unterbrechung der Verbindungen die Baumwollenfabrikation eingebracht hatte, hatten sie derselben die Seidenindustrie zu danken. Allerdings hatte sich die Baum-

wollenindustrie bei uns ganz unermeßlich entwickelt, weil nichts uns hinderte, hierin einen vollständigen Erfolg zu erzielen, während die Seidenindustrie in England nur mittelmäßig gedieh, theils wegen des Klimas, theils auch, weil die Engländer nicht so viel Geschmack besitzen. Nichts destoweniger wollten die Engländer uns weder den Vertrag von Methuen, der sie an Portugal band, noch ihre im Entstehen begriffenen Seidenmanufakturen zum Opfer bringen, auf welche sie übertriebene Hoffnungen setzten.

Solche Interessen mit einander auszugleichen war fast unmöglich. Man hatte vorgeschlagen, von den aus einem in das andere der beiden Länder eingeführten Waaren einen Eingangszoll zu erheben, welcher dem Gewinn der Schmuggler gleich käme, um so einen Handel, der nur den Schmugglern zu Gute kam, freizugeben und für die Staatskasse einträglich zu machen. Dieser Vorschlag beunruhigte sowol die englischen, als die französischen Manufakturisten. Außerdem war der Erste Konsul überzeugt von der Nothwendigkeit großer Mittel zur Erreichung großer Erfolge und wollte der Baumwollenindustrie, die er damals für die erste und wünschenswertheste von allen hielt, die große Ermuthigung eines unbedingten Verbots nebenbuhlerischer Produkte sichern.

Zur Vermeidung dieser Schwierigkeiten hatte der französische Agent ein auf den ersten Blick verführendes, aber fast unmögliches System ersonnen. Er hatte vorgeschlagen, alle englischen Produkte unter mäßigem Zoll in Frankreich einführen zu lassen, unter der Bedingung, daß das sie einführende Schiff unmittelbar einen gleichen Werth an französischen Produkten mit zurücknehme. Dasselbe sollte von unsern Schiffen, die nach England gingen, gelten. Dies war eine sichere Art, die nationale Arbeit in demselben Verhältniß, als die

ausländische, zu ermuthigen. Diese Kombination hatte noch einen andern Vortheil, den nämlich, daß sie den Engländern ein Mittel des Einflusses entzog, das sie vermöge ihrer ungeheuern Kapitalien in gewissen Ländern auf eine gefährliche Weise benutzten. Dies Mittel bestand darin, daß sie den Nationen, mit welchen sie handelten, Kredit gaben, sich so bei ihnen zu Gläubigern beträchtlicher Summen und gewissermaßen zu den Kommanditeurs ihres Handels machten. So waren sie in Rußland und in Portugal verfahren und die Besitzer von einem Theil des Kapitals geworden, das sich in diesen beiden Staaten in Umlauf befand. Durch diese Kreditbewilligung beförderten sie den Absatz ihrer Produkte und sicherten sich außerdem das Uebergewicht, welches der Darleiher über den Schuldner hat. Die Unmöglichkeit, in der sich der russische Handel befand, sich ohne sie zu behelfen, eine Unmöglichkeit, die so groß war, daß die Kaiser nicht mehr frei über Krieg oder Frieden verfügen konnten, wofern sie nicht durch einen Dolchstoß fallen wollten, bewies zur Genüge die Gefahr dieser Ueberlegenheit.

Die vorgeschlagene Kombination, welche darauf berechnet war, dem englischen Handel gewisse Schranken zu setzen, hatte leider so große Schwierigkeiten in der Ausführung, daß es nicht gut möglich war, sie anzunehmen. Einstweilen aber beschäftigte sie die Gemüther und ließ einige Hoffnung auf Verständigung übrig. Diese Unverträglichkeit der Handelsinteressen war aber doch noch nicht hinreichend, den Krieg zwischen den beiden Völkern wieder zu entzünden, wenn sich nur ihre politischen Bestrebungen versöhnen ließen und besonders, wenn es dem Ministerium Addington gelang, sich gegen das Ministerium Pitt zu behaupten.

Addington betrachtete sich als den Urheber des Friedens,

wußte, daß hierin sein Vortheil vor Pitt bestehe und wollte sich denselben bewahren. In einer langen Unterhaltung mit Otto hatte er sich hierüber auf das Verständigste und Freundschaftlichste geäußert. „Ein Handelsvertrag, hatte er gesagt, wäre die sicherste und dauerhafteste Bürgschaft für den Frieden. Bis man sich über diesen Punkt verständigen kann, ist einige Schonung von Seiten des Ersten Konsuls in gewissen Angelegenheiten nothwendig, um das englische Publikum in guter Stimmung gegen Frankreich zu erhalten. Ihr habt thatsächlich Besitz genommen von Italien durch die Vereinigung Piemonts mit Euerm Gebiet und durch die Uebertragung der Präsidentschaft der italienischen Republik an den Ersten Konsul. Eure Truppen halten die Schweiz besetzt, Ihr ordnet als Schiedsrichter die Angelegenheiten Deutschlands. Wir wollen alle diese Ausdehnungen der französischen Macht hingehen lassen; wir überlassen Euch das Festland. Aber es giebt gewisse Länder, in Betreff deren der Geist des englischen Volkes leicht erhitzt werden könnte: ich meine Holland und die Türkei. Ihr seid Gebieter über Holland; das ist eine natürliche Folge Eurer Stellung am Rhein. Fügt aber nichts Aeußerliches hinzu zu der wirklichen Herrschaft, die Ihr gegenwärtig über dies Land ausübt. Wolltet Ihr z. B. dort thun, was Ihr bereits in Italien gethan, indem Ihr dem Ersten Konsul die Präsidentschaft über diese Republik ausgewirkt, so würde darin der englische Handel eine Art Vereinigung Hollands mit Frankreich sehen und die lebhaftesten Besorgnisse fassen. In Betreff der Türkei würde jede neue Darlegung der Gedanken, welche die ägyptische Expedition herbeigeführt, in England einen plötzlichen und allgemeinen Zornausbruch veranlassen. Bereitet uns also, wir bitten innig darum, keine Schwierigkeit dieser Art;

schließen wir in Betreff unserer Handelsangelegenheiten ein Uebereinkommen, so gut es geht; wirken wir für den Malteserorden die Bürgschaft der Mächte aus, damit wir die Insel räumen können und Ihr werdet den Frieden sich befestigen und die letzten Spuren der Erbitterung verschwinden sehen.“ *)

Diese Worte Addington's waren aufrichtig gemeint, was er übrigens auch dadurch bewies, daß er sich aufs Eifrigste bemühte, die Bürgschaft der Mächte für den neuen Zustand der Dinge in Malta auszuwirken, den der Friede von Amiens festgesetzt hatte. Leider hatte Talleyrand aus einer Nachlässigkeit, die er sich zuweilen in den wichtigsten Angelegenheiten erlaubte, es unterlassen, unserm Agenten Instruktionen in Betreff dieses Gegenstandes zu geben, und so ließ er die englischen Agenten allein die Auswirkung einer Garantie betreiben, welche die vorgängige Bedingung der Räumung Malta's war. Dies führte bedauerliche Verzögerungen herbei und hatte später beklagenswerthe Folgen. Addington wünschte also aufrichtig den Frieden zu erhalten. Wofern er nicht durch den Einfluß Pitt's besiegt wurde, durfte man auf das Bestehen desselben hoffen; allein Pitt befand sich zwar nicht im Kabinet, war aber mächtiger als jemals. Während Dundas, Windham und Grenville die Londoner Präliminarien und den Frieden von Amiens öffentlich angegriffen, hatte er sich im Hintergrunde gehalten, seinen Freunden das Gehässige dieser Aufforderungen zum Kriege überlassen, aus deren Heftigkeit er Vortheil zog, dabei ein

*) Diese Worte geben genau den wesentlichen Inhalt mehrerer Unterredungen an, die Otto in seinen Depeschen berichtet hat.

imponirendes Schweigen beobachtet und sich fortwährend die Sympathien der alten Majorität bewahrt, deren Stütze er achtzehn Jahre hindurch gewesen, obschon er sie Addington überließ bis zu dem Tage, an dem er den Augenblick würde gekommen glauben, sie ihm wieder zu nehmen. Er erlaubte sich keinen Schritt, der wie eine Feindseligkeit gegen das Ministerium aussehen könnte, sondern nannte Addington stets seinen Freund, aber man wußte, daß er nur ein Zeichen zu geben brauchte, um das Parlament zu stürzen. Der König haßte ihn und wünschte seine Entfernung; aber der englische Großhandel war ihm ergeben und hatte nur zu ihm Vertrauen. Seine minder vorsichtigen Freunde führten gegen Addington einen unverhohlenen Krieg und man vermuthete, sie seien die Organe seines wahren Gedankens. Zu dieser torystischen Opposition kam die alte whigistische, geleitet von Fox und Sheridan, ohne sich jedoch mit ihr zu vereinigen, ja dieselbe sogar bekämpfend. Die letztere hatte fortwährend den Frieden verlangt. Seitdem man ihr denselben verschafft, gehorchte sie der gewöhnlichen Neigung des menschlichen Herzens, welches stets minder liebt, was es hat. Sie schien diesen vielgepriesenen Frieden nicht mehr so hoch zu halten und ließ den übertriebenen Freunden Pitt's freien Lauf, wenn sie gegen Frankreich predigten. Uebrigens schien auch die französische Revolution in der neuen und minder freisinnigen Gestalt, welche sie jetzt angenommen, einen Theil der Sympathieen der Whigs verloren zu haben. Addington hatte also zweierlei Gegner, die torystische Opposition der Freunde Pitt's, welche sich stets über den Frieden beklagte, und die whigistische, die sich zu demselben etwas weniger Glück zu wünschen anfing. Wurde dies Ministerium gestürzt, so war Pitt der einzige mögliche Minister und mit ihm schien der

Krieg zurückzukehren, der unvermeidliche, erbitterte Krieg, der nicht endigen konnte, bevor eine der beiden Nationen zu Grunde gerichtet war. Leider hatte einer jener Mißgriffe, zu denen die Oppositionen oft durch ihre Ungeduld verleitet werden, Pitt einen unerhörten Triumph verschafft. Obgleich nämlich die Whigopposition das Ministerium Addington bereits gleichzeitig, aber freilich nicht im Einverständniß mit den übertriebenen Freunden Pitt's bekämpfte, so hegte sie doch gegen den Letzteren einen unversöhnlichen Haß. Burdett stellte einen Antrag, eine Untersuchung zu veranlassen über den Zustand, in welchen Pitt, in Folge seiner langen Verwaltung, England hinterlassen habe. Die Freunde dieses Ministers erhoben sich mit Wärme und setzten an Stelle dieses Vorschlags einen andern, der dahin lautete, man solle den König um ein Zeichen der Nationaldankbarkeit bitten für den großen Staatsmann, welcher die Verfassung Englands gerettet und seine Macht verdoppelt. Sie wollten sogleich zur Abstimmung schreiten. Jetzt wichen die Opponenten zurück und verlangten eine Verschiebung um einige Tage. Pitt ließ ihnen dieselbe mit einer Art von Geringschätzung bewilligen. Nach diesen einigen Tagen aber ward der Antrag wieder aufgenommen. Diesmal blieb Pitt absichtlich aus der Sitzung fort und in seiner Abwesenheit verwarf eine ungeheure Majorität den Vorschlag Burdett's und setzte an Stelle desselben eine Motion, die den schönsten Ausdruck der Nationaldankbarkeit gegen den abgetretenen Minister enthielt. Inmitten dieser Kämpfe schwand das Ministerium Addington immer mehr dahin; der ganze Haß seiner Feinde trug nur dazu bei, Pitt's Ansehen zu vergrößern und seine Rückkehr ans Ruder war eine Möglichkeit, welche die Ruhe der Welt bedrohte. Seine Absichten wurden jedoch mehr vermuthet,

als wirklich gekannt, und er sagte nicht ein Wort, das den Frieden oder den Krieg hätte andeuten können.

Die englischen Journale kehrten zwar nicht zu ihrer früheren heftigen Sprache zurück, waren jedoch minder wohlwollend gegen den Ersten Konsul und begannen aufs Neue gegen die Herrschsucht Frankreichs zu predigen. Doch aber waren sie noch weit entfernt von jener gehässigen Heftigkeit, zu der sie später herabsanken. Diese Rolle überließ man, mit Schmerz müssen wir es bekennen, den ausgewanderten Franzosen, welche der Friede aller ihrer Hoffnungen beraubte und die durch Beleidigungen des Ersten Konsuls und ihres Vaterlandes die Wuth der Zwietracht neu anfachen wollten zwischen zwei Nationen, welche nur allzu leicht gegen einander aufzureizen sind. Ein Pamphletschreiber, Namens Peltier, der sich dem Dienste der bourbonischen Prinzen gewidmet, schrieb gegen den Ersten Konsul, gegen seine Gemahlin, gegen seine Schwestern und Brüder abscheuliche Schmähschriften, in welchen diesen Personen alle Laster beigelegt wurden. Diese Schmähschriften, die von den Engländern mit der Verachtung aufgenommen wurden, welche ein freies und an die Zügellosigkeit der Presse gewöhntes Volk gegen die Ausschweifungen derselben empfindet, machten in Paris einen ganz andern Eindruck. Sie füllten das Herz des Ersten Konsuls mit Bitterkeit, und ein gemeiner Skribler, der sich zum Werkzeug der niedrigsten Leidenschaften hergab, hatte die Macht, den größten Mann inmitten seines Ruhmes schmerzlich zu verletzen, gleich jenen Insekten, die darauf erpicht sind, die edelsten Geschöpfe der Natur zu quälen. Glücklich das Land, das seit langer Zeit gewöhnt ist an die Freiheit, denn dort sind diese gemeinen Beamten der Verläumdung der Mittel zu schaden beraubt; dort sind sie so bekannt, so verachtet,

daß sie nicht mehr die Macht haben, große Seelen zu beunruhigen.

Zu diesen Schmähungen kamen die Intriguen des berüchtigten Georg und der Bischöfe von Arras und von Saint-Pol de Leon, die an der Spitze derjenigen Bischöfe standen, die sich geweigert, ihrem Amt zu entsagen. Die Polizei hatte ihre Söldlinge betroffen, während sie Schmähschriften nach der Vendée brachten und versuchten, dort den immer noch glimmenden Haß wieder anzuschüren. Diese Ursachen, so verächtlich sie auch waren, erzeugten doch eine wahre Verstimmung und führten zuletzt einen Antrag von Seiten des französischen Kabinets herbei, welcher das britische Kabinet in Verlegenheit setzen mußte. Der Erste Konsul, der zu empfindlich war gegen Angriffe, welche eher Verachtung als Zorn verdienten, verlangte, unter Berufung auf die Fremdenbill, die Ausweisung Peltier's, Georg's und der Bischöfe von Arras und Saint-Pol aus England. Addington, der sich gegenüber viele Feinde bereit sah, ihm die geringste Nachgiebigkeit gegen Frankreich zum Vorwurf zu machen, schlug zwar nicht rund ab, was man von ihm verlangte und wozu die englischen Gesetze ermächtigten; aber er versuchte, die Sache hinzuziehen, indem er sich darauf berief, daß es nothwendig sei, die öffentliche Meinung zu schonen, welche in England höchst argwöhnisch und in diesem Augenblick im Begriff sei, sich von Parteideklarationen irre leiten zu lassen. Der Erste Konsul war gewohnt, die Parteien zu verachten, begriff daher diese Gründe nicht sehr und beklagte sich über die Schwäche des Ministeriums Addington in einer hochfahrenden und fast verletzenden Weise. Doch hörten die Beziehungen der beiden Kabinette darum noch nicht auf, wohlwollend zu bleiben. Beide suchten die Erneuerung eines kaum

beendeten Krieges zu verhindern. Addington sah darin seine Ehre und die Bedingung seines Bestehens. Der Erste Konsul sah in der Fortdauer des Friedens die Gelegenheit neuen Ruhmes für sich und die Erfüllung der edelsten Pläne für das öffentliche Gedeihen.

Spanien begann wieder aufzuathmen aus seinem langen Elend. Die Silberschiffe waren wie früher die einzige Hülfsquelle der Regierung. Beträchtliche Summen Piaster, welche während des Krieges in den Generalkapitänschaften Mexiko's und Peru's vergraben gelegen, waren jetzt nach Europa hinübergeschafft und man hatte bereits für nahe an 300 Millionen Franken erhalten. Hätte eine andere Regierung, als die eines unfähigen und sorglosen Günstlings das Geschick Spaniens zu leiten gehabt, so würde dies Land seinen Kredit haben heben, seine Seemacht herstellen und sich wieder in den Stand setzen können, eine rühmlichere Rolle zu spielen in den Kriegen, welche die Welt noch immer bedrohten. Aber diese Metallschätze Amerika's geriethen in ungeschickte Hände, die sie verschleuderten und nicht zu den edeln Zwecken verwendeten, denen man sie hätte widmen sollen. Der kleinste Theil diente dazu, den Kredit des Papiergeldes aufrecht zu erhalten, und mit dem größten Theile wurden die Ausgaben des Hofes bezahlt. Nichts, oder doch fast nichts erhielten die Arsenale von Cadix, Ferrol und Carthagena. Spanien wußte weiter nichts zu thun, als sich über das Bündniß mit Frankreich zu beklagen und demselben den Verlust Trinidads Schuld zu geben, als hätte es sich an Frankreich zu halten gehabt wegen der traurigen Rolle, die der Friedensfürst es sowol im Kriege, als in den Unterhandlungen hatte spielen lassen. Ein Bündniß ist nur dann von Nutzen, wenn man seinen Verbündeten eine wirkliche Macht zubringt, welche sie

würdigen und die sie hoch anschlagen müssen. Als aber Spanien gemeinschaftliche Sache mit Frankreich machte, durch seine offenbaren Interessen zum Seekriege bewogen, wußte es denselben, nachdem es einmal darin verwickelt war, nicht mehr durchzuführen, wurde fast eben so sehr ein Hinderniß, als eine Hülfe für seine Verbündeten und schleppte sich hin in ihrem Gefolge, fortwährend unzufrieden mit sich und den andern. Auf diese Weise war es allmälig aus der Innigkeit zur Feindseligkeit gegen Frankreich übergegangen. Die nach Portugal geschickte französische Division war unwürdig behandelt worden, wie wir gesehen, und der Erste Konsul hatte eine gewaltige Drohung ergehen lassen müssen, um die Folgen eines sinnlosen Benehmens zu verhindern. Von diesem Zeitpunkt an waren diese Beziehungen etwas besser geworden. Die beiden Mächte hatten außer den allgemeinen, ihnen seit einem Jahrhundert gemeinsamen Interessen, auch noch besondere Interessen des Augenblicks, welche dem spanischen Königspaare sehr am Herzen lagen und geeignet waren, sie dem Ersten Konsul zu nähern: die Interessen, welche entstanden durch die Bildung des Königreichs Etrurien.

Der Madrider Hof beschwerte sich über den herrischen Ton, den der französische Gesandte in Florenz, der General Clarke, führte. Der Erste Konsul hatte diese Beschwerden berücksichtigt und dem General Clarke geboten, den zur Regierung berufenen jungen Infanten weniger und auf eine mildere Weise zu rathen. Aus Rücksicht gegen den spanischen Hof hatte er den alten Großherzog von Parma, den Bruder der Königin Louise, im ungestörten Genuß seiner Herrschaft sterben lassen. Jetzt aber, da dieser Fürst todt war, gehörte sein Herzogthum Frankreich, kraft des Vertrages, durch den das Königthum Etrurien errichtet war. Karl IV. und die

Königin, seine Gemahlin, trugen heißes Verlangen nach diesem Lande für ihre Kinder, denn dieser Gebietszuwachs hätte das Königreich Etrurien zum zweiten Staate Italiens gemacht. Der Erste Konsul schlug die Wünsche der spanischen Königsfamilie nicht unbedingt ab, aber er verlangte Zeit, um nicht bei den großen Höfen zu viel Argwohn zu erregen durch eine neue Handlung der Allgewalt. Indem er dies Herzogthum einstweilen behielt, ließ er den Kabinetten, welche die alte Dynastie Piemont in ihren Schutz nahmen, die Hoffnung einer Entschädigung für diese unglückliche Dynastie; er ließ dem Papst Aussicht auf eine Verbesserung seiner gegenwärtigen Lage, welche seit dem Verluste der Legationen eine drückende war; endlich aber ließ er dadurch den Angelegenheiten Italiens, welche Europa seit einigen Jahren so oft hatte ordnen und wieder ordnen gesehen, einige Augenblicke Ruhe. Die neuen Verhandlungen in Betreff Parma's hatten, obschon aufgeschoben, die beiden Kabinette von Paris und Madrid einander bald wieder genähert. Karl IV. hatte sich mit seiner Frau und seinem Hofe mit Pomp nach Barcelona begeben, um dort eine Doppelhochzeit zu feiern, die des wahrscheinlichen Thronerben von Spanien, später Ferdinand VII., mit einer neapolitanischen Prinzessin, und die des neapolitanischen Kronprinzen mit einer spanischen Infantin. Man entfaltete bei dieser Gelegenheit in der Hauptstadt Cataloniens einen ungewöhnlichen Luxus, welcher für den Zustand der spanischen Finanzen viel zu groß war. Von dieser Stadt aus wurden mit dem konsularischen Hofe die artigsten Höflichkeitsbezeugungen ausgetauscht. Karl IV. beeilte sich, die Doppelheirath seiner Kinder dem Ersten Konsul wie einem befreundeten Souverän anzuzeigen. Der Erste Konsul antwortete mit gleicher Zuvorkommenheit und im

Tone der offensten Herzlichkeit. Da ihm stets ernste Interessen am Herzen lagen, wollte er diesen Augenblick benutzen, um die Handelsverhältnisse der beiden Länder zu verbessern. Er hatte die Zulassung unserer Baumwollenwaaren nicht auswirken können, weil die Regierung Karl's IV. die im Entstehen begriffene Industrie Cataloniens zu schonen strebte, doch hatte er die Herstellung der Vortheile erhalten, die früher in der Halbinsel den meisten unserer Erzeugnisse zugestanden waren. Besonders bemüht hatte er sich, einen in seinen Augen sehr wichtigen Gegenstand durchzusetzen: die Einführung der schönen spanischen Schafe in Frankreich. Der Konvent hatte vormals den glücklichen Gedanken gehabt, dem Vertrage von Basel einen geheimen Artikel einzuverleiben, durch welchen Spanien sich verpflichtete, fünf Jahre hindurch jährlich tausend Merino-Mutterschafe und hundert Merino-Böcke nebst funfzig andalusischen Hengsten und hundert und funfzig andalusischen Stuten ausführen zu lassen. Aber während der damaligen Wirren war weder ein Schaf, noch ein Pferd angekauft worden. Auf einen Befehl des Ersten Konsuls hatte der Minister des Innern Agenten nach der Halbinsel geschickt, mit dem Auftrage, innerhalb eines einzigen Jahres auszuführen, was in fünf Jahren hatte geschehen sollen. Die spanische Verwaltung, die stets sehr eifersüchtig war auf den ausschließlichen Besitz dieser schönen Thiere, weigerte sich hartnäckig gegen dieses Verlangen und führte zur Entschuldigung die große Sterblichkeit an, die in den vorhergehenden Jahren geherrscht habe. Man zählte indeß in Spanien 7 Millionen Merinoschafe, und 5—6000 dieser Thiere konnten nicht schwer aufzutreiben sein. Nach ziemlich lebhaftem Widerstande fügte sich die spanische Regierung den Wünschen des Ersten Konsuls, obschon sie die Erfüllung derselben

noch etwas verzögerte. So waren die Beziehungen zwischen diesen beiden Höfen wieder ganz freundschaftlich geworden. General Beurnonville, noch kürzlich Botschafter in Berlin, hatte diese Residenz verlassen, um sich nach Madrid zu begeben, und war mit eingeladen worden zu den Familienfesten in Barcelona.

Die Sicherheit der Schifffahrt auf dem Mittelmeere nahm die Sorge des Ersten Konsuls auf eine ganz besondere Weise in Anspruch. Der Dey von Algier war so unbedacht gewesen, Frankreich eben so zu behandeln, wie er die christlichen Mächte zweiten Ranges behandelte. Zwei französische Fahrzeuge waren aufgehalten und nach Algier gebracht worden. Einer unserer Offiziere war auf der Rhede von Tunis von einem algierischen Offizier belästigt worden, die Bemannung eines an der afrikanischen Küste gescheiterten Schiffes von den Arabern gefangen gehalten, die Korallenfischerei unterbrochen und endlich ein neapolitanisches Fahrzeug von afrikanischen Seeräubern auf der Höhe der hyerischen Inseln gekapert. Als die algierische Regierung über diese verschiedenen Punkte zur Rede gestellt wurde, wagte sie dafür, daß sie Frankreich Gerechtigkeit widerfahren lasse, einen ähnlichen Tribut zu verlangen, wie von Spanien und den italienischen Mächten. Der Erste Konsul war entrüstet und ließ auf der Stelle einen Offizier seines Palastes, den Adjudanten Hullin, mit einem Briefe für den Dey abgehen. In diesem Briefe erinnerte er den Dey, daß er das Reich der Mameluцken zerstört habe, kündigte ihm die Absendung eines Geschwaders und Heeres an und drohte ihm mit der Eroberung der ganzen afrikanischen Küste, wofern nicht die in Haft gehaltenen Franzosen und Italiener, so wie die gekaperten Schiffe auf der Stelle herausgegeben und ein ausdrückliches Versprechen

geleistet würde, die Flaggen Frankreichs und Italiens in Zukunft zu achten. „Gott hat entschieden, sagte er ihm, daß alle diejenigen sollen gezüchtigt werden, die ungerecht gegen mich sind. Ich werde Eure Stadt und Euren Hafen zerstören, ich werde mich Eurer Küsten bemächtigen, wofern Ihr nicht Frankreich achtet, dessen Oberhaupt ich bin, und Italien, wo ich gebiete." Der Erste Konsul dachte in der That daran, auszuführen, was er sagte, denn er hatte bereits die Bemerkung gemacht, daß der Norden Afrika's von großer Fruchtbarkeit sei und mit Vortheil von den Händen der Europäer bebaut werden könne, anstatt den Seeräubern zum Schlupfwinkel zu dienen. Drei Schiffe liefen von Toulon aus, zwei wurden aufgetakelt und fünf erhielten Befehl, aus dem Ocean in das Mittelmeer zu segeln. Aber alle diese Anordnungen waren überflüssig. Der Dey erfuhr bald, mit welcher Macht er es zu thun habe, warf sich dem Besieger Aegyptens zu Füßen, ließ die Gefangenen frei, gab die französischen und italienischen Fahrzeuge heraus, verurtheilte die Agenten zum Tode, über welche wir uns zu beschweren hatten und schenkte ihnen nur auf Grund eines Gnadengesuchs des französischen Gesandten das Leben. Die Korallenfischerei stellte er her und versprach, die französische und italienische Flagge gleich sehr und unbedingt zu achten.

Italien war sehr ruhig. Die neue italienische Republik begann sich zu organisiren unter der Leitung des Präsidenten, welchen sie sich gewählt und der durch sein mächtiges Ansehn die ordnungslosen Bewegungen niederhielt, denen ein neuer und republikanischer Staat stets ausgesetzt ist. Der Erste Konsul hatte sich endlich entschlossen, die Insel Elba und Piemont officiell mit Frankreich zu vereinigen. Die Insel Elba, die man vom König von Etrurien für das vom

neapolitanischen Hofe erhaltene Fürstenthum Piombino eingetauscht, war von den Engländern geräumt und sogleich für einen Theil des französischen Gebiets erklärt worden. Die Vereinigung Piemonts, welche thatsächlich seit zwei Jahren vollzogen von England während der Unterhandlungen in Amiens mit Stillschweigen übergangen und sogar von Rußland zugegeben war, das sich darauf beschränkte, irgend welche Schadloshaltung für das Haus Sardinien zu verlangen, wurde von allen Höfen geduldet als eine unvermeidliche Nothwendigkeit. Preußen und Oesterreich waren bereit, sie durch ihre Zustimmung zu bestätigen, wenn man ihnen einen guten Theil bei der Vertheilung der geistlichen Staaten verspräche. Diese Vereinigung Piemonts, die durch ein organisches Senatskonsult vom 24. Fruktidor des Jahres X (11. September 1802) officiell verkündet wurde, setzte daher Niemand in Erstaunen und war kein Ereigniß. Ueberdies war die Vakanz des Herzogthums Parma eine Hoffnung, welche man allen verletzten Interessen in Italien ließ. Das schöne Land Piemont wurde in sechs Departements eingetheilt: Po, Doire, Marengo, Sesia, Stura, Tanaro. Es sollte siebzehn Abgeordnete in den gesetzgebenden Körper schicken. Turin wurde für eine der großen Städte der Republik erklärt. Dies war der erste Schritt Napoleon's über die sogenannten natürlichen Grenzen Frankreichs hinaus, d. h. hinaus über den Rhein, die Alpen und die Pyrenäen. In den Augen der europäischen Kabinette würde eine Vergrößerung niemals ein Fehler sein, wenigstens nach ihrem gewöhnlichen Verfahren zu schließen. Es giebt jedoch Vergrößerungen, welche wirkliche Fehler sind, und der Verlauf dieser Geschichte wird es zeigen. Als solche muß man sie betrachten, wenn sie über die Grenzen hinaus liegen, die man leicht vertheidigen kann, und wenn

sie eine achtungswerthe und widerstehende Nationalität verletzen. Aber man muß es anerkennen, daß von allen außergewöhnlichen Eroberungen, die Frankreich in diesem Vierteljahrhundert gemacht, Piemont die am wenigsten tadelnswerthe war. Wenn es möglich gewesen wäre, Italien unverzüglich zu konstituiren, so wäre es das Verständigste gewesen, es ganz zu einem einzigen Nationalkörper zu vereinigen; aber wie mächtig auch der Erste Konsul damals war, er war doch noch nicht genug Herr Europa's, um sich eine solche Schöpfung zu erlauben. Er hatte einen Theil Italiens Oesterreich lassen müssen, welches den ehemaligen venetianischen Staat bis an die Etsch besaß, und einen andern Theil Spaniens, das für seine beiden Infanten die Bildung des Königreichs Etrurien verlangt hatte. Bewogen von einem religiösen Interesse, hatte er sich genöthigt gesehen, den Papst fortbestehen zu lassen, und im Interesse des allgemeinen Friedens die Bourbonen in Neapel. Für den Augenblick also war es unmöglich, Italien vollständig zu organisiren, und der Erste Konsul konnte diesem Lande höchstens einen Uebergangszustand gewähren, der besser war, als der frühere, und geeignet, seinen künftigen Zustand vorzubereiten. Indem er in der Mitte Italiens eine Republik errichtete, welche das mittlere Pothal einnahm, hatte er einen Keim der Freiheit und Unabhängigkeit hineingepflanzt. Indem er Piemont nahm, verschaffte er sich hier eine feste Grundlage zur Bekämpfung der Oesterreicher. Diesen gab er Nebenbuhler, indem er die Spanier hinberief. Indem er den Papst bestehen ließ und ihn für sich zu gewinnen suchte, indem er die Bourbonen von Neapel duldete, schonte er die alte Politik Europas, jedoch ohne ihr darum die Politik Frankreichs zu opfern. Kurz, was er gegenwärtig that, war ein Anfang, welcher einen

besseren und definitiven Zustand für die spätere Zeit nicht ausschloß, sondern ihn vielmehr vorbereitete.

Die Beziehungen mit dem römischen Hofe waren täglich inniger. Der Erste Konsul hörte mit großer Gefälligkeit die Klagen des heiligen Vaters über seine Bekümmernisse an. Alles, was die Angelegenheiten der Kirche betraf, ging diesem ehrwürdigen Oberpriester sehr zu Herzen. Die Entziehung der Legationen hatte die Finanzmittel des heiligen Stuhls bedeutend verringert. Die Abschaffung einer Menge von Gebühren, die früher in Frankreich erhoben wurden und die sich auch auf Spanien auszudehnen drohte, hatte ihn noch ärmer gemacht. Pius VI. beklagte sich darüber bitter, nicht seinetwegen, denn er lebte wie ein Einsiedler, sondern wegen seiner Geistlichkeit, die er kaum unterhalten konnte. Da jedoch in den Augen des würdigen Oberpriesters die geistigen Interessen hoch über den weltlichen standen, beschwerte er sich zugleich, zwar mild, aber sehr schmerzlich über die berühmten organischen Artikel. Man wird sich erinnern, daß der Erste Konsul, nachdem er in dem Konkordat die allgemeinen Bedingungen der Wiederherstellung der Altäre zusammengefaßt, Alles das, was sich auf die äußere Ordnung des Gottesdienstes bezog, einem Gesetze vorbehalten hatte. Dies Gesetz hatte er nach den Grundsätzen der alten französischen Monarchie abgefaßt. Das Verbot, irgend eine Bulle oder Schrift ohne Erlaubniß der Staatsbehörde zu veröffentlichen; die Bestimmung, daß kein Legat des heiligen Stuhls ohne zuvorige Anerkennung seiner Vollmachten von Seiten der französischen Regierung seine Funktionen ausüben dürfe; die Gerichtszuständigkeit des Staatsraths bei Untersuchung wegen Mißbrauchs der Kirchengewalt; die Unterwerfung der Seminarien unter strenge Regeln, die Verpflichtung, sich in

denselben zu der Erklärung von 1682 zu bekennen; die Aufnahme der Ehescheidung in unsere Gesetze; das Verbot, die kirchliche Trauung vor der bürgerlichen zu vollziehen; die vollständige und definitive Uebertragung der Familienregister an die Municipalbeamten: über alle diese Gegenstände machte der Papst Vorstellungen, denen der Erste Konsul zwar Gehör schenkte, jedoch ohne sie zugeben zu wollen, da er glaubte, diese Gegenstände durch die organischen Artikel verständlich und unantastbar geordnet zu haben. Der Papst that beharrlich Einspruch, ohne es jedoch bis zu einem Bruch treiben zu wollen. Die religiösen Angelegenheiten endlich in der Republik, die Säkularisation in Deutschland, durch welche die Kirche einen Theil des deutschen Bodens verlieren sollte, machten das Maaß seines Kummers voll, und ohne die Herstellung der katholischen Religion in Frankreich wäre sein Leben, sagte er, nichts gewesen als ein langes Märtyrerthum. Uebrigens athmete seine Sprache die aufrichtigste Zuneigung zu der Person des Ersten Konsuls.

Dieser ließ den heiligen Vater reden mit einer außerordentlichen Geduld, die sonst nicht in seinem Charakter lag.

Was die Wegnahme der Legationen und die Verarmung des heiligen Stuhles betraf, so dachte er oft daran und hegte auch den unbestimmten Plan, die Domäne St. Peters zu vergrößern; doch wußte er nicht, wie er dies anfangen sollte bei seiner Stellung zwischen der italienischen Republik, die ganz und gar nicht geneigt war, die Legationen herauszugeben, vielmehr das Herzogthum Parma verlangte, zwischen Spanien, welches nach demselben Herzogthum trachtete, und zwischen den hohen Beschützern des Hauses Sardinien, welche dieses Haus mit demselben zu entschädigen wünschten. So bot er denn dem Papst einstweilen Geld an, bis er sein

Gebiet verbessern könne, ein Anerbieten, welches dieser würde angenommen haben, wenn die Würde der Kirche es gestattet hätte. Da er ihm diese Unterstützung nicht gewähren konnte, hatte er ihm wenigstens die Verpflegung der französischen Soldaten auf ihrem Marsch durch die römischen Staaten sehr sorgfältig bezahlen lassen. Er hatte gleichzeitig Ankona, Otranto und das ganze südliche Italien geräumt und verlangt, daß die neapolitanische Regierung Ponte Corvo und Benevent räume. In den Angelegenheiten Deutschlands endlich zeigte er sich geneigt, in gewissem Maße die kirchliche Partei zu vertheidigen, welche die protestantische Partei, d. h. Preußen, bis zur Vernichtung schwächen wollte.

Mit diesen Bemühungen zur Zufriedenstellung des heiligen Stuhles verband er Handlungen der anmuthigsten Höflichkeit. Er hatte alle Unterthanen der römischen Staaten, die in Algier gefangen gehalten wurden, freigeben lassen und dem Papst zurückgeschickt. Da dieser souveräne Fürst auch nicht einmal ein Fahrzeug besaß, um die afrikanischen Seeräuber von seinen Küsten fern zu halten, hatte ihm der Erste Konsul in dem Arsenal von Toulon zwei schöne Briggs ausgesucht, sie vollständig ausrüsten und prächtig einrichten lassen, dieselben St. Peter und St. Paul benannt und Pius VII. zum Geschenke geschickt. Aus besonderer Aufmerksamkeit ließ er sie bis Civita Vecchia von einer Corvette begleiten, welche die Bemannung nach Toulon zurückbringen und so der päpstlichen Kasse jede Ausgabe ersparen sollte. Der ehrwürdige Oberhirt wünschte aber die französischen Seeleute in Rom zu empfangen, zeigte ihnen die Pracht des katholischen Gottesdienstes in der großen Peterskirche und sandte sie zurück, reichlich beschenkt mit den bescheidenen Gaben, welche der Zustand seines Vermögens ihm gestattete.

Ein Wunsch des Ersten Konsuls, glühend und rasch wie alle seine Wünsche, hatte eine zum Glück vorübergehende und bald beseitigte Schwierigkeit mit dem päpstlichen Stuhle herbeigeführt. Er wünschte, daß die neue Kirche Frankreichs ihre Kardinäle habe, wie die alte. Frankreich hatte früher 8, 9, ja bis 10 Kardinäle gezählt. Der Erste Konsul hätte gewünscht, ebenso viel, ja noch mehr Kardinälshüte zu seiner Verfügung zu haben, denn er sah darin ein werthvolles Mittel des Einflusses auf die französische Geistlichkeit, welche begierig ist nach solchen hohen Würden, und ein Mittel noch wünschenswertheren Einflusses in dem Kollegium, welches die Päpste erwählt und die großen Angelegenheiten der Kirche regelt. Im Jahre 1789 zählte Frankreich 5 Kardinäle, v. Bernis, v. Larochefoucault, v. Lomenie, v. Rohan, v. Montmorency. Die drei ersteren waren gestorben, Rohan hatte aufgehört Franzose zu sein, denn sein Erzbisthum war deutsch geworden, und Montmorency war einer der Verweigernden, welche dem heiligen Stuhle bei der Aufforderung zur Amtsniederlegung widerstanden. Der Kardinal Maury, erst nach 1789 ernannt, war ausgewandert und wurde damals als Feind angesehen. Belgien und Savoyen hatten zwei Kardinäle, den Kardinal v. Frankenberg, früher Erzbischof von Mecheln, und den Gelehrten Gerdil. Der vormalige Erzbischof von Mecheln lebte fern von seinem Sitze und war nicht gesonnen, wieder an demselben zu erscheinen. Der Kardinal Gerdil hatte stets in Rom gelebt, sich theologischen Studien hingegeben, und gehörte keinem Lande an. Weder der Eine, noch der Andere konnte als Franzose angesehen werden. Der Erste Konsul wollte, daß man Frankreich sofort 7 Kardinäle bewillige. Das war weit mehr, als dem Papst in diesem Augenblicke zu gewähren möglich.

Allerdings waren mehrere Kardinalshüte erledigt, allein die Promotion der Kronen nahte heran und für diese mußte gesorgt werden. Die Promotion der Kronen war ein fast zum Gesetz gewordener Brauch, kraft dessen der Papst sechs katholischen Mächten die Befugniß gab, ihm je einen Unterthanen zu bezeichnen, den er auf ihren Vorschlag mit dem Kardinalshut begnadete. Diese Mächte waren Oesterreich, Polen, die Republik Venedig, Frankreich, Spanien, Portugal. Zwei bestanden nicht mehr, Polen und Venedig, aber Frankreich mitgerechnet waren noch 4 übrig, und man hatte nicht genug erledigte Kardinalshüte, um ihnen zu genügen und die Wünsche des Ersten Konsuls zu befriedigen. Diesen Grund machte der Papst geltend, um das Verlangen zu verweigern, das man an ihn stellte. Allein der Erste Konsul glaubte, daß diesem Widerstreben gegen seine Wünsche, außer der wirklichen Schwierigkeit der Zahl, die Besorgniß davor zu Grunde liege, zu viel Nachgiebigkeit gegen Frankreich zu zeigen. Er fuhr heftig auf und erklärte, wenn man ihm die verlangten Kardinalshüte abschlage, werde er sich auch ohne sie behelfen, dann aber auch nicht einen wollen, denn er könne es nicht dulden, daß die französische Kirche, wenn sie überhaupt Kardinäle habe, deren weniger habe, als die übrigen Kirchen der Christenheit. Der Papst, welcher den Ersten Konsul nicht gern mißvergnügt machen wollte, verstand sich dazu, ihm 5 Kardinäle zu bewilligen. Da es aber an Kardinalshüten fehlte, um dieser außerordentlichen Promotion und der der Kronen zu genügen, bat man die Höfe von Oesterreich, Spanien und Portugal, in eine Vertagung ihrer gerechten Ansprüche einzuwilligen, was sie alle drei mit vieler Gefälligkeit und Zuvorkommenheit thaten. Damals machte man sich ein Vergnügen daraus, Wünsche aus freien

Stücken zu befriedigen, welche man bald wie Befehle befolgen mußte.

Der Erste Konsul willigte ein, v. Bayanne, der seit langer Zeit Auditeur der Rota für Frankreich und Dekan dieses Tribunals war, den Kardinalshut zu geben. Ferner schlug er dem Papste vor: den Erzbischof von Paris, v. Belloy, seinen Oheim den Abbé Fesch, Erzbischof von Lyon, Cambacères, den Bruder des zweiten Konsuls, Erzbischof von Rouen, endlich v. Boisgelin, Erzbischof von Tours. Zu diesen fünf Wahlen hätte er gern noch eine sechste hinzugefügt und auch den Abbé Bernier, Bischof von Orleans, den Hersteller des Friedens in der Vendée und Hauptunterhändler des Konkordats, zum Kardinal befördert; allein der Gedanke, einen Mann, welcher sich im Bürgerkriege so sehr bemerklich gemacht, bei einer so glänzenden Beförderung zu betheiligen, setzte den Ersten Konsul sehr in Verlegenheit. Er sprach sich darüber mit dem heiligen Vater aus und bat ihn, gleich jetzt zu bestimmen, daß den ersten erledigten Kardinalshut der Abbé Bernier erhalten solle; doch möchte er diesen Beschluß in petto behalten, wie sich der römische Hof ausdrückt, und dem Abbé Bernier den Grund dieser Vertagung schreiben. Dies geschah und machte dem für seine geleisteten Dienste noch wenig belohnten Prälaten einigen Kummer. Abbé Bernier kannte den guten Willen des Ersten Konsuls für ihn, aber es schmerzte ihn tief, daß man sich scheute, ihn öffentlich einzugestehen: eine gerechte Strafe des Bürgerkrieges, die jedoch diesmal einen Mann betraf, welcher durch seine Dienste sich mehr als irgend Jemand Anspruch erworben hatte auf die Nachsicht der Regierung und des Landes.

Der Papst sandte zur Ueberbringung des Baretts an die neuerwählten Kardinäle einen Fürsten Doria nach Frank-

reich. Von diesem Augenblicke an gehörte die mit einem so bedeutenden Antheil am römischen Purpur bekleidete französische Kirche zu den begünstigsten und glanzvollsten Kirchen der Christenheit.

Noch blieb die italienische Kirche in Uebereinstimmung mit dem Papst zu organisiren. Der Erste Konsul verlangte ein Konkordat für die italienische Republik. Allein bei dieser Gelegenheit wollte der Papst sich nicht besiegen lassen. Die italienische Republik umfaßte auch die Legationen und in einem Vertrage mit der Republik, zu der sie gehörten, hätte, seiner Ansicht nach, eine Anerkennung ihrer Abtretung gelegen. Man kam überein, das Konkordat durch eine Reihenfolge von Breven zu ersetzen, welche jede Angelegenheit insbesondere regeln sollten. Was endlich die definitive Konstitution des Malteserordens betraf, so ging Pius VII. ganz auf die Rathschläge des Ersten Konsuls ein. Die Prioreien hatten sich in den verschiedenen Theilen Europa's versammelt zur Wahl eines neuen Hochmeisters und waren übereingekommen, um die Wahl zu erleichtern, diesmal dem Papst die Ernennung zu überlassen. Auf den Rath des Ersten Konsuls, welcher den Orden so schnell als möglich organisirt zu sehen wünschte, um ihm bald die Insel Malta zu überweisen, wählte der Papst einen Italiener, den Komthur Ruspoli, einen römischen Fürsten aus vornehmer Familie. Der Erste Konsul wollte lieber einen Römer, als einen Deutschen oder Neapolitaner. Der Gewählte war übrigens ein verständiger, aufgeklärter und der ihm zuerkannten Ehre würdiger Mann. Nur schien es wenig wahrscheinlich, daß er die Wahl annehmen würde. Man schrieb schnell an ihn nach England, wo er zurückgezogen lebte, um ihn zur Annahme aufzufordern.

Die französischen Truppen hatten Ankona und den Meerbusen von Tarent geräumt. Sie waren in die italienische Republik zurückgekehrt, welche sie besetzt halten sollten, bis diese Republik selbst ein Heer gebildet hätte, und arbeiteten an den Alpenstraßen und an den Festungswerken von Alessandria, Mantua, Legnago, Verona und Peschiera. 6000 Mann hielten Etrurien besetzt bis zum Eintreffen eines spanischen Korps. Von Seiten Frankreichs waren also alle Bedingungen des Friedens von Amiens in Bezug auf Italien erfüllt.

Während in den meisten Staaten Europa's die Gemüther sich zu beruhigen anfingen unter dem wohlthätigen Einfluß des Friedens, waren sie in der Schweiz weit entfernt, sich zu besänftigen. Die Bevölkerung dieser Gebirge war die letzte, die sich noch regte, und sie regte sich auf das Heftigste. Man hätte sagen mögen, die vom General Bonaparte aus Frankreich und Italien verjagte Zwietracht habe sich geflüchtet in die unzugänglichen Schlupfwinkel der Alpen. Unter dem Namen der Unitarier und der Oligarchen lagen dort zwei Parteien im Kampfe, die der Revolution und die der alten Wirthschaft. Diese beiden Parteien hielten sich zwar mit fast gleicher Kraft die Wage, brachten aber nicht das Gleichgewicht zu wege, sondern fortwährende und bedauerliche Schwankungen. In achtzehn Monaten hatten sie sich abwechselnd der Gewalt bemächtigt und dieselbe ohne Vernunft, ohne Gerechtigkeit, ohne Menschlichkeit ausgeübt. Es wird zweckmäßig sein, in wenigen Worten den Ursprung dieser Parteien und ihr Benehmen seit dem Beginn der helvetischen Revolution auseinander zu setzen.

Die Schweiz bestand vor dem Jahre 1789 aus 13 Kantonen, 6 demokratischen, Schwyz, Uri, Unterwalden,

Zug, Glarus, Appenzell und 7 oligarchischen, Bern, Solothurn, Zürich, Luzern, Freiburg, Basel, Schaffhausen. Der Kanton Neufchatel oder Neuenburg, war ein von Preußen abhängiges Fürstenthum. Graubündten, Wallis und Genf bildeten drei besondere, mit der Schweiz verbündete Republiken, von denen jede ihre eigene und selbständige Regierung hatte; doch fühlten sie sich durch ihre geographische Lage, die erstere, Graubündten, mehr zu Oesterreich, die beiden anderen, Wallis und Genf, mehr zu Frankreich hingezogen.

Die französische Republik bewirkte eine erste Veränderung in diesem Stande der Dinge. Um sich für den Krieg zu entschädigen, bemächtigte sie sich des Landes Biel, so wie des ehemaligen Fürstenthums Pruntrut, fügte einen Theil des frühern Bisthums Basel hinzu und bildete daraus das Departement Mont Terrible. Sie nahm auch Genf und bildete daraus das Departement des Leman. Die Schweiz entschädigte sie durch den Anschluß von Graubündten und Wallis. In Wallis jedoch behielt sie sich eine Militärstraße vor, die von der Spitze des Genfersees bei Villeneuve ausgehen, durch das Rhonethal über Martinach und Sitten bis Brigg, wo die berühmte Simplonstraße begann, emporführen und am Lago Maggiore ausmünden sollte. Nach diesen Gebietsveränderungen, die von der französischen Republik ausgegangen, kamen diejenigen, welche hervorgingen aus den Ideen der Gerechtigkeit und Gleichheit, welche die Revolutionspartei in der Schweiz geltend machen wollte, nach dem Vorbilde dessen, was man im Jahre 1789 in Frankreich ausgeführt.

Die revolutionäre Partei bestand in der Schweiz aus allen den Männern, denen die oligarchische Wirthschaft mißfiel,

und diese waren ebensowol in den demokratischen, als in den aristokratischen Kantonen verbreitet, denn sie hatten in den einen ebensoviel zu leiden, als in den andern. So war in den kleinen Kantonen Schwyz, Uri und Unterwalden, wo das ganze Volk ein Mal jährlich versammelt seine Beamten wählte und in wenigen Stunden ihre Amtsführung prüfte, dies allgemeine Stimmrecht, welches der unwissenden und feilen Menge einen Augenblick schmeicheln sollte, weiter nichts, als eine Posse. Eine kleine Anzahl mächtiger Familien, welche sich im Laufe der Zeit und durch Bestechung aller Verhältnisse bemächtigt hatten, verfügte unumschränkt über die Staatsangelegenheiten und Staatsstellen. In Schwyz z. B. vertheilte die Familie Reding nach ihrem Belieben die Stellen in einem in spanischen Diensten stehenden Schweizerregiment, was das einzige Streben und Trachten im ganzen Lande war, denn diese Offizierstellen waren der einzige Ehrgeiz für Alles, was nicht Hirt oder Ackerbauer bleiben wollte. Von den kleinen Kantonen hingen außerdem die italienischen Ammanschaften ab und wurden von ihnen als unterworfene Länder auf die willkürlichste Weise regiert. Diese Demokratien waren also weiter nichts, als unter populären Formen verkappte Oligarchien, was jede reine Demokratie mit der Zeit wird. Dadurch erklärt es sich, wie es selbst in den demokratischen Kantonen Gemüther geben konnte, welche der alte Zustand der Dinge tief verletzte. Die unterworfenen Provinzen in der Weise der italienischen Ammanschaften fanden sich übrigens in mehr als einem Kanton. So regierte Bern mit Härte das Waadtland und den Aargau. In den aristokratischen Kantonen endlich war der niedere Bürgerstand von den Staatsämtern ausgeschlossen. Deshalb war denn die Erhebung auch eine schnelle und allgemeine, als das Ein=

rücken französischer Heere im Jahre 1798 das Signal gab. In den Kantonen mit unterworfenen Provinzen empörten sich die unterdrückten Ammanschaften gegen die Hauptörter, ihre Unterdrücker, und in den souveränen Städten die Mittelklasse gegen die Oligarchie. Aus den 13 Kantonen wollte man 19 bilden, die einander alle gleich, gleichmäßig verwaltet und unter eine einzige Centralbehörde gestellt werden sollten, die an die Einheit der französischen Regierung erinnerte. Hiezu ließ man sich bestimmen durch das Bedürfniß gleicher Rechtsvertheilung und besonders durch den ehrgeizigen Wunsch, aus der Bedeutungslosigkeit herauszutreten, welche den Bundesregierungen eigen ist. Die Hoffnung, eine etwas thätigere Rolle zu spielen auf der Bühne der Welt regte sich damals mächtig in den Herzen der Schweizer, welche stolz waren auf ihre frühere Tapferkeit und die Rolle, welche sie durch dieselbe in Europa weiland gespielt und denen die ewige Neutralität zum Ueberdruß wurde, welche sie zwang, ihr Blut an die europäischen Mächte zu verkaufen.

Bei dieser Anwendung der Ideen der französischen Revolution auf die Schweiz, welche ebenso sehr durch das gleiche Bedürfniß, als durch den Trieb der Nachahmung herbeigeführt wurde, zerstückelte man einige Kantone, um mehrere daraus zu machen, oder vereinigte auch mehrere getrennte Distrikte, um aus denselben einen einzigen Kanton zu bilden. Man theilte das Gebiet von Bern, welches mit Aargau und dem Waadtlande den vierten Theil der Schweiz ausmachte, und bildete aus dem Aargau und dem Waadtlande zwei besondere Kantone. Von Uri trennte man die italienischen Ammanschaften ab, um aus denselben den Kanton Tessin zu bilden. Der Kanton Appenzell wurde vergrößert durch Hinzufügung von St. Gallen, Toggenburg und dem Rhein-

thal; der Kanton Glarus erhielt die Ammanschaften Sargans, Werdenberg, Gaster, Uznach und Rapperswyl. Diese den Kantonen Appenzell und Glarus bewilligten Vergrößerungen hatten den Zweck, in denselben die alte demokratische Wirthschaft auf immer dadurch zu vernichten, daß man ihnen eine Ausdehnung aufnöthigte, welche dieselbe unmöglich machte. Diese 19 Kantone machte man abhängig von einem gesetzgebenden Körper, welcher ihnen gleichförmige Gesetze zu geben hatte, und einer vollziehenden Gewalt, welche diese Gesetze für alle und in allen Kantonen zur Ausführung brachte. Es gab jetzt in der Schweiz Minister, Präfekte und Unterpräfekte.

Die entgegengesetzte Partei, gegen welche diese ganze Gleichförmigkeit gerichtet war, nahm den entgegengesetzten Grundsatz an und wollte das Föderativwesen in seiner größten Uebertreibung mit seinen wunderlichen Unregelmäßigkeiten und mit der vollständigen Vereinzelung der verbündeten Staaten gegen einander. Das wollte sie, weil durch diese Unregelmäßigkeiten, durch diese Vereinzelung jede kleine Oligarchie ihre Herrschaft wiedererlangen konnte. Die Aristokratieen von Bern, Zürich und Basel verbündeten sich mit den Demokratieen von Schwyz, Uri und Unterwalden und verständigten sich mit einander vollkommen; denn im Grunde wollten sie Alle dasselbe: die Herrschaft einiger mächtigen Familien, sowol in den kleinen Gebirgskantonen, als in den wohlhabenden Städten. Die Einen erhielten den Namen Oligarchen, die Andern, welche in der Gleichförmigkeit der Regierung die Gerechtigkeit und Gleichheit suchten, den Namen Unitarier. Beide Parteien lagen mit einander seit mehreren Jahren im Kampfe, ohne daß es ihnen jemals gelungen, die unglückliche Schweiz mit einiger Mäßigung und einiger Dauer

zu regieren. Die Verfassungen waren dort ebenso schnell auf einander gefolgt, als in Frankreich, und gegenwärtig regte man sich, um eine neue zu Stande zu bringen.

Ein Umstand machte die Wirren der Schweiz noch bedenklicher: die Geneigtheit der Parteien, im Auslande Hülfe zu suchen, die stets eintritt in einem Lande, das zu schwach ist, um nur auf sich selbst zu fußen, und durch seine geographische Lage zu wichtig, als daß die Nachbarn es mit gleichgültigem Auge ansehen konnten. Die oligarchische Partei hatte viele Verbindungen in Wien, London und selbst in Petersburg, wo ein Schweizer, Laharpe, Geist und Herz des jungen Kaisers gebildet, und umlagerte alle diese Höfe mit den dringendsten Bitten, es nicht zu dulden, daß Frankreich in der Schweiz das revolutionäre Wesen befestige und dadurch ein Land seinem Einfluß unterwerfe, das in militärischer Beziehung das wichtigste auf dem ganzen Kontinent sei. Auch mit England stand sie in bedeutender Verbindung. Die Bürger Berns und mehrerer souveräner Städte hatten das Kapital ihrer städtischen Ersparnisse der Londoner Bank anvertraut, was ihnen übrigens alle Ehre machte, denn während die freien Städte in ganz Europa, namentlich in Deutschland, sich vor Schulden kaum zu retten wußten, hatten die Städte der Schweiz beträchtliche Summen gesammelt. Die englische Regierung hatte sich unter dem Vorwande, daß das Land von Frankreich besetzt sei, dieser anvertrauten Gelder ohne Bedenken bemächtigt und sie seit dem Frieden noch nicht herausgegeben. Die Oligarchen von Bern baten sie, wenn sie ihnen nicht zu Hülfe käme, wenigstens die Kapitalien zurückzubehalten, welche sie der Londoner Bank übergeben. Sie hatten dieser Bank gegen 10 Millionen und der Wiener Bank 2 Millionen anvertraut.

Die revolutionäre Partei suchte ihre Stütze natürlich in Frankreich, und es war ihr leicht, dieselbe hier zu finden, da die französischen Heere noch nicht aufgehört hatten, das helvetische Gebiet besetzt zu halten. Aber eine derartige Besetzung konnte nicht lange dauern, und wie man Italien geräumt, mußte man nächstens auch die Schweiz räumen. Obgleich die Verpflichtung, die Schweiz zu räumen, nicht so ausdrücklich abgemacht war, als die Räumung Italiens, so sicherte doch der Friede von Lüneville die Unabhängigkeit der Schweiz, und man konnte daher die Erfüllung der Verträge für unvollständig und den Frieden für ungewiß erachten, so lange sich unsere Truppen noch nicht zurückgezogen hatten. Daher waren denn auch die Blicke der politischen Beobachter insbesondere auf die sich regende Schweiz und auf Deutschland gerichtet, woselbst man das geistliche Gebiet vertheilte, um zu sehen, ob der Versuch des allgemeinen Friedens, den man gegenwärtig anstellte, von Dauer sein würde. Der Erste Konsul hatte den festen Entschluß gefaßt, um der Vorgänge in einem oder dem andern der beiden Länder willen den Frieden nicht zu gefährden, wofern nicht die Gegenrevolution, die er an keiner Grenze Frankreichs mochte, den Versuch machen würde, sich inmitten der Alpen festzusetzen.

Es wäre ihm ein Leichtes gewesen, sich als Gesetzgeber des helvetischen Landes ebenso, wie für die italienische Republik, annehmen zu lassen; allein die Konsulta in Lyon, hatte in Europa, namentlich in England, einen solchen Eindruck gemacht, daß er es nicht wagte, dasselbe Schauspiel zum zweiten Male aufzuführen. Er beschränkte sich also auf weise Rathschläge, die zwar Gehör fanden, aber trotz der Anwesenheit unserer Truppen wenig befolgt wurden. Er

rieth den Schweizern, dem Hirngespinnst der unbedingten Einheit zu entsagen, einer Einheit, die unmöglich sei in einem so mannigformigen Lande und überdies unerträglich für die kleinen Kantone, welche weder hohe Abgaben bezahlen könnten, wie Bern oder Basel, noch sich beugen unter das Joch einer gemeinschaftlichen Regel. Er rieth ihnen eine Centralregierung zu bilden für die auswärtigen Angelegenheiten des Bundes, es aber den Ortsregierungen zu überlassen, das Innere je nach der Bodenbeschaffenheit, nach den Sitten und dem Geiste der Einwohner zu organisiren. Von der französischen Revolution rieth er ihnen anzunehmen, was sie Gutes und unbestreitbar Nützliches habe: die Gleichheit aller Klassen von Bürgern, die Gleichheit aller Gebietstheile; mit einander unverträgliche Provinzen, wie das Waadtland und Bern, die italienischen Ammanschaften und Uri, möchten sie, meinte er, getrennt lassen, aber auch auf gewisse Gebietsverschmelzungen verzichten, durch welche mehrere kleine Kantone, wie Glarus und Appenzell ihre Eigenthümlichkeit verlieren würden; in den großen Städten möchten sie der wechselnden Herrschaft der Oligarchen und des Pöbels ein Ende machen und sie beseitigen durch die Regierung des bürgerlichen Mittelstandes, ohne systematische Ausschließung irgend einer Klasse; kurz, sie möchten die Politik der Vermittlung zwischen allen Parteien nachahmen, welche Frankreich die Ruhe wiedergegeben habe. Diese Rathschläge wurden von den Aufgeklärten verstanden, von den Leidenschaftlichen aber, welche stets die Mehrzahl bilden, verkannt, und blieben ohne Wirkung. Da sie jedoch darauf hinauskamen, die Revolution etwas zurückzuführen, nahm die jetzt unterdrückte oligarchische Partei sie freudig auf, weil sie sich, wie gewisse französische Auswanderer in Paris, in Täuschungen wiegte und

und glaubte, weil der Erste Konsul gemäßigt war, wolle er die alte Herrschaft wiederherstellen.

Eine Gebietsfrage machte diese Sachlage ziemlich ernst verwickelt. Während der Revolution hatten die Schweiz und Frankreich sich gewissermaßen verschmolzen und waren von dem System der Neutralität zu dem eines Schutz- und Trutzbündnisses übergegangen. Bei diesem System hatte man kein Bedenken getragen, Frankreich durch den Vertrag von 1798 die an den Fuß des Simplon führende Militärstraße durch Wallis zuzugestehen. Bei den letzten Verträgen hatte es Europa nicht gewagt, gegen diesen Zustand der Dinge Einspruch zu thun, der aus einem langen Kriege hervorgegangen war, und sich darauf beschränkt, die Unabhängigkeit der Schweiz zu bedingen. Der Erste Konsul, welcher aus System die Neutralität der Schweiz einem Bündnisse mit derselben vorzog, wünschte die Simplonstraße zu benutzen, ohne genöthigt zu sein, dabei helvetisches Gebiet zu entlehnen, was sich mit der Neutralität nicht vertrug, und gedachte sich zu diesem Behufe Wallis zum Eigenthume geben zu lassen. Es war dies keine große Forderung, denn erst von Frankreich hatte die Schweiz das vormals unabhängige Wallis erhalten. Aber der Erste Konsul verlangte es nicht ohne Ausgleichung. Er bot eine Provinz dafür an, welche ihm Oesterreich im Frieden von Lüneville abgetreten hatte: das Frickthal, ein kleines, als Grenze sehr wichtiges Ländchen, durch welches die Straße nach den Waldstädten führt und welches sich vom Zusammenfluß der Aar mit dem Rhein bis zur Grenze des Kantons Basel erstreckt, folglich diesen Kanton mit der Schweiz verbindet. Dies kleine, dem Schwarzwald gegenüberliegende Land hatte außer seinem innern Werth einen bedeutenden Werth durch seine zweckmäßige Lage. Er-

hielt Frankreich durch diesen Tausch Wallis zum Eigenthum, so bedurfte es zum Durchzuge für seine Heere nicht mehr des helvetischen Gebietes, und man konnte von dem Systeme des Bündnisses zu dem der Neutralität zurückkehren. Die Schweizer, sowol Unitarier als Oligarchen, eiferten dagegen um die Wette und wollten um keinen Preis Wallis für das Frickthal abtreten. Sie verlangten noch andere Zugeständnisse, längs dem Jura, namentlich das Ländchen Biel, Erguel und einige abgetrennte Stücke von Pruntrut. Das hieß ihnen einen Theil des Departements Mont Terrible hingeben. Selbst unter diesen Bedingungen wollten sie Wallis noch nicht abtreten, und wie sich oft unter den sogenannten allgemeinen Interessen ganz besondere verstecken, so trieben die kleinen Kantone deshalb zur Verweigerung des angebotenen Tausches an, weil sie die Konkurrenz der Simplonstraße für die Straße über den St. Gotthard fürchteten. Der Erste Konsul hatte Wallis vorläufig durch drei Bataillone besetzen lassen, wollte indessen keinen bestimmten Entschluß fassen vor der allgemeinen Ordnung der helvetischen Angelegenheiten.

Bis zur definitiven Organisation der Schweiz war eine einstweilige Regierung gebildet worden, bestehend aus einem vollziehenden Rath und einem gesetzgebenden Körper, die beide nicht sehr zahlreich waren. Verschiedene Verfassungsentwürfe waren abgefaßt und insgeheim dem Ersten Konsul vorgelegt. Er hatte einem den Vorzug gegeben, der ihm am verständigsten gedacht schien, und ihn mit einer Art von Empfehlung nach Bern geschickt. Die provisorische Regierung, selbst aus den gemäßigtsten Patrioten bestehend, hatte diese Verfassung angenommen und sie einer allgemeinen Tagsatzung zur Genehmigung vorgelegt. Die exaltirte Partei der Unitarier zählte auf dieser Tagessatzung eine beträchtliche

Majorität, nämlich 50 Stimmen von 80. Bald erklärte sie diese Tagsatzung für konstituirend, entwarf einen neuen Entwurf im Sinn der unbedingten Einheit, machte sogar Miene, Frankreich zu trotzen und erklärte Wallis für einen unveräußerlichen Theil des helvetischen Bundes. Die Repräsentanten der kleinen Kantone zogen sich zurück mit der Erklärung, einer solchen Verfassung würden sie sich nimmermehr unterwerfen. Als die gemäßigten Patrioten, welche die provisorische Regierung in Händen hatten, sahen, was sich zutrug, verständigten sie sich mit dem Gesandten Frankreichs, Verninac, und erließen eine Verfügung, durch welche sie die Tagsatzung auflösten, weil sie ihre Befugnisse überschritten und sich zur konstituirenden Versammlung aufgeworfen habe, ohne dazu berufen zu sein. Sie selbst setzten die neue Verfassung vom 29. Mai 1801 in Kraft und schritten zur Wahl der Behörden, welche dieselbe bestimmte. Diese Behörden waren der Senat, der kleine Rath und der Landamman. Der Senat bestand aus 25 Mitgliedern; er ernannte den kleinen Rath, welcher 7 Mitglieder zählte, und den Landamman, das Oberhaupt der Republik. Diese beiden Staatsbehörden hatte der Senat nicht nur zu ernennen, sondern war auch ihr Rathgeber. Da die gemäßigten Patrioten die übertriebenen Unitarier gegen sich hatten, die man durch Auflösung der Tagsatzung zerstreut, sahen sie sich genöthigt, die oligarchische Partei zu begünstigen. Aus ihr wählten sie die verständigsten Männer in den Senat, um sie für sich zu gewinnen, vermischten sie aber dergestalt mit Revolutionärs, daß den letzteren die Majorität verblieb. Allein fünf von den gewählten Revolutionärs lehnten in ihrer Erbitterung die Wahl ab, wodurch die Majorität auf eine um so schlimmere Weise geändert wurde, da der Senat, sobald er einmal ge-

bildet war, sich selbst ergänzen sollte. Er that es und zwar im Sinn der Oligarchen. Als daher der Landamman gewählt und zwischen zwei Bewerbern entschieden werden sollte, zwischen Reding, dem Haupt der Oligarchen, und Dolder, dem Haupt der Revolutionärs, siegte Reding mit einer Stimme. Dolder war ein verständiger, würdiger Mann, aber von nur mittelmäßiger Energie, Reding ein ehemaliger Offizier, nicht sehr aufgeklärt, aber energisch. Er hatte bei den Schweizertruppen im Solde fremder Mächte gedient und 1798 den Gebirgskrieg gegen das französische Heer mit Einsicht geführt. Er stammte aus dem kleinen Kanton Schwyz und war das Oberhaupt jener Familie, welche über alle Stellen im Regiment Reding zu verfügen hatte. Die Oligarchen der ganzen Schweiz hatten ihn zum Klanhäuptling genommen und ihm ihr Vertrauen geschenkt. So wenig gebildet Reding auch war, fehlte es ihm doch nicht an einer gewissen Schlauheit. Er fühlte sich geschmeichelt durch seine neue Würde und wünschte sie zu behalten. Das wußte er, daß es gegen den Willen Frankreichs nicht lange möglich sein würde. In Uebereinstimmung mit den Seinigen beschloß er, sich nach Paris zu begeben und den Ersten Konsul zu überreden, die Partei der Oligarchen sei die der ehrenwerthen Leute; sie müsse man am Ruder dulden und ihr den Willen lassen; dann würde man eine Frankreich ergebene Schweiz haben. Der Erste Konsul empfing Reding artig und hörte ihn mit einiger Aufmerksamkeit an. Reding suchte vorurtheilsfrei und mehr als Militär, denn als Oligarch zu erscheinen. Es schien ihm zu schmeicheln, daß er mit dem ersten Feldherrn der neuern Zeit in Berührung komme und er schien geneigt, sich gleich ihm über die Leidenschaften der Parteien zu stellen. Er bot verschiedene Ausgleichungen an, die man

annehmen konnte, mit dem Vorbehalt, erst zu sehen, ob die That der Verheißung entsprechen würde. Demnach sollte der Senat auf 30 Mitglieder gebracht und die 5 neuen ausschließlich unter den Patrioten gewählt werden. Ebenso sollte aus ihrer Mitte ein zweiter Landamman gewählt werden, welcher mit dem ersten in der Ausübung der Gewalt wechselte. Kantonsversammlungen, zur Hälfte von dem Senat, zur Hälfte von den Kantonen selbst gewählt, sollten ihm die passende Verfassung geben. Außerdem wurde zugestanden, daß der Aargau und das Waadtland von Bern getrennt bleiben sollten, wofür man andererseits die Gebietsverschmelzungen, die einige kleine Kantone entstellt hatten, widerrufen wollte. Unter allen diesen Vorbehalten versprach der Erste Konsul die Schweiz anzuerkennen, sie wieder in den Zustand beständiger Neutralität zu versetzen und die französischen Truppen zu entfernen. Um ihm die Militärstraße zu sichern, die er verlangte, theilte man Wallis und trat das auf dem rechten Ufer der Rhone liegende Stück an Frankreich ab. Frankreich verpflichtete sich dafür, das Frickthal und eine Gebietsabrundung am Jura zuzugestehen. Reding reiste ab voller Hoffnung und in dem Glauben, er habe die Gunst des Ersten Konsuls erworben und könne fortan in der Schweiz thun, was er wolle.

Kaum aber war dies Oberhaupt der Oligarchen in Bern angekommen, so wurde er auch, von den Seinigen verleitet, alles das, was er unter solchen Einflüssen und bei so wenig bestimmten Ideen über die Regierung, wie er sie hatte, sein konnte und sein mußte. Man fügte zum Senat fünf neue Mitglieder hinzu, die aus der patriotischen Partei gewählt wurden, und gab Reding einen Kollegen, der mit ihm in der Ausübung der Landammanschaft abwechseln sollte, und zwar nicht Dolder, sondern Rugger, einen bei den Revolutionärs

angesehenen Mann. Diese neuen Wahlen, die im kleinen Rath, welchem die vollziehende Gewalt gegeben war, der revolutionären Partei die Majorität verschafften, ließen sie im Senat der Partei der Oligarchen. Ueberdies war Reding für dies Jahr Landamman und bildete die Behörden im Interesse seiner Partei. Er schickte sowol nach Wien, als an die andern Höfe Agenten, die der Gegenrevolution ergeben waren, mit gegen Frankreich feindlichen Instruktionen, die unserer Regierung bald bekannt wurden. Namentlich bat Reding, man möge Vertreter aller Mächte bei ihm beglaubigen, um ihn zu unterstützen gegen den Einfluß Verninac's, des französischen Geschäftsträgers. Der einzige Agent im Auslande, den er nicht zu wechseln wagte, war Stapfer, Gesandter in Paris, ein achtungswerther, seinem Vaterlande ergebener Mann, der sich das Vertrauen der französischen Regierung zu erwerben gewußt und eben deshalb nicht gut abzuberufen war. Reding hatte versprochen, Waadt und Aargau unabhängig zu lassen, und dennoch waren überall Bittschriften im Umlauf, um die Zurückgabe dieser Provinzen an den Kanton Bern zu veranlassen. Trotz des Versprechens, die italienischen Ammanschaften frei zu geben, verlangte Uri unverhohlen und drohend die Rückgabe des Levantinerthals. Die Kantonskommissionen zur Abfassung der besondern Konstitution für jeden Kanton waren, zwei oder drei ausgenommen, in einem, der neuen Ordnung der Dinge feindlichen und der Herstellung der alten günstigen Sinne gebildet. Von Wallis und der Frankreich versprochenen Straße war weiter nicht die Rede. Die Waadtländer endlich hatten sich empört, als sie die Gegenrevolution so hereindrohen sahen, und wollten lieber mit Frankreich vereinigt werden, als sich der Regierung Redings unterwerfen.

So war also die unglückliche Schweiz, die ein Jahr zuvor den Uebertreibungen der unbedingten Unitarier ausgesetzt gewesen, in diesem Jahre den gegenrevolutionären Bestrebungen der Oligarchen preisgegeben. Jetzt faßte der Erste Konsul in Bezug auf Wallis seinen Entschluß und erklärte, daß er es vom Bunde abtrenne und ihm seine frühere Unabhängigkeit wiedergebe. Das war die beste Lösung, denn die Theilung dieses großen Thales, um ein Ufer der Schweiz, das andere Frankreich zu geben, verstieß gegen die Natur der Dinge, und wenn man es ganz der Schweiz ließ, zugleich aber eine französische Militärstraße und französische Militäreinrichtungen dort herstellte, machte man die schweizerische Neutralität unmöglich. Als Reding diesen Beschluß erfuhr, fuhr er auf, behauptete, der Erste Konsul habe sein Wort gebrochen, was unrichtig war, und schlug dem kleinen Rath einen so heftigen Brief vor, daß derselbe erschrocken zurückwich. Die Stellung zwischen den Oligarchen der großen und kleinen Kantone, die an der Herstellung der alten Wirthschaft arbeiteten, und den Revolutionärs, die sich im Waadtlande empört, um die Vereinigung mit Frankreich durchzusetzen, war nicht länger haltbar. Dolder und seine Freunde im kleinen Rath, sechs gegen drei, vereinigten sich, benutzten die Abwesenheit Reding's, der sich auf einige Tage in die kleinen Kantone begeben, erklärten Alles für ungültig, was von ihm ausgegangen war, hoben die Kantonskommissionen auf und beriefen nach Bern eine Versammlung von Notabeln, bestehend aus 48 der achtbarsten und gemäßigtsten Männer aller Meinungen. Ihnen sollte man die von Frankreich empfohlene Verfassung vom 29. Mai vorlegen, die unerläßlichen Abänderungen in derselben vornehmen und gleich darauf die Staatsbehörden nach dieser Verfassung organisiren.

Um den Oligarchen die Unterstützung des Senats zu entziehen, in welchem sie die Majorität hatten, sprach man die Vertagung dieser Körperschaft aus. Auf diese Nachricht eilte Reding herbei und protestirte gegen die gefaßten Beschlüsse. Da er sich aber der Unterstützung des Senats beraubt sah, zog er sich zurück, erklärte auf seine Eigenschaft als erster Beamter nicht zu verzichten und begab sich in die kleinen Kantone, um dort den Aufstand anzuschüren. Man verfuhr, als habe er sein Amt niedergelegt und übertrug dem Bürger Rüttimann die Stelle eines ersten Landammanns. So war die Schweiz abwechselnd bald den unbedingten Unitariern, bald den Oligarchen entrissen, durch eine Reihe kleiner Staatsstreiche wieder in die Hände der gemäßigten Revolutionärs gekommen. Leider hatten die Letzteren an ihrer Spitze nicht wie die französischen Gemäßigten, als sie den 18. Brumaire machten, ein mächtiges Oberhaupt, welches die Verständigkeit durch Kraft unterstützen konnte. Aufgeklärt jedoch durch die Ereignisse waren die Anhänger der Revolution, zu welcher Schattirung sie auch gehörten, jetzt geneigt, sich zu verständigen und die Verfassung vom 28. Mai mit einigen Aenderungen als gut anzunehmen. Aber Reding arbeitete daran, die kleinen Kantone in Aufstand zu bringen, und es war fast unvermeidlich nothwendig, zu einer starken Hand außerhalb der Schweiz seine Zuflucht zu nehmen, da man in der Schweiz keine hatte. Wie offenbar diese Nothwendigkeit auch war, so wagte es doch Niemand, sie einzugestehen. Die Oligarchen, die in dem Einschreiten Frankreichs ihren sichern Untergang sahen, machten den Revolutionärs ein Verbrechen daraus, daß sie dies Einschreiten wollten, und diese wiesen es laut von sich, um nicht ihren Gegnern einen solchen Grund zur Beschuldigung zu geben. Endlich wünschte auch der Erste

Konsul selbst Europa Besorgnisse zu ersparen und war entschlossen, wofern nicht ungewöhnliche Ereignisse einträten, die französischen Truppen bei den Schweizerwirren nicht zu betheiligen. Obgleich daher 30,000 Franzosen inmitten der Alpen standen, hatten doch unsere Generale den Aufforderungen der verschiedenen Parteien keine Folge geleistet, und unsere Soldaten sahen, das Gewehr im Arm, allen diesen Unordnungen zu. Ihre Regungslosigkeit wurde sogar ein Anlaß zu Vorwürfen, und die Patrioten sagten mit einem Schein von Recht, da in Europa allgemeiner Friede herrsche, da das französische Heer sie gegen die Oesterreicher nicht zu vertheidigen habe, gegen innere Aufstände sie nicht vertheidigen wolle, so hätten sie weiter nichts von der Anwesenheit desselben, als die Mühe, es zu verpflegen und die Unannehmlichkeit einer Besetzung durch Fremde. Der Abzug unserer Truppen wurde bald eine Art von patriotischer Genugthuung, welche die Gemäßigten allen Parteien schuldig zu sein glaubten, und sie ersuchten den Ersten Konsul darum, während Reding in den Gebirgen von Schwyz, Uri und Unterwalden den Aufstand anschürte. Es schien um so nothwendiger, die verlangte Genugthuung zu bewilligen, da die definitiv beschlossene Abtrennung von Wallis den Herzen der schweizerischen Patrioten offenbar mißfiel. Der Erste Konsul willigte ein in die Räumung, um der gemäßigten Partei die vollständigste moralische Unterstützung zu geben, war aber im Grunde sehr besorgt vor den Erfahrungen, die man machen würde. Die Räumungsbefehle wurden sofort ausgefertigt. Der neuen Regierung blieben 3000 Mann Schweizertruppen zur Verfügung. Außerdem ließ man die in französischen Diensten stehenden helvetischen Halbbrigaden ganz in der Nähe der Grenze und hoffte auf diese Weise ohne fernere

Zuhülfenahme unseres Heeres auszukommen. Eine augenblickliche Ruhe trat an die Stelle dieser Aufregung. Die mit einigen Abänderungen genehmigte Verfassung vom 29. Mai wurde überall angenommen, und nur die kleinen Kantone weigerten sich, sie bei sich in Kraft zu setzen; doch schienen auch sie, für den Augenblick wenigstens, ruhig bleiben zu wollen.

Die Abtrennung des Kantons Wallis ging ohne Schwierigkeit von statten. Dies Land wurde aufs Neue als ein kleiner, unabhängiger Staat konstituirt, der unter dem Schutze Frankreichs und der italienischen Republik stehen sollte. Frankreich behielt sich als einziges Zeichen der Oberherrlichkeit eine Militärstraße vor, die es auf eigene Kosten zu erhalten und mit Magazinen und Kasernen zu versehen hatte. Diese Straße wurde für frei erklärt von jeder Art von Wegegeld, was für das Land eine unermeßliche Wohlthat war. Mit der Eröffnung des Simplon und mit der Anlage der großen Chaussee, welche jetzt über denselben führt, machte Frankreich Wallis ein herrliches Geschenk, welches sicherlich den Preis werth war, den es dafür von ihm verlangte.

Die schweizerischen Angelegenheiten blieben also einstweilen noch unentschieden. Die Oligarchen, welche sich Anfangs gefreut über den Abzug der französischen Truppen, geriethen bald in Besorgniß über denselben, denn sie fürchteten mit den unbequemen Gebietern zugleich nützliche Beschützer für den wahrscheinlichen Fall neuer revolutionärer Erschütterungen verloren zu haben, und man muß es gestehen, es waren die Verständigsten, die so dachten. Die Andern schmeichelten sich mit der Hoffnung, die Regierung der gemäßigten Patrioten noch einmal zu stürzen, wünschten daher sehnlichst, daß die Räumung eine definitive sein möchte und ließen durch ihre geheimen Agenten die verschiedenen Höfe bitten, es nicht

mehr zu gestatten, daß wieder französische Truppen in die Schweiz einrückten. Ihr Bleiben, sagten sie, habe man als eine Folge des Krieges dulden können, ihre Rückkehr aber, falls dieselbe stattfände, müßte man als eine Verletzung unabhängigen Gebiets betrachten, für das sich ganz Europa verbürgt habe.

Der Erste Konsul kannte ihre Umtriebe, da die Correspondenz des Landamman Reding entdeckt und nach Paris geschickt war. Es schien ihn aber wenig anzufechten und er sprach sich sogar über diesen Gegenstand freimüthig und ungezwungen aus, wie er es bei jeder Gelegenheit zu thun gewohnt war. Er möge die Schweiz gar nicht, sagte er, und ziehe den allgemeinen Frieden der Eroberung eines solchen Landes vor, doch würde er eine gegen Frankreich feindlich gesinnte Regierung in demselben nicht dulden und in dieser Beziehung stehe sein Entschluß unwiderruflich fest.

In England hatten die Bemühungen der schweizerischen Oligarchen einige Wirkung, zwar nicht beim Kabinet, wol aber bei der Partei Grenville und Windham, die in jedem Punkte einen neuen Anklagegrund gegen Frankreich suchte. In Oesterreich und Preußen war man viel zu sehr beschäftigt mit den Gebietsanordnungen in Deutschland, um sich in die Angelegenheiten der Schweiz zu mischen, und bedurfte zu sehr der Gunst des Ersten Konsuls, um sich einfallen zu lassen, ihm auch nur einen Grund zum Mißvergnügen zu geben. Cobenzl in Wien trieb die Zuvorkommenheit so weit, daß er unserm Gesandten Champagny Alles zeigte, was ihm die Partei Reding schrieb, nebst den entmuthigenden Antworten, die er auf ihre dringenden Gesuche gab. Rußland, das über die Absichten des Ersten Konsuls vollkommen aufgeklärt war, begriff, daß die Schweizerwirren für ihn mehr eine Verlegenheit

seien, aus der er gern heraus sein möchte, als eine künstlich herbeigeführte Gelegenheit, um sich ein Gebiet, oder einen Einfluß mehr zu verschaffen.

Wie wichtig auch die Schweizerangelegenheiten an sich sein mochten, wie bedenklich besonders sie werden konnten, wenn unsere Truppen auf den Schweizerboden zurückkehrten, so waren sie doch in diesem Augenblicke nicht im Stande, die Aufmerksamkeit der Mächte von den deutschen Angelegenheiten abzulenken. Wir haben oben gesehen, daß die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich viele Fürsten ihrer Staaten beraubt und wie man in Luneville übereingekommen, sie durch die Säcularisation der geistlichen Fürstenthümer zu entschädigen, von denen Deutschland bedeckt war. Dies war die unvermeidliche Gelegenheit zu einer allgemeinen Umgestaltung der deutschen Gebietsverhältnisse. Eine solche Frage ließ den meisten nordischen Höfen keine Aufmerksamkeit für andere Fragen übrig.

Das durch einen langen Kampf erschöpfte Oesterreich suchte seinen Finanzen aufzuhelfen und den Kredit seines Papiergeldes wieder zu heben. Der Erzherzog Karl hatte den ganzen Einfluß gewonnen, welchen Thugut verloren. Dieser Prinz, der den Krieg so gut geführt, war ein erklärter Anhänger des Friedens. Den Ruhm, welchen er sich erworben an den Ufern des Rheins, im Kampf gegen die Generale Jourdan und Moreau, hatte er in einem Augenblick hinschwinden sehen am Tagliamento im Kampf gegen Bonaparte und er fühlte sich nicht versucht, es noch einmal zu wagen mit diesem furchtbaren Gegner. Auch noch höhere Beweggründe waren von Einfluß auf seine politische Gesinnung. Er sah sein Haus zu Grunde gerichtet durch zwei lange und blutige Kriege, an denen die Leidenschaft mehr Antheil ge-

habt, als die Vernunft, und sagte sich, daß Oesterreich, obschon geschlagen, sich doch noch glücklich schätzen könne in der Erwerbung der venetianischen Staaten eine Entschädigung zu finden für den Verlust der Niederlande und des Mailändischen, daß es aber in einem dritten Kriege vielleicht sogar die venetianischen Staaten und diese ohne Ausgleichung verlieren könnte. Er war Minister geworden und gab sich Mühe, ein Heer zu bilden, welches besser organisirt und minder kostspielig wäre, als die Heere, welche man seit zehn Jahren dem französischen Heere vergeblich entgegengestellt. Der Kaiser, ein verständiger, minder glänzender, als gediegener Kopf, theilte die Ansichten des Erzherzogs und war nur darauf bedacht, aus der Entschädigungsangelegenheit den größtmöglichsten Nutzen zu ziehen. Er hoffte bei derselben eine günstige Konjunktur zu finden, um die jüngsten Niederlagen seines Hauses auszugleichen.

Preußen, das sich im Jahre 1795 von den Verbündeten losgesagt, um in Basel seinen Frieden mit der französischen Republik zu schließen, das seit jener Zeit durch die Neutralität seine Finanzen hergestellt und in Folge des letzten Polenaufstandes neue Provinzen gewonnen, Preußen suchte jetzt bei der Vertheilung der Güter der deutschen Kirche eine Gelegenheit, sich in Deutschland zu vergrößern, eine Vergrößerung, die es jeder andern vorzog. Es hatte einen sehr jungen, sehr verständigen König, der sich sehr angelegentlich bemühte, für einen redlichen Mann zu gelten, der auch in der That ein solcher war, dabei aber Gebietserwerbungen ungemein liebte, wofern er sie nur nicht durch Krieg erkaufen mußte. Uebrigens hatte man ein ganz eignes Mittel, in Preußen Alles auf eine ehrenhafte Weise zu erklären. Maßregeln, die zweideutig waren, deren Ehrenhaftigkeit sich be-

streiten ließ, wurden dem Minister v. Haugwitz zugeschrieben, dem man gewöhnlich Alles Schuld gab, was man nicht gut zu rechtfertigen wußte und der sich auf diese Weise bereitwillig für den guten Ruf seines Königs opferte. Dieser Hof, welcher aufgeklärt war und wenig Vorurtheile hatte, war mit dem Konvent und dem Direktorium erträglich, mit dem Ersten Konsul vortrefflich ausgekommen. Als der Letztere zur Regierung kam, schien er einen Augenblick willens, als Vermittler zwischen den kriegführenden Mächten aufzutreten, um sie zum Frieden zu zwingen, und seitdem der Erste Konsul sie allein dazu gezwungen, machte jener wenigstens seine gute Absicht geltend, behandelte ihn fortwährend auf eine schmeichelhafte Weise und stellte ihm für die Zukunft ein Schutz- und Trutzbündniß in Aussicht, wofern man ihn begünstigte bei der Vertheilung des deutschen Kircheneigenthums.

Rußland war bei der Gebietsfrage in Deutschland nicht betheiligt und durch den Frieden von Lüneville weder berufen, noch befugt, sich in dieselbe einzumischen; aber es hätte gern eine Rolle bei derselben gespielt. Zum Schiedsrichter genommen zu werden hätte der Eitelkeit des jungen Kaisers geschmeichelt, die bereits hervorzublicken begann unter seiner Bescheidenheit und Unbefangenheit. Anfangs hatte sich dieser Fürst den beiden Männern hingegeben, die ihn durch eine gräßliche Katastrophe auf den Thron gebracht, den Grafen Pahlen und Panin; allein ein solches Joch war für seinen rechtschaffenen Sinn eben so drückend, als für seinen Stolz und es wurmte ihn, Männer zur Seite zu haben, welche furchtbare Erinnerungen in ihm erweckten, und er fühlte sich gedemüthigt durch Minister, die ihn wie einen unmündigen Fürsten behandelten. Wir haben bereits erwähnt, daß er in der Umgebung seiner Jugendgenossen Strogonoff, No-

wosilzoff und Czartoryski und eines reiferen Freundes, Kotschoubey, sehnlich die Zeit herbeiwünschte, sich mit ihnen der Staatsgeschäfte zu bemächtigen. Er hatte eine Gelegenheit benutzt, die der herrische Charakter des Grafen Pahlen herbeiführte, um diesen nach Kurland zu entfernen, war eben so mit dem Grafen Panin verfahren und hatte dann Kotschoubey in das Kabinet gezogen. Zum Vicekanzler hatte er ein altes Mitglied der russischen Regierung gewählt, den Fürsten Kurakin, einen Staatsmann von nachgiebigem Wesen, der den Glanz der Macht liebte und seinen in Europa bekannten Namen gern den fünf jungen Männern hergab, die im Geheimen das Reich zu regieren begannen. In dieser seltsamen Verbindung eines vierundzwanzigjährigen Czars mit einigen russischen und polnischen Edelleuten von demselben Alter hatte man sich, wie wir oben erwähnt, ganz eigene Ideen über Alles gemacht. Paul I. und selbst Katharina galten hier für barbarische und unaufgeklärte Fürsten, die Theilung Polens für ein Attentat, der Krieg gegen die französische Revolution für die Folgen blinder Vorurtheile. Rußland sollte sich in Zukunft eine ganz andere Aufgabe stellen: es sollte die Schwachen schützen, die Starken im Zaume halten, Frankreich und England nöthigen sich in den Schranken der Gerechtigkeit zu halten und sie Beide zwingen, bei ihrem Kampfe die Interessen der Völker zu achten. Glückliche Vorsätze, edle Gedanken, wenn sie ernst gewesen wären und nicht jenen freisinnigen Regungen des französischen in der Schule Voltaire's und Rossau's erzogenen Adels geglichen hätten, der auch von Menschlichkeit und Freiheit sprach, bis daß die Revolution auftrat und das Verlangen an sie stellte, ihren Theorien gemäß auch zu handeln! Da wurden diese hochgeborenen Herren Philosophen die Auswanderer von Koblenz. Wie es aber in

Frankreich eine Minorität unter dem Adel gab, die ihrer anfänglichen Gesinnung bis ans Ende treu blieb, eben so zeichneten sich auch unter den jungen Regierern Rußlands zwei Männer aus durch ernstere Ansichten und festeren Charakter: Strogonoff und der Fürst Adam von Czartoryski. Strogonoff legte einen gediegenen und überzeugungstreuen Geist an den Tag; Fürst Czartoryski, ein fleißiger, unterrichteter und bei 25 Jahren schon ernster Mann hatte eine Art von Einfluß auf Alexander gewonnen, war erfüllt von den Gesinnungen, die in seiner Familie erblich sind, von dem Wunsche, Polen wieder zu erheben, und bemühte sich, wie wir bald sehen werden, die Combinationen der russischen Politik zu diesem Ziele hinzuführen. Diese jungen Männer mußten bei solchen Neigungen eifrig danach trachten, jenes gerechte und souveräne Schiedsrichteramt, das ihnen so verführerisch schien, in Deutschland zu beginnen. Das gewandte Oesterreich hatte es wol verstanden, ihre Gesinnung zu entdecken, und darauf gedacht, sich derselben zu bedienen. Da es deutlich die Vorliebe des Ersten Konsuls für Preußen sah, wandte es sich an den Kaiser Alexander, schmeichelte ihm und bot ihm die Rolle eines Schiedsrichters in den Angelegenheiten Deutschlands an. An dem Ehrgeiz, eine solche Rolle zu übernehmen, fehlte es dem Czar ganz und gar nicht, allein es war nicht leicht, sich derselben dem General Bonaparte gegenüber zu bemächtigen, welchem ein ausdrücklicher Vertrag das Recht zusprach und die Pflicht auferlegte, sich in die deutsche Entschädigungsfrage zu mischen, und der nicht der Mann war, Andere thun zu lassen, was ihm selbst zukam. Deshalb zeigte auch Kaiser Alexander, obschon ungeduldig, auf der Weltbühne eine Rolle zu spielen, eine Zurückhaltung, die in seinem Alter

verdienstlich war, zumal bei dem Ehrgeiz, der sein Herz erfüllte.

Wir müssen uns jetzt auf die dunkle und schwierige Angelegenheit der deutschen Entschädigungen genauer einlassen. Diese Angelegenheit war nach dem Frieden von Campo Formio auf dem Kongreß von Rastadt eingeleitet, dann in Folge der Ermordung unserer Bevollmächtigten und der zweiten Koalition aufgegeben, seit dem Frieden von Luneville wieder aufgenommen, oftmals angefangen, aber niemals beendigt, und bildete eine ernste Frage für Europa, eine Frage, die man hinausschob, da man nicht wußte, wie man sie lösen sollte. Sie konnte nur durch den festen Willen des Ersten Konsuls gelöst werden, denn Deutschland vermochte dies unmöglich zu Stande zu bringen.

Durch die Verträge vom Campo Formio und Lüneville war das linke Rheinufer uns zugefallen, von dem Punkt an, wo dieser schöne Strom zwischen Basel und Hüningen das Schweizergebiet verläßt, bis zu seinem Eintritt in Holland zwischen Emmerich und Nimwegen. Aber durch die Abtretung dieses Ufers an Frankreich hatten deutsche Fürsten jeglichen Ranges und Standes, sowol Erb- als Geistliche Fürsten beträchtliche Verluste an Gebiet und an Einkünften erlitten. Baiern verlor das Herzogthum Zweibrücken, die Rheinpfalz, das Herzogthum Jülich; Würtemberg und Baden die Herrschaft Mümpelgard und andere Domänen; die drei geistlichen Kurfürsten von Mainz, Trier und Köln waren fast ohne Staaten geblieben; die beiden Hessen hatten mehrere Herrschaften verloren; der Bischof von Lüttich und der von Basel waren ganz um den Besitz ihrer Bisthümer gekommen. Preußen hatte zu Gunsten Frankreichs auf das Herzogthum Geldern, einen Theil von Cleve und das kleine

Fürstenthum Mörs verzichten müssen, lauter Gebietstheile am niederen Rhein. Endlich hatte eine Menge von Fürsten zweiten und dritten Ranges ihre Fürstenthümer und kaiserlichen Lehne verloren. Dies waren aber noch nicht alle durch den Krieg herbeigeführte Gebietsentäußerungen. In Italien hatten zwei Erzherzöge von Oesterreich, der eine Toskana, der andre dem Herzogthume Modena entsagen müssen, in Holland das mit Preußen verbündete Haus Nassau-Oranien die Statthalterschaft und eine Menge Privatbesitzungen verloren.

Nach den Regeln der strengen Gerechtigkeit hätten auf deutschem Gebiet nur deutsche Fürsten entschädigt werden dürfen. Erzherzöge, Onkel oder Brüder des Kaisers, die seit langer Zeit die Würde italienischer Fürsten in Italien besaßen, hatten kein Anrecht auf Staaten in Deutschland, außer etwa das, daß sie Verwandte des Kaisers waren. Nun war es gerade der Kaiser, der Deutschland zum Kriege getrieben, der es so beträchtlichen Verlusten ausgesetzt, und er wollte es jetzt zwingen, seine eigenen Verwandten zu entschädigen, die ebenfalls gegen ihren Willen mit hineingerissen waren in diesen thörichten und schlecht geführten Krieg! Dasselbe galt vom Statthalter. Hatte dieser Fürst seine Staaten verloren, so lag es doch nicht Deutschland ob, die Fehler zu bezahlen, die man ihn hatte begehen lassen. Aber der Statthalter war der Schwager des Königs von Preussen und dieser König wollte für seine Familie nicht weniger thun, als der Kaiser für seine, und verlangte daher, daß das Haus Nassau-Oranien in Deutschland entschädigt werde. Man mußte also außer den deutschen Fürsten noch die ihrer Staaten in Italien beraubten Erzherzöge und das der Statthalterschaft verlustig gegangene Haus Nassau-Oranien entschädigen. Man hatte von Frankreich beim Frieden von Lüneville und schon früher

beim Frieden von Campo Formio verlangt, daß es darin einwillige, daß die Erzherzöge eine Besitzung in Deutschland erhielten. Preußen hatte auf dem Kongreß von Basel, England auf dem zu Amiens die Forderung gestellt, daß der Statthalter entschädigt würde, ohne nähere Bezeichnung des Orts, aber mit der eingestandenen Absicht, die Entschädigung innerhalb des deutschen Gebietes zu wählen. Frankreich, das die Entschädigungen nur vom Gesichtspunkte des allgemeinen Gleichgewichts aus zu überlegen hatte, dem es gleich sein konnte, ob in Fulda ein Bischof oder ein Fürst von Nassau thronte, ob in Salzburg ein Erzbischof oder ein Erzherzog seinen Sitz habe, Frankreich hatte sich schon dazu verstehen können.

Bei der Genehmigung des Friedens von Lüneville durch den Reichstag war die Last, die der Kaiser dem deutschen Gebiet auflegen wollte, zwar ungern, aber doch auf eine förmliche Weise angenommen. Die Verträge von Basel und Amiens, welche eine Entschädigung für den Statthalter festsetzten, gingen allerdings den deutschen Bund nichts an, allein England bei seinem Einfluß durch den Besitz Hanovers und Preußen bei seiner Macht über den Reichstag, überdies Beide der Mitwirkung Frankreichs sicher, brauchten keine Weigerung zu fürchten, wenn sie eine Entschädigung für den Statthalter verlangten. Man war also übereingekommen, daß der Statthalter wie die beiden italienischen Erzherzöge ihren Antheil an den säcularisirten Bisthümern erhalten sollten. Zur Entschädigung dieser deutschen, italienischen, holländischen Fürsten fehlte es in Deutschland nicht an schönen Besitzungen. Es gab deren viele und sehr beträchtliche, die unter geistlicher Regierung standen, und wenn man sie säcularisirte könnte man weite, gut bevölkerte und einträgliche Besitzungen erhalten, um alle Opfer des Krieges mit Staaten zu versehen.

Eine genaue Angabe des Betrages sämmtlicher zur Säcularisation geeigneten Fürstenthümer an Gebiet, Einwohnern uud Einkünften würde schwierig zu liefern sein. Der westphälische Friede hatte bereits eine beträchtliche Anzahl säcularisirt, aber die noch übrigen bildeten ungefähr ein Sechstel des eigentlichen Deutschlands, sowohl nach ihrem Umfange, als nach ihrer Bevölkerung. Der Ertrag konnte sich, wenn man die damals höchst unvollständigen und streitigen Schätzungen gelten lassen will, auf 13—14 Millionen Gulden belaufen; jedoch würde man sich irren, wenn man diese Summe als den Gesammtbetrag der in Rede stehenden Fürstenthümer ansehen wollte; es war vielmehr der Reinertrag nach Abzug der Erhebungs- und Verwaltungskosten, einer Menge geistlicher Pfründen, Abteien, Kanonikate u. dgl., die in dem angegebenen Reinertrag nicht inbegriffen waren und durch die Säcularisation den neuen Besitzern zufallen mußten, so daß man also einen drei- bis viermal höheren Anschlag von 40—50 Millionen Gulden erhalten würde, wenn man den Ertrag dieser Länder so berechnen wollte, wie man in Frankreich im Jahre 1803 rechnete und wie man jetzt noch weit strenger rechnet.

Es ist also unmöglich, den Werth dieser Staaten genau auf eine andere Weise anzugeben, als durch die Versicherung, daß sie ungefähr ein Sechstel des eigentlichen Deutschlands ausmachten. Man darf sie übrigens nur nennen, um zu zeigen, daß mehrere derselben jetzt blühende und zum Theil die schönsten Provinzen des deutschen Bundes bilden. Wenn man im Osten und Süden Deutschlands anfängt, fand man zunächst in Tyrol die Bisthümer Trient und Brixen, welche Oesterreich als ihm gehörig ansah und die es deshalb in der deutschen Entschädigungsmasse nicht gern auf-

geführt gesehen hätte, die aber wider seinen Willen zu den zur Entschädigung bestimmten Besitzungen gerechnet wurden. Bei der Schätzung ihres Ertrages schwankte man zwischen 200,000 und 900,000 Gulden. Ging man von Tyrol nach Baiern, so lag hier das herrliche Bisthum Salzburg, gegenwärtig eine der wichtigsten Provinzen der österreichischen Monarchie, welches das Thal der Salza umfaßte und nach den Einen 2,200,000, nach den Andern 2,700,000 Gulden trug und einen ausgezeichneten Schlag Soldaten liefert, die eben so gute Schützen sind, als die Tyroler. Zum Bisthum Salzburg gehörte auch die Probstei Berchtesgaden, werthvoll durch das Salz, welches sie liefert. In Baiern selbst fand man am Lech das Bisthum Augsburg, an der Isar das Bisthum Freisingen, endlich an der Mündung des Inn in die Donau das Bisthum Passau, welche alle drei von Baiern sehr begehrt wurden, dessen Gebiet sie vortheilhaft abgerundet hätten; sie trugen zusammen etwa 800,000 Gulden, wurden aber, wie gewöhnlich, von den Beanspruchenden, welche sich um dieselben stritten, sehr verschieden geschätzt. Auf der andern Seite der Donau, also in Franken, lag das reiche Bisthum Würzburg, dessen Bischöfe früher nach dem Titel Herzöge von Franken gestrebt und reich genug gewesen waren, in Würzburg einen fast eben so schönen Palast wie der in Versailles zu bauen. Man schätzte diese Pfründe auf 1,400,000 Gulden Einkünfte und mit dem anstoßenden Bisthum Bamberg auf mehr als 2 Mill. Gulden. Wenn Baiern diesen Antheil erhielt, so wurde dadurch sein Gebiet in Franken am besten abgerundet und es hatte eine Entschädigung für seine großen Verluste. Preußen beneidete es ihm wegen seines Werthes und weil es mit den Markgrafschaften Anspach und Baireuth grenzte. Noch kann man in derselben

Provinz das Bisthum Eichstädt anführen, das den beiden vorigen bei Weitem nicht gleichkam, aber doch recht ansehnlich war.

Noch blieb der auf dem rechten Ufer des Rhein gelegene Theil der Erzbisthümer Mainz, Trier und Cöln, die Erzbisthümer und Kurfürstenthümer zugleich waren und deren Ertrag sich schwer schätzen ließ; ferner die Enclaven des Kurfürstenthums Mainz in Thürigen, z. B. Erfurt und das Gebiet Eichsfeld; dann in Westphalen das Herzogthum Westphalen selbst mit 4 bis 500,000 Gulden Einkünften, die Bisthümer Paderborn, Osnabrück, Hildesheim, die man auf je 400,000 Gulden veranschlagte und endlich das umfangreiche Bisthum Münster, den Einkünften nach in Deutschland das dritte, an Umfang das größte. Es trug, wie man damals sagte, 1,200,000 Gulden.

Rechnet man zu diesen Erzbisthümern, Bisthümern und Herzogthümern, 14 an der Zahl, zu den Ueberbleibseln der frühern geistlichen Kurfürstenthümer noch die Trümmer der Bisthümer Speyer, Worms, Straßburg, Basel, Constanz, eine Anzahl reicher Abteien, endlich 49 freie Reichsstädte, die man nicht säkularisiren, sondern den benachbarten Staaten einverleiben wollte, was man mediatisiren nannte, so wird man sich einen ziemlich richtigen Begriff machen von den Gütern, über die man verfügen konnte, um die weltlichen Fürsten das Unglück des Krieges vergessen zu lassen. Wir müssen noch erwähnen, daß es ohne den Anspruch, die Erzherzöge und den Statthalter zu entschädigen, welche drei für ihren Theil mindestens ein Viertel der zur Verfügung stehenden Besitzungen verlangten, nicht nothwendig gewesen wäre, alle geistlichen Fürstenthümer abzuschaffen, und daß man in diesem Falle der deutschen Verfassung den vernichtenden Stoß

hätte ersparen können, von welchem sie bald darauf getroffen wurde.

Durch die gleichzeitige Säkularisation aller geistlichen Staaten schlug man nämlich dieser Verfassung eine tiefe Wunde, denn sie spielten in ihr eine bedeutende Rolle. Wir müssen hier einiges Nähere über diese alte Verfassung sagen, die älteste Europa's und die ehrwürdigste nächst der englischen, die aber bald zu Grunde gehen sollte durch die Habgier der deutschen Fürsten selbst.

Deutschland war ein Wahlreich. Obgleich seit langer Zeit die Kaiserkrone nicht aus dem Hause Oesterreich herausgekommen, so mußte doch bei jedem Regierungswechsel eine ausdrückliche Wahl dieselbe den Erben dieses Hauses übertragen, der zwar durch das Recht der Geburt König von Böhmen und Ungarn, Erzherzog von Oesterreich, Herzog von Mailand, Kärnthen, Steiermark u. s. w., nicht aber Oberhaupt des Reiches war. Die Wahl geschah früher durch sieben und zu der Zeit, von der wir sprechen, durch acht Kurfürsten. Von diesen acht waren fünf weltliche und drei geistliche. Die weltlichen waren: das Haus Oesterreich für Böhmen, der Kurfürst von der Pfalz für Baiern und die Pfalz, der Herzog von Sachsen für Sachsen, der König von Preußen für Brandenburg, der König von England für Hannover; die drei geistlichen Kurfürsten: der Erzbischof von Mainz, dem ein Theil beider Rheinufer in der Umgegend von Mainz, die Stadt Mainz selbst und die Ufer des Main bis oberhalb Aschaffenburg gehörten; der Erzbischof von Trier, dem das Land von Trier, d. i. das Moselthal von den Grenzen des früheren Frankreichs bis zur Mündung dieses Flusses in den Rhein bei Coblenz, gehörte; endlich der Erzbischof von Cöln, der das linke Rheinufer von Bonn bis

in die Nähe von Holland besaß. Diese drei Erzbischöfe wurden nach dem allgemeinen Brauch der Kirche überall, wo nicht das Königthum die kirchlichen Besitzungen an sich gerissen hatte, von ihren Kapiteln gewählt mit Vorbehalt der kanonischen Einsetzung, welche dem Papste verblieb. Die Domherren, die Mitglieder dieser Kapitel und die Wähler ihrer Erzbischöfe, wurden gewählt aus dem höchsten Adel Deutschlands. So mußten sie für Mainz zum unmittelbaren Reichsadel, d. h. zu dem Adel gehören, welcher nur unmittelbar unter dem Reich und nicht unter den Fürsten stand, in deren Ländern seine Besitzungen lagen. So konnten weder der Erzbischof, noch die ihn wählenden Domherren abhängige Unterthanen irgend eines andern Fürsten, als des Kaisers selbst sein. Diese Vorsicht war nothwendig bei einer so wichtigen Person, wie der Kurfürst von Mainz, welcher Reichskanzler war und den Vorsitz auf dem Reichstage führte. Die Erzbischöfe und Kurfürsten von Trier und Cöln hatten nur noch den Titel eines früheren Amts, das mit den Jahrhunderten erloschen war. Der Erzbischof von Cöln war weiland Kanzler von Italien, der Erzbischof von Trier Kanzler des Königreichs Gallien.

Diese acht Kurfürsten hatten die Kaiserkrone zu vergeben. In der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts hatte man sie zwingen wollen, einen Fürsten von Baiern zum Kaiser zu wählen, aber sie waren bald aus alter Gewohnheit und hergebrachter Ehrfurcht zur Nachkommenschaft Rudolphs von Habsburg zurückgekehrt. Ueberdies bildeten die katholischen Kurfürsten die Majorität, 5 gegen 3, und die Vorliebe der Katholiken war natürlich und Jahrhunderte alt. Das Reich war aber nicht blos Wahlreich, sondern zugleich, wenn man sich dieses Ausdrucks für eine Zeit bedienen darf, die mit der unsrigen keine Aehnlichkeit hat, ein Repräsentativstaat. Man

berieth über die Angelegenheiten des Bundes auf einem allgemeinen Reichstage, der sich unter der Leitung des Kanzlers, des Erzbischofs von Mainz, in Regensburg versammelte.

Dieser Reichstag bestand aus drei Kollegien: dem Kurfürstenkollegium, in welchem die acht Kurfürsten saßen, dem Fürstenkollegium, in welchem die weltlichen Fürsten saßen, jeder für das Gebiet, in welchem er unmittelbarer Oberherr war (gewisse Häuser hatten mehrere Stimmen, je nach der Wichtigkeit des Fürstenthums, das sie auf dem Reichstage vertraten; andere nur Theile von einer Stimme, wie die Grafen von Westphalen); endlich dem Städtekollegium, in welchem die Vertreter der freien Städte, 49 an der Zahl, saßen, die aber fast alle in Verfall gerathen waren und nur noch sehr wenig Einfluß in dieser berathenden Regierung des alten Deutschlands hatten.

Die Formen der Abstimmung waren äußerst verwickelt. War das Protokoll eröffnet, so stimmte jedes der drei Kollegien für sich. Die Kurfürsten hatten außer ihren Vertretern im Kurfürstenkollegium auch Vertreter im Fürstenkollegium und saßen so in zwei Kollegien zugleich. Oesterreich saß im Kurfürstenkollegium für Böhmen, im Fürstenkollegium für Oesterreich, Preußen im Kurfürstenkollegium für Brandenburg, im Fürstenkollegium für Anspach und Baireuth, Baiern im Kurfürstenkollegium für Baiern, im Fürstenkollegium für Jülich u. s. w., und so auch die Andern. Man hielt eigentlich keine Erörterung, sondern jeder Staat wurde in einer festbestimmten Ordnung aufgefordert und gab durch einen Gesandten mündlich sein Gutachten gab. Man hielt mehrmals Umfrage und Jeder hatte so Zeit, seine Meinung zu ändern. Waren die Kollegien verschiedener Meinung, so traten sie in Berathung und suchten sich mit einander zu ver-

ständigen, was Relation und Korrelation unter den Kollegien genannt wurde. Sie machten sich Zugeständnisse und schlossen mit einem gemeinschaftlichen Gutachten, dem sogenannten Konklusum.

Die Wichtigkeit dieser drei Kollegien war nicht gleich. Das der Städte wurde kaum gerechnet. Früher im Mittelalter, als aller Reichthum in den freien Reichsstädten zusammengehäuft lag, hatten sie dadurch, daß sie ihr Geld bewilligten oder verweigerten, ein Mittel, sich Gehör zu verschaffen; allein dem war nicht mehr so, seit Nürnberg, Augsburg, Cöln aufgehört, Mittelpunkte der Handels- und Geldmacht zu sein.

Abgesehen von den verletzenden Formen, die man gegen sie anwandte, kümmerte man sich auch wenig um ihr Gutachten. Die Kurfürsten, d. h. die großen Fürstenhäuser mit ihren Stimmen im Kurfürstenkollegium, mit ihren Stimmen und ihrem Anhange im Fürstenkollegium, entschieden fast jede Berathung zu ihren Gunsten.

Man würde diese Verfassung nicht vollständig schildern, wenn man nicht hinzufügte, daß unabhängig von dieser allgemeinen Regierung eine Lokalregierung bestand zum Schutze der besondern Interessen und zur allgemeinen Vertheilung der Bundeslasten. Diese Lokalregierung waren die Kreise. Ganz Deutschland war eingetheilt in zehn Kreise, von denen der letzte, der Kreis Burgund, nur noch ein leerer Name war, da er aus Provinzen bestand, welche dem Reiche seit langer Zeit verloren gegangen. Der mächtigste Fürst im Kreise war der Leiter desselben; er berief die Stände, die ihn bildeten, zur Berathung, vollzog ihre Beschlüsse und kam den Ständen zu Hülfe, denen Gewaltthätigkeit drohte. Zwei Reichsge-

richte, eines in Wetzlar, das andere in Wien, sprachen Recht zwischen diesen so verschiedenen Bundesmitgliedern, Königen, Fürsten, Bischöfen, Aebten und Republiken.

Wie sie auch sein mochte, immer war diese Verfassung doch ein ehrwürdiges Denkmal der Jahrhunderte. Sie hatte einige Charakterzüge der Freiheit, nicht jener Freiheit, die in der heutigen Gesellschaft den Einzelnen schützt, sondern derjenigen, welche die schwachen Staaten in Schutz nimmt gegen die mächtigen, indem sie denselben Gelegenheit giebt, ihr Bestehen, ihre Besitzungen, ihre besonderen Rechte im Schooße eines Bundes zu vertheidigen und gegen die Tyrannei des Stärkern an die Gerechtigkeit Aller zu appelliren. Sie führte zu einer gewissen Geistesentwicklung, zu einem tiefen Studium des Völkerrechts, zu einer bedeutenden Kunst, die Menschen in Versammlungen zu behandeln, sehr ähnlich der, wenn auch unter anderem Schein, die in den Repräsentativregierungen unserer Zeit ausgeübt wird. Die Säkularisationen mußten in dieser Verfassung eine bedeutende Veränderung herbeiführen. Zunächst entfernten sie aus dem Kurfürstenkollegium die drei geistlichen Kurfürsten und aus dem Fürstenkollegium eine große Anzahl katholischer Mitglieder. Die katholische Majorität, welche in diesem zweiten Kollegium 54 Stimmen gegen 43 betragen hatte, mußte sich in eine Minorität verwandeln, denn die Fürsten, welche die geistlichen Stimmen erben sollten, waren fast alle Protestanten. Dies war eine bedeutende Störung der Verfassung und des Gleichgewichts der Kräfte. Allerdings hatte die Toleranz, ein Kind des Jahrhunderts, den Bezeichnungen: protestantische und katholische Partei, ihre vormalige religiöse Bedeutung genommen; dafür aber hatten sie eine ungemein ernste politische Bedeutung erhalten: die protestantische bezeichnete die

preußische, die katholische die österreichische Partei. In diesen zwiefachen Einfluß theilte sich Deutschland seit langer Zeit. Man kann sagen, daß Preußen im Reiche das Haupt der Opposition, Oesterreich das Haupt der Regierungspartei war. Friedrich der Große hatte dadurch, daß er Preußen auf Kosten Oesterreichs zu einer Macht ersten Ranges erhoben, einen heftigen Haß entzündet zwischen den beiden großen Häusern Deutschlands. Der französischen Revolution gegenüber war dieser Haß einen Augenblick eingeschlummert, aber bald wieder erwacht, seitdem Preußen sich von der Koalition losgesagt, auf eigene Hand Frieden geschlossen mit Frankreich und sich bereichert hatte durch seine Neutralität, während Oesterreich sich erschöpfte, um den gemeinschaftlich unternommenen Krieg allein durchzuführen. Jetzt zumal, da nach Beendigung des Krieges die Hinterlassenschaft der Kirche getheilt werden sollte, jetzt hatte die Habgier der beiden Höfe die Leidenschaft, welche die Zwietracht zwischen ihnen bewirkte, in neue Gährung gebracht.

Preußen wollte natürlich die Säkularisationen benutzen, um Oesterreich auf immer zu schwächen. Die letztere Macht war am Ende des letzten Jahrhunderts, wie in dem dreißigjährigen Kriege, wie in den Kriegen Karl's V., die Stütze der katholischen Partei. Das ist aber nicht so zu verstehen, als ob sich in allen Fällen die Protestanten auf die Seite Preußens und die Katholiken auf die Seite Oesterreichs geschlagen hätten; vielmehr wurde dies Verhältniß häufig durch nachbarliche Eifersucht geändert. Baiern z. B., eine eifrig katholische Macht, stimmte doch gewöhnlich mit Preußen, weil es in steter Besorgniß war wegen der Absichten Oesterreichs auf sein Gebiet. Sachsen, obschon protestantisch, war ebenfalls aus Nachbareifersucht oft gegen Preußen und stimmte mit

Oesterreich *). Im Allgemeinen aber hatte Oesterreich zu seinen Klienten die katholischen Fürsten und ganz insbesondere die geistlichen Staaten. Diese stimmten zu seinen Gunsten, wenn die Kaiserkrone zu vergeben war und schlossen sich seiner Ansicht an in den Versammlungen, in welchen die allgemeinen Angelegenheiten verhandelt wurden. Da sie selbst keine Heere aushoben, ließen sie die österreichischen Werber bei sich Soldaten werben und außerdem lieferten sie die Appanagen für die jüngeren Prinzen des kaiserlichen Hauses. Der Erzherzog Karl z. B., hatte kürzlich eine reiche Pfründe erhalten an der ihm jüngst zuerkannten Hochmeisterschaft des deutschen Ordens. Da der Bischof von Münster und der Erzbischof von Cöln gestorben, hatten die Kapitel dieser beiden Sitze an Stelle der verblichenen Prälaten den Erzherzog Anton ernannt. So lieferte die Kirche, wie in allen aristokratischen Ländern, die Ausstattung für die jüngeren Söhne der großen Familien. Natürlich wußte es Preußen den geistlichen Staaten wenig Dank, daß sie Oesterreich Soldaten, Appanagen und Stimmen auf dem Reichstage verschafften.

Sobald die deutschen Fürsten sich einmal auf Verfassungsreformen eingelassen, mußten sie bald dahin kommen, auch andere Veränderungen vorzunehmen, so namentlich die Aufhebung der freien Städte und des reichsunmittelbaren Adels.

Die freien Städte verdankten ihren Ursprung den Kaisern. Ebenso wie die Könige von Frankreich weiland die Gemeinden befreit von der Tyrannei der Edelleute, ebenso

*) Es muß jedoch bemerkt werden, daß in jener Zeit der Kurfürst von Sachsen katholisch war, während sein Land protestantisch war und als solches zählte.

hatten die Kaiser den durch Gewerbfleiß und Handel entstandenen Städten Deutschlands ein unabhängiges Bestehen, anerkannte Rechte und oft auch Privilegien gegeben. So waren in dies großartige deutsche Feudalwesen neben den Lehnsherren und den souveränen Priestern mit Grafen- oder Herzogskronen, demokratische Republiken hineingekommen, berühmt durch ihren Reichthum und ihren Geist. Augsburg, Nürnberg und Cöln hatten sich in Bezug auf Gewerbsfleiß und Handel weiland hochverdient gemacht um Deutschland und die ganze Menschheit. Alle diese Städte waren unter das Joch kleiner Ortsaristokratien gerathen und die Mehrzahl unter ihnen wurde auf eine klägliche Weise verwaltet. Die, deren Handel sich erhalten, waren dem allgemeinen Verfall entgangen und bildeten selbst ziemlich gedeihende Republiken. Aber sie wurden mit eifersüchtigen Augen angesehen von den benachbarten Fürsten, welche sie ihrem Gebiet einzuverleiben trachteten. Preußen besonders hätte gern Nürnberg und Baiern Augsburg seinen Staaten einverleiben mögen, obgleich diese Städte beide sehr herabgekommen waren von ihrem alten Glanze.

Der reichsunmittelbare Adel hatte einen sehr ähnlichen Ursprung mit den freien Städten, denn sein Titel schrieb sich her von dem kaiserlichen Schutze, welcher den Edelleuten bewilligt wurde, die zu schwach waren, um sich selbst zu vertheidigen. Deshalb war er auch besonders zahlreich in Franken und Schwaben, weil die Edelleute dieses Landes, da sie sich nach dem Fall des Hauses Schwaben ohne Oberherrn sahen, sich dem Kaiser hingegeben hatten. Man nannte ihn unmittelbar, weil er nur direkt vom Kaiser und nicht von den Fürsten abhing, in deren Gebiet seine Besitzungen lagen. Denselben Titel „unmittelbar" gab man jedem Staat, jeder

Stadt, Lehen, Abtei u. s. w., die direkt unter dem Reiche standen. Mittelbar (mediat) hieß jeder Staat, welcher direkt von dem Fürsten abhing, in dessen Gebiet er ein Enclave bildete. Jener reichsunmittelbare Adel, dessen Gehorsam getheilt war zwischen dem Ortsherrn und dem Kaiser, den er als seinen einzigen Oberherrn erkannte, war stolz auf dies höhere Vasallenthum, diente in den kaiserlichen Heeren und Kanzleien und überließ die Bevölkerung der ihm gehörenden Städte und Dörfer den österreichischen Werbern.

Die Landesfürsten, welcher Partei sie auch angehören mochten, wünschten die zwiefache Einverleibung des reichsunmittelbaren Adels und der freien Städte in ihre Staaten. Aus der Erhaltung der freien Städte, von denen es einige für sich selbst begehrte, machte sich Oesterreich nicht viel, für den reichsunmittelbaren Adel dagegen, der ihm ganz besonders am Herzen lag, hegte es großen Eifer. Doch wünschte es im Allgemeinen Alles zu erhalten, was sich irgend erhalten ließ.

Von unserm modernen Gesichtspunkt aus scheint nichts natürlicher und rechtmäßiger, als die Vereinigung aller dieser Gebietstheile, Städte oder unmittelbarer Herrschaften, mit jedem Staatskörper. Gewiß wäre es auch besser gewesen, wenn man in Deutschland, wie im Jahre 1789 in Frankreich, an Stelle dieser örtlichen Freiheiten eine allgemeine Freiheit hätte treten lassen, die gleichzeitig jede Existenz und jedes Recht verbürgt hätte. Diese Einverleibungen aber vergrößerten die unumschränkte Gewalt der Könige von Preußen, der Kurfürsten von Baiern, der Herzoge von Würtemberg, und bei so bewandten Umständen konnte man sie wohl mit einigem Bedauern sehen.

Wir sehen in der Geschichte der europäischen Monarchieen zwei in Zweck und Zeit sehr verschiedene Revolutionen: die erste ist die, durch welche das Königthum vom Lehnswesen die kleine Ortssouveränität erobert und so viele einzelne Existenzen in sich verschlingt, um einen einzigen Staat zu bilden; in der zweiten muß das Königthum, nachdem es diesen einheitlichen Staat gebildet, mit dem Volke Abrechnung halten und eine allgemeine, gleichförmige, regelmäßige Freiheit bewilligen, welche den besonderen Freiheiten des Feudalwesens sicherlich bei weitem vorzuziehen ist. Frankreich unternahm im Jahre 1789, nachdem es jene erste Revolution vollbracht, die zweite. Deutschland war im Jahre 1803 noch bei der ersten und es hat dieselbe noch heute nicht vollendet. Oesterreich vertheidigte, ohne ein anderes Streben, als das, seinen Einfluß im Reiche zu behalten, die alte germanische Verfassung und mit ihr die Feudalfreiheiten Deutschlands. Preußen dagegen, das nach Einverleibungen gierig war und die freien Städte, so wie den unmittelbaren Adel verschlingen wollte, wurde Neuerer aus Herrschsucht und strebte danach, Deutschland die Formen der modernen Gesellschaft zu geben, d. h. ohne es zu wollen, ohne es zu wissen, das Werk der französischen Revolution im alten deutschen Reiche zu beginnen.

Waren die Bestrebungen dieser beiden Mächte in Bezug auf die Verfassung schon verschieden, so waren ihre Gebietsansprüche es nicht minder.

Oesterreich wollte seine beiden Erzherzöge reichlich entschädigen lassen und unter diesem Vorwande die Grenze seiner eigenen Staaten ausdehnen und verbessern. Es kümmerte sich wenig um den Herzog von Modena, der seit längerer Zeit durch die Verträge von Campo Formio und Lüneville den

Breisgau, eine kleine Provinz des badischen Landes erhalten hatte, um das er sich wenig kümmerte, da er es vorzog, sein durch Habsucht angehäuftes ungeheures Vermögen in Venedig ruhig zu genießen; ernstlich aber beschäftigte es sich mit dem Erzherzog Ferdinand, dem früheren Souverän von Toskana. Für ihn begehrte es das schöne Erzbisthum Salzburg, welches Tyrol mit der Hauptmasse der österreichischen Monarchie verbunden hätte, ferner die Probstei Berchtesgaden, ein Enklave das Erzbisthum Salzburg. Diese beiden Fürstenthümer waren Oesterreich ausdrücklich versprochen, aber es wünschte mehr zu erhalten; es wollte für denselben Erzherzog das Bisthum Passau, das seinem Hause die wichtige Festung Passau an der Mündung des Inn in die Donau sicherte, das herrliche Bisthum Augsburg, das sich mitten in Baiern längs dem Lech hinzieht, endlich die vom Bisthum Freisingen abhängige Grafschaft Werdenfels und die Abtei Kempten, zwei Besitzungen auf dem Abhange der Tyroler Alpen, welche beide die Quellen der Baiern durchströmenden Flüsse, des Inn, der Isar, der Loisach, des Lech, beherrschten. Rechnet man hierzu 19 freie Städte in Schwaben, über zwölf große unmittelbare Abteien, und erwägt man, daß Oesterreich außer dem, was es für den Erzherzog in Schwaben verlangte, in diesem Lande von Altersher eine Menge von Besitzungen hatte, so wird man leicht merken, was es hiebei beabsichtigte. Es wollte vermittelst der angeblichen Entschädigung für den Erzherzog Ferdinand sich durch Augsburg, weiterhin durch Werdenfels und Kempten, noch weiterhin durch seine Besitzungen in Schwaben in Baiern festsetzen, es so mit den Fängen des kaiserlichen Adlers umkrallen und es bewegen, ihm den Theil seiner Staaten abzutreten, den es seit langer Zeit begehrte, das Flußgebiet des Inn, vielleicht sogar das der Isar.

Es war eine der ältesten Bestrebungen Oesterreichs, sich in Baiern auszudehnen, um hier eine bessere Grenze zu gewinnen und gleichzeitig seine Posten in den Tyroler Alpen vorzuschieben bis an die Grenze der Schweiz. Der Besitz der Isarlinie war der Wunsch, welcher Oesterreich am meisten am Herzen lag und wäre nicht der letzte geblieben, wenn man ihn befriedigt hätte. Um das Land bis zur Isar zu bekommen, hätte es dem Hause Baiern Augsburg, Bisthum und Stadt, abgetreten, ferner alle österreichischen Besitzungen in Schwaben. Die an der Isar gelegene Stadt München wäre dann eine Grenzstadt gewesen und hätte nicht der Sitz der bairischen Regierung bleiben können; deshalb wäre nach diesem Plane Augsburg dem Kurfürsten von der Pfalz als neue Hauptstadt angeboten worden. Allein das hieß fast die Hälfte dieses Kurfürstenthums fortnehmen und das pfälzische Haus gänzlich nach Schwaben zurückdrängen. Falls dieser viel zu schöne Traum nicht in Erfüllung ging, hätte auch das Inngebiet Oesterreich über seine Verluste getröstet. Es besaß nur den unteren Theil des Inn, von Braunau bis Passau; oberhalb aber, zwischen Braunau und den Tyroler Alpen, gehörten beide Ufer dieses Flusses Baiern. Oesterreich hätte gern den ganzen Inn gehabt, von seinem Eintritt in Baiern bei Kufstein, bis zu seiner Vereinigung mit der Donau. Diese Linie hätte weniger Land umfaßt, als die Isarlinie, aber auch sie war noch sehr schön und in militärischer Beziehung fester. Oesterreich war stets gemeint, durch einen Tausch die eine oder die andere dieser Grenzen zu erlangen. So hörte es dennoch nicht auf, den armen Kurfürsten von Baiern mit seinen Anerbietungen und wenn diese kein Gehör fanden, mit Drohungen zu bestürmen, seitdem die Entschädigungsfrage zwischen den Kabinetten verhandelt wurde. Der

Kurfürst theilte seine Angst sofort seinen beiden natürlichen Beschützern mit, Preußen und Frankreich.

Das war der Antheil, den Oesterreich bei der Vertheilung der Entschädigungen für sich zu nehmen beabsichtigte. Den Antheil der Anderen bestimmte es folgendermaßen.

Für die Verluste, welche Baiern auf dem linken Rheinufer erlitten, Verluste, welche die aller deutschen Fürsten übertrafen, denn dies Haus hatte das Herzogthum Zweibrücken, die Rheinpfalz, das Herzogthum Jülich, die Markgrafschaft Bergen op Zoom und eine Menge Ländereien im Elsaß verloren, wies ihm Oesterreich zwei Bisthümer in Franken an: Würzburg und Bamberg, welche für Baiern sehr günstig lagen, da sie an die Oberpfalz grenzten, aber kaum zwei Drittel von dem betrugen, was ihm gebührte. Vielleicht hätte Oesterreich zu diesem Antheil noch das an der Isar, ganz in der Nähe von München belegene Bisthum Freisingen hinzugefügt. Preußen gedachte Oesterreich ein bedeutendes Bisthum im Norden, z. B. Paderborn, und vielleicht zwei oder drei Abteien, wie Essen und Werden zu geben; dem Statthalter endlich ein Gebiet in Westphalen, also höchstens ein Viertel von dem, was das Haus Brandenburg für sich und für seine Verwandtschaft erstrebte. Nachdem Oesterreich noch den beiden Hessen, Baden und Würtemberg einige Güter der niederen Geistlichkeit und den Schwarm kleiner Erbfürsten, die, wie es sagte, sich glücklich schätzen würden, zu nehmen, was man ihnen gäbe, eine gewisse Anzahl von Abteien zugestanden, wollte es vermittelst der größeren Gebiete im Norden und der Mitte Deutschlands, wie Münster, Osnabrück, Hildesheim, Fulda und die Ueberbleibsel der Kurfürstenthümer Cöln, Mainz und

Trier, die drei geistlichen Kurfürsten beibehalten und so seinen Einfluß auf das Reich retten.

Von den drei geistlichen Kurfürstenthümern war das erstere, Mainz, kürzlich an den Koadjutor des letzten Erzbischofs übergegangen. Dieser neue Bischof gehörte dem Hause Dalberg an und war ein unterrichteter, geistvoller Prälat und ein Mann von Welt. Das Kurfürstenthum Trier gehörte einem sächsischen Prinzen, der noch lebte, aber zurückgezogen nach dem Bisthum Augsburg, das er mit Trier gleichzeitig besaß, über fleißigen Religionsübungen und in der Wohlhabenheit, welche ihm seine Familienpensionen verschafften, die verlorene kurfürstliche Größe vergaß. Das Kurfürstenthum Cöln war durch den Tod des Inhabers erledigt. Die Bisthümer Münster, Freisingen, Regensburg, die Probstei Berchtesgaden waren ebenfalls kürzlich erledigt. Ob nun Oesterreich mit den Kapiteln einverstanden war oder nicht, es hatte in Gegenwart eines kaiserlichen Kommissars den Erzherzog Anton zum Bischof von Münster und zum Erzbischof von Cöln ernennen lassen. Preußen that erzürnt Einspruch und sagte, man wolle durch die Ernennung neuer Titulare nur Hemmnisse der Säkularisation schaffen und die freie Ausführung des Friedens von Lüneville verhindern. Sein Einspruch sollte es verhindern, daß man auf dieselbe Weise die noch unbesetzten Pfründen Freisingen, Regensburg und Berchtesgaden besetzte.

Von den Plänen Preußens würde man sich einen ziemlich richtigen Begriff machen, wenn man genau das Gegentheil von den Plänen Oesterreichs nähme. Zunächst hielt es, und zwar mit Recht, die Angabe des Verlustes, den der Großherzog von Toskana erlitten, für mindestens um das Doppelte übertrieben. In Wien behauptete man, er

habe mindestens vier Millionen Gulden Einkünfte verloren. Diese Angabe war sehr übertrieben und beruhte auf der Verwechselung des Rein- und des Bruttoertrages. Der Reinertrag, welchen der Großherzog verloren, belief sich auf höchstens 2,500,000 Gulden. Preußen behauptete, Salzburg, Passau und Berchtesgaden kämen an Einkünften Toskana gleich, wenn sie es nicht gar überträfen, ungerechnet, daß Toskana, als von der österreichischen Monarchie getrennt, für die letztere keinen Werth durch seine Lage gehabt habe, während Salzburg, Berchtesgaden und Passau mit der Hauptmasse dieser Monarchie selbst verbunden, derselben eine ausgezeichnete Grenze und in den Bergbewohnern Salzburgs eine zahlreiche kriegerische Bevölkerung gäben. Man glaubte, Oesterreich würde daselbst 25,000 M. ausheben können. Es sei mithin kein stichhaltiger Grund vorhanden, zu dem Antheil des Erzherzogs die Bisthümer Augsburg, Eichstädt, die Abtei Kempten, die Grafschaft Werdenfels und alle die in Schwaben verlangten freien Städte und Abteien hinzuzufügen. Doch aber bestand Preußen minder auf der Uebertreibung der österreichischen, als auf der Gerechtigkeit seiner eigenen Ansprüche. Die Verluste die es erlitten, schätzte es auf das Doppelte ihres wahren Werthes und setzte den Werth der Gebiete, die es als Entschädigung verlangte, um die Hälfte herab. Zunächst theilte es einen der Wünsche Oesterreichs, den Wunsch nach der Mitte und dem Süden Deutschlands vorzurücken. Es wollte in Franken dasselbe thun, wonach Oesterreich in Schwaben trachtete, d. h. sein Gebiet hier mindestens verdoppeln. Es war ein beständiges Streben dieser beiden Höfe, in der Mitte Deutschlands vorgerückte Stellungen einzunehmen, theils gegen einander, theils gegen Frankreich, theils auch, um die Staaten in der Mitte des

Bundes unter ihrem Einfluß zu halten. In der ersten Regung seiner Herrschsucht hatte Preußen nicht weniger verlangt, als die Bisthümer Würzburg und Bamberg, die an Anspach und Baireuth grenzten und von Jedermann Baiern zur Entschädigung zugedacht waren. Aber dieser Anspruch war auf solchen Widerstand gestoßen, besonders in Paris, daß es denselben hatte aufgeben müssen. Wenn es Würzburg und Bamberg nicht erhalten konnte, wollte Preußen, das nur das Herzogthum Geldern, einen Theil des Herzogthums Cleve, das kleine Fürstenthum Mörs, einige abgeschaffte Rheinzölle und die an Holland abgetretenen Enklave's Savenaer, Huissen und Marburg verloren hatte, ein Gesammteinkommen, wie Rußland sagte von 700,000 Gulden, wie Frankreich meinte von 1,200,000 Gulden, wollte Preußen nicht weniger als einen Theil Norddeutschlands, nämlich die Bisthümer Münster, Paderborn, Osnabrück und Hildesheim, nebst den Resten des Kurfürstenthums Mainz in Thüringen, wie Eichsfeld und Erfurt, und dann in Franken, wo es seine Ansprüche nicht aufgab, das Bisthum Eichstädt und die berühmte Stadt Nürnberg.

In Betreff der Schadloshaltung für den Statthalter rechnete es ebenso wie Oesterreich in Betreff der Entschädigung des Herzogs von Toskana, und verlangte für das Haus Oranien Nassau, einen an das preußische Gebiet angrenzenden Staat, mit folgenden Besitzungen: dem Herzogthum Westphalen, der Landschaft Recklingshausen und den Ueberresten der beiden Kurfürstenthümer Cöln und Trier auf dem rechten Rheinufer. Dies hatte für den Statthalter außer dem, sowol für ihn als für Preußen sehr bedeutenden Vortheil, sich an die letztere Macht zu lehnen, auch noch den, daß er in der Nähe Hollands blieb und einen Wechsel des Glücks in diesem

Lande benutzen konnte. Denkt man an die Unrichtigkeit der Schätzungen Preußens, denkt man daran, daß es erst den Betrag seiner Verluste bis auf's Doppelte, ja bis auf's Dreifache übertrieb und in demselben Verhältniß den Werth, der als Ausgleichung verlangten Gebiete verheimlichte, daß es zum Beispiel das Bisthum Münster auf 350,000 Gulden veranschlagte, welches in Paris, nach höchst unparteiischen Berechnungen auf 1,200,000 Gulden geschätzt wurde, daß es das Bisthum Osnabrück auf 150,000 Gulden angab, welches in Paris 369,000 geschätzt wurde u. s. w., so wird man sich nun eine Vorstellung machen können von der thörichten Uebertreibung seiner Ansprüche.

Es zeigte sich etwas großmüthiger als Oesterreich gegen die Fürsten zweiten und dritten Ranges, denn jeder derselben war eine protestantische Stimme mehr auf dem Reichstage. Die beiden geistlichen Kurfürsten von Cöln und Trier wollte es beseitigen und höchstens den von Mainz mit den auf dem rechten Rheinufer gelegenen Resten seines Kurfürstenthums bestehen lassen, an Stelle der beiden geistlichen Kurfürsten aber zwei protestantische unter den Fürsten von Hessen, Würtemberg, Baden, ja wo möglich Oranien-Nassau setzen. Die Unterstützung, welche Oesterreich bei Rußland suchte, suchte Preußen bei Frankreich. Es erbot sich, wenn man seine Forderungen unterstützte, seine Politik an die des Ersten Konsuls anzuschließen, sich ihm durch ein förmliches Bündniß zu verpflichten und alle Anordnungen in Italien, wie die Bildung des Königreichs Etrurien, die neue Verfassung der italienischen Republik und die Vereinigung Piemonts mit Frankreich zu garantiren. Zugleich gab es sich die größte Mühe, die Unterhandlung nach Paris zu bringen, während Oesterreich sie nach St. Petersburg zu bringen suchte. Preu-

ßen wußte nämlich, daß es außerhalb Paris nicht besonders günstig beurtheilt würde, daß man es ihm bei allen Höfen bitter zum Vorwurf machte, daß es die Sache Europa's für die der französischen Revolution aufgegeben, und daß, wenn man die Ansprüche des Kaisers scharf kritisirte, die seinigen noch weit strenger beurtheilt wurden, denn es fehlte ihnen der Entschuldigungsgrund der großen Verluste, welche das Haus Oesterreich im letzten Kriege erlitten, kurz, es wußte, daß es nur von Seiten Frankreichs auf Unterstützung zu hoffen habe, und daß es nur das Mißfallen des Ersten Konsuls erregen und Schiedsrichter annehmen würde, die ihm abhold wären, wenn es sich auf eine Verlegung der Unterhandlung einließe. So wies es denn alle Eröffnungen Oesterreichs entschieden zurück, das, an seiner Sache verzweifelnd, Preußen vorschlug, sich unter einander zu verständigen, alle Fürsten zweiten und dritten Ranges zu opfern, sich so gegenseitig den Löwenantheil zuzugestehn und sich dann nach Petersburg zu wenden, um die Bestätigung der vorgenommenen Theilung auszuwirken, hauptsächlich in der Absicht, Deutschland dem Joch der Franzosen zu entziehen.

Nach dem Beispiel Preußens wandten sich auch die andern deutschen Fürsten sämmtlich an Frankreich und brachten ihre Gesuche statt in London, Petersburg, Wien und Berlin, in Paris an. Baiern, das von Oesterreich gequält wurde, die Herzöge von Baden, Würtemberg, Hessen, die auf einander eifersüchtig waren, die kleinen Familien, die erschrocken waren über die Habgier der großen, die mit Einverleibung bedrohten freien Reichsstädte, der derselben Gefahr ausgesetzte reichsunmittelbare Adel, Alle, groß und klein, Republikaner und erbliche Souveräne, führten ihre Sache in Paris, die einen durch ihre Gesandten, die andern unmit-

telbar und in Person. Der ehemalige Statthalter hatte seinen Sohn, den Prinzen von Oranien, den nachherigen König der Niederlande hingeschickt, und der Erste Konsul ihn mit vieler Gunst aufgenommen. Mehrere andere Fürsten waren ebenfalls hingekommen. Alle besuchten eifrig den Palast von St. Cloud, in welchem einem General der Republik der Hof gemacht wurde, ganz wie den Königen.

Es war ein seltsames Bild, was Europa damals darbot, ein Bild, welches recht klar die Wandelbarkeit der menschlichen Leidenschaften und die Unergründlichkeit der Vorsehung in ihren Plänen darthut!

Preußen und Oesterreich hatten Deutschland zu einem ungerechten Kriege gegen die französische Revolution verleitet und waren besiegt worden. Frankreich hatte nach dem Recht des Sieges, einem Recht, das unbestreitbar ist, wenn die siegreiche Macht die herausgeforderte war, das linke Rheinufer erobert. Ein Theil der deutschen Fürsten sah sich dadurch seiner Staaten beraubt. Es war natürlich, sie in Deutschland, und nur sie zu entschädigen. Preußen jedoch und Oesterreich, welche sie ins Gedränge gebracht, wollten auf Kosten dieses armen Deutschlands ihre eigenen Verwandten, Italiener wie die Erzherzöge, oder Holländer wie den Statthalter, und, was noch befremdender ist, unter dem Namen ihrer Verwandten sich selbst entschädigen, immer wieder auf Kosten desselben Deutschlands, das ein Opfer gerade ihrer Fehler geworden. Und wo suchten sie diese Entschädigungen? Nirgend anders als in den Gütern der Kirche; d. h. die Vertheidiger des Throns und des Altars gedachten, nachdem sie geschlagen heimgekehrt, sich für den unglücklichen Krieg dadurch zu entschädigen, daß sie den Altar beraubten, zu dessen Vertheidigung sie ausgezogen,

und hierin das Beispiel derselben Revolution nachahmten, welche sie angegriffen! Und was wo möglich noch außerordentlicher war: eben der siegreiche Vertreter dieser selben Revolution war es, den sie aufforderten, den Kirchenraub unter sie zu vertheilen, da sie selbst es nicht im Stande waren!

Der Erste Konsul kümmerte sich wenig um die Mühe, die man sich bei ihm gab, die Unterhandlung bald hierhin, bald dorthin zu ziehen. Er wußte, daß sie nur in Paris stattfinden würde, weil er es wollte und weil es so in jeder Beziehung am besten war. Seit dem Abschluß des allgemeinen Friedens in seinen Bewegungen ungehemmt, hörte er nach einander die betheiligten Parteien: Preußen das nur mit ihm und durch ihn zu handeln wünschte; Oesterreich, das zwar das Schiedsrichteramt nach Petersburg zu verlegen suchte, doch aber nichts vernachlässigte, um ihn zu seinen Gunsten zu stimmen; Baiern, das ihn um Rath und um Unterstützung bat gegen die drohenden Anträge Oesterreichs; das Haus Oranien, welches seinen Sohn nach Paris gesandt hatte; die Häuser Baden, Würtemberg und Hessen, welche die vollständigste Ergebenheit versprachen, wenn man sie bevorzugen wollte; endlich die Masse der kleinen Fürsten, die sich auf ihr früheres Bündniß mit Frankreich beriefen. Der Erste Konsul sah bald ein, daß ohne das Einschreiten eines mächtigen Willens die Ruhe Deutschlands und folglich auch die Ruhe des Kontinents ungemein gefährdet bleiben würde. Er entschloß sich daher, seine Vermittelung anzubieten, oder richtiger, aufzunöthigen, dabei aber Anordnungen vorzuschlagen, welche der Gerechtigkeit Frankreichs und der Weisheit seiner Politik zur Ehre gereichten.

Nichts konnte einsichtsvoller, bewunderungswürdiger sein, als die Absichten des Ersten Konsuls in dieser glück-

lichen Zeit seines Lebens, in der er, ruhmgekrönt wie jemals, doch noch nicht genug materielle Kraft hatte, um Europa zu verachten und sich über die Nothwendigkeit einer tief berechneten Politik hinwegzusetzen. Er sah wohl, daß man bei der wenig sichern Stimmung Englands darauf denken müsse, der Gefahr eines allgemeinen Krieges vorzubeugen, daß es zu diesem Zweck dringend nothwendig sei, sich ein tüchtiges Bündniß auf dem Kontinent zu verschaffen, daß das Bündniß mit Preußen das zweckmäßigste sei, daß dieser Hof, seiner Natur, seinem Ursprunge und seinem Interesse nach neuerungssüchtig, mit der französischen Revolution Berührungspunkte habe, die kein anderer Hof haben konnte; daß man die Koalitionen unmöglich machte, wenn man denselben ernstlich für sich gewann; denn bei dem Grade der Kraft, den Frankreich erreicht, hätte man es höchstens dann anzugreifen gewagt, wenn sämmtliche Mächte gegen dasselbe vereinigt gewesen wären, sich aber niemals den Wechselfällen eines neuen Krieges ausgesetzt, wenn auch nur eine Macht an der Koalition fehlte, und gar wenn die fehlende Macht auf Frankreichs Seite getreten wäre. Obgleich aber der Erste Konsul sich mit Preußen zu verbünden gedachte, begriff er es doch mit seltenem Scharfsinn, daß er diese Macht nicht so stark machen dürfte, daß sie Oesterreich erdrücken könne, weil sie dann selbst, statt eines nützlichen Verbündeten, die gefährliche Macht geworden wäre; daß man ihr weder die von Alters her mit Frankreich befreundeten geistlichen Fürsten, noch die gesammten geistlichen Staaten ohne Ausnahme opfern dürfe, Staaten von geringer Festigkeit und geringer Bedeutung im Kriege, die als Nachbarn weltlichen und kriegerischen Fürsten vorzuziehen waren; noch auch endlich die freien Städte, die ehrwürdig waren durch die Erinnerungen, welche sie erweckten,

ehrwürdig besonders für die französische Republik durch ihren Titel Republik; daß man dadurch, daß man Preußen alle diese kleinen erblichen geistlichen und republikanischen Staaten opferte, die Verwirklichung jener deutschen Einheit begünstigen würde, die für das europäische Gleichgewicht, wenn sie jemals zu Stande käme, weit gefährlicher sein würde, als es die ganze österreichische Macht jemals gewesen. Kurz, er sah ein, daß man zwar die Wagschaale nach der Seite der protestantischen und nach Neuerung strebenden Partei hinneigen, aber auch nur hinneigen und nicht vollends sinken lassen müsse, weil man dadurch Oesterreich zur Verzweiflung treiben, ja vielleicht in seinen Untergang stürzen, sich so einen Feind statt des andern schaffen und Frankreich für die Zukunft eine Nebenbuhlerschaft mit dem Hause Brandenburg bereiten würde, die eben so gefährlich wäre, als jene, die es mehrere Jahrhunderte hindurch mit dem Hause Oesterreich in Krieg verwickelt.

Erfüllt von diesen verständigen Ansichten, unternahm es der Erste Konsul zunächst, Preußen zu gemäßigten Ansichten zu bringen. Wenn es ihm gelungen, sich mit dieser Macht zu verständigen, so wollte er mit den Betheiligten zweiten Ranges unterhandeln und sie durch einen gerechten Antheil an den Entschädigungen zufrieden stellen; dann gedachte er in Petersburg eine bloße Höflichkeitsunterhandlung zu eröffnen, um dem Stolze des jungen Kaisers zu schmeicheln, den er unter seiner erheuchelten Bescheidenheit deutlich wahrnahm, und ihn durch Artigkeiten für die beschlossenen Gebietsanordnungen zu gewinnen. Durch die Mitwirkung des zufriedengestellten Preußens und des geschmeichelten Rußlands hoffte er Oesterreichs Resignation unvermeidlich zu machen,

wofern man nur dafür sorgte, es durch die getroffenen Anordnungen nicht gar zu sehr zu erbittern.

Bei so verwickelten Kombinationen mußte man darauf gefaßt sein, erst nach mehreren Entwürfen zu einem definitiven Entwurf zu gelangen. Die Idee des Ersten Konsuls in Betreff der Gebietsvertheilung in Deutschland war anfangs gewesen, die drei centralen Großmächte des Kontinents, Oesterreich, Preußen, Frankreich, von einander zu entfernen und zwischen sie die ganze Masse des deutschen Bundes zu legen. Zu diesem Zweck würde der Erste Konsul Oesterreich nicht seine gesammten Ansprüche, nämlich das Isargebiet, bewilligt haben, weil man in diesem Falle das pfälzische Haus nach Schwaben und Franken hätte versetzen müssen, wol aber das ganze Inngebiet, also das Bisthum Salzburg, die Probstei Berchtesgaden, das Land zwischen Salza und Inn und die in Tyrol gelegenen Bisthümer Brixen und Trient. Auf diese Weise für sich und die beiden Erzherzöge entschädigt, hätte Oesterreich jeder Besitzung in Schwaben entsagen müssen; es wäre ganz hinter den Inn verlegt, wäre dort geschlossen und durch eine vortreffliche Grenze gedeckt gewesen; es hätte endlich eben durch die Lösung der alten Streitfrage wegen des Inn selbst Ruhe gehabt und auch Baiern in Ruhe gelassen.

Ebenso, wie Oesterreich auf seinen Besitz in Schwaben, hätte man Preußen verzichten lassen auf seinen Besitz in Franken, und von dieser Macht die Abtretung der Markgrafschaften Anspach und Baireuth gefordert. Aus diesen Markgrafschaften und den anstoßenden Bisthümern Würzburg und Bamberg, aus den von Oesterreich in Schwaben zum Opfer gebrachten Besitzungen, den Bisthümern Freisingen und Eichstädt, Enklaven der bairischen Besitzungen, hätte man dem

pfälzischen Hause ein wohlabgerundetes Gebiet gebildet, gelegen in Baiern, Schwaben und Franken, und geeignet, als Schranke zu dienen zwischen Frankreich und Oesterreich. Für diesen Preis hätte das pfälzische Haus die Reste der Rheinpfalz und das am andern Ende Deutschlands bei Westphalen belegene schöne Herzogthum Berg abtreten können. Preußen wäre dann aus Franken entfernt worden, wie Oesterreich aus Schwaben, und ganz nach dem Norden versetzt. Um es völlig dahin bringen zu können, hätte man das Hinderniß beseitigt, welches ihm dort im Wege stand, nämlich die beiden Zweige des Hauses Meklenburg, und diese beiden Familien nach den in der Mitte Deutschlands erledigten Gebieten verpflanzt. Preußen hätte sich somit an der Küste der Ostsee befunden, und außerdem hätte man ihm noch die Bisthümer Münster, Osnabrück und Hildesheim gegeben. So entschädigt für seine früheren und jetzigen Verluste, hätte es das ganze Herzogthum Cleve abtreten können, von welchem der auf dem linken Rheinufer gelegene Theil zu Frankreich geschlagen war und dessen auf dem rechten Ufer gelegener Theil die Entschädigungsmasse vergrößert haben würde. Durch die Abtretung Frankens schon von Oesterreich getrennt, wäre es dann auch von Frankreich getrennt worden durch seine Entfernung vom Rhein.

An den erledigten Herzogthümern Cleve, Berg und Westphalen, an den Ueberresten der Kurfürstenthümer Cöln, Trier und Mainz, an den Mainzer Enklaven Erfurt nnd Eichsfeld, dem Bisthum Fulda und den andern geistlichen Besitzungen, den Resten der Rheinpfalz, der großen Anzahl über ganz Deutschland verbreiteter, reichsunmittelbarer oder mittelbarer Abteien wäre genug übrig geblieben, um einen Staat für das Haus Meklenburg und für das Haus Oranien

zu bilden, so wie die Häuser Hannover, Baden und Würtemberg nebst der Schaar der kleinen Fürsten zu entschädigen. Endlich würden noch die Bisthümer Eichstädt, Augsburg, Regensburg und Passau Mittel gewährt haben, zwei von den drei geistlichen Kurfürsten beizubehalten, was ganz im Sinn des Ersten Konsuls war, denn er wollte die deutsche Verfassung nicht gar zu sehr ändern, und es gefiel ihm überdies, die katholische Kirche in jedem Lande zu beschützen.

Nach diesem tief gedachten Plane wurden Oesterreich, Preußen und Frankreich weit von einander entfernt; der deutsche Bund wurde zu einem Körper vereinigt und mitten unter die großen Mächte des Festlandes verlegt, mit der nützlichen, wichtigen, ehrenvollen Aufgabe, diese aus einander zu halten und Kollisionen unter ihnen zu verhindern; die deutschen Staaten erhielten eine vollkommene Abgrenzung; die deutsche Verfassung wurde zweckmäßig reformirt und nicht vernichtet.

Der Plan des Ersten Konsuls wurde zunächst Preußen vorgelegt und nicht sogleich abgelehnt. Es entsprach den Wünschen dieser Macht, kompakt zu werden, an die Ostsee zu grenzen und ganz Norddeutschland inne zu haben. Preußens definitive Einwilligung hing von den Größen ab, die man ihm bieten würde bei Regelung der Einzelnheiten in dieser Theilung. Konnten aber auch die Fürsten Mitteldeutschlands, deren Staaten in diesem Augenblick nur von dem wandelbaren Willen der Unterhändler abhingen, leicht nach Norden oder Süden, nach Osten oder Westen versetzt werden: so war es doch nothwendig anders mit zwei Fürsten, die, wie die Fürsten von Meklenburg, an der Nordgrenze des Reiches, umgeben von Unterthanen, deren Liebe sie seit Jahrhunderten hatten, auf einem unerschütterten Throne saßen, allen Gebietswechseln, die der Krieg herbeigeführt,

fremd geblieben und nicht leicht zu überreden waren, wenn man ihnen eine so bedeutende Versetzung vorschlagen wollte. Außerdem würde England, hätten sie ihm nur ein Wort gesagt, nicht ermangelt haben, einen Plan zu vereiteln, der die Ufer der Ostsee in die Gewalt Preußens gebracht hätte.

Ob aus freien Stücken oder nicht, sie schlugen entschieden ab, was man ihnen antrug. Preußen, das diese Eröffnung übernommen, hatte ihnen jedoch deutlich zu verstehen gegeben, daß Frankreich, indem es sie zu Nachbarn machen wolle, sie auch zu Freunden zu machen willens sei, und sich bei der Vertheilung der Entschädigungen freigebig gegen sie beweisen werde.

Wie bedeutend auch der abgelehnte Theil des Planes war; es blieb immer noch der Mühe werth, die Ausführung des Uebrigen zu verfolgen. In der That war es immer noch gut, Oesterreich hinter den Inn zu versetzen und ihm diesen Gegenstand seiner Wünsche ein für alle Mal zu gewähren; es war immer noch gut, Preußen nach Norddeutschland zu koncentriren und es von Franken auszuschließen, wo seine Gegenwart Niemand nützte, ja im Fall eines Krieges ihm selbst gefährlich werden konnte, da die Provinzen Anspach und Baireuth an der Straße der französischen und österreichischen Heere lagen, und es daher sehr schwierig war, ihre Neutralität zu achten. Welche großen Uebelstände eine solche Lage hat, wird der weitere Verlauf dieser Geschichte zeigen.

Preußen und Oesterreich spannten aber in Allem, was sie betraf, ihre Ansprüche sehr hoch. Obschon Oesterreich die Inngrenze ungemein verführerisch fand, wollte es doch in Schwaben nichts abtreten, sondern verlangte dort, selbst nach Erwerbung des Inn, noch immer Besitzungen zu behalten. Außer Salzburg und Berchtesgaden, außer dem

Landstrich zwischen der Salza und dem Inn forderte es das Bisthum Passau. Die Bisthümer Brixen und Trient, die man ihm überließ, schienen ihm kein Geschenk, denn sie lagen in Tyrol, und Alles, was sich in Tyrol befand, kam ihm so sehr wie sein Eigenthum vor, daß es, indem es dasselbe erhielt, nichts Neues zu erhalten glaubte. Preußen seinerseits wollte von keinem seiner Ansprüche in Franken abstehen. Unter so bewandten Umständen entschloß sich der Erste Konsul, das Gute für das Mögliche aufzugeben: eine unangenehme, aber bei wichtigen Angelegenheiten oft vorkommende Nothwendigkeit. Er suchte sich mit Preußen definitiv zu verständigen, um sich hernach mit Rußland zu verabreden und sich die Einigung mit Oesterreich bis zum Schluß der Unterhandlung vorzubehalten, da dieses einen Eigensinn zeigte, der zum Verzweifeln war und den man nur durch die Gesammtheit der erlangten Zustimmungen überwinden konnte.

Zunächst sprach er seinen festen Entschluß aus, kein Interesse aufzuopfern, nicht auf Kosten der kleinen Fürstenhäuser den großen Alles zu geben, nicht alle freien Städte aufzuheben, die katholische Partei nicht völlig zu vernichten. General Beurnonville, der Botschafter Frankreichs in Berlin, befand sich in diesem Augenblicke auf Urlaub in Paris. Er erhielt im Laufe des Mai 1802 (Floreal des Jahres X) den Auftrag, sich mit dem preußischen Gesandten, Herrn v. Lucchesini, zu besprechen und eine Uebereinkunft abzuschließen, in der alle das Haus Brandenburg und das Haus Oranien betreffenden Bestimmungen festgestellt würden.

Preußen brachte wieder seine sämmtlichen Ansprüche vor; bei Niemand aber hatte es Aussicht so vortheilhaft zu unterhandeln, als bei Frankreich. Es sah sich daher genöthigt, sich eine Vertheilung gefallen zu lassen, die zwar seinen

Wünschen nicht völlig entsprach, ganz Deutschland aber als eine große Parteilichkeit zu seinen Gunsten erscheinen mußte.

Diese Macht verlor, wie gesagt, auf dem linken Rheinufer das Herzogthum Geldern, einen Theil des Herzogthums Cleve und das kleine Fürstenthum Mörs; es trat einige Enclaven an Holland ab; ihm wurde endlich in Folge einer allgemeinen Bestimmung in Betreff der Schifffahrt der Ertrag einiger Rheinzölle entzogen. Diese Verluste führten zusammen eine Verminderung seines Einkommens herbei, die es selbst auf 2,000,000, Oesterreich auf 750,000, Rußland auf 1,000,000 und Frankreich aus Gunst auf 12 bis 1,300,000 Gulden veranschlagte. In einer am 23. Mai 1802 unterzeichneten Uebereinkunft versprach Frankreich, Preußen die Bisthümer Hildesheim und Paderborn, einen Theil des Bisthums Münster, Erfurt und Eichsfeld, Reste des ehemaligen Kurfürstenthums Mainz, nebst einigen Abteien und freien Städten zu verschaffen, was im Ganzen ungefähr 1,800,000 Gulden Einkünfte ausmachte: 500,000 Gulden mehr, als der angenommene Betrag der zu ersetzenden Verluste. In Franken erhielt Preußen nichts, was ihm sehr leid that, denn es hegte eine beharrliche Vergrößerungslust in dieser Richtung; Erfurt und das Eichsfeld waren indeß Zwischenpunkte, die ihm auf dem Wege nach seinen Provinzen in Franken Anhaltestellen lieferten. Obwol es that, als ob es sich zu großen Aufopferungen bequeme, unterzeichnete es doch, im Grunde zufrieden mit den Erwerbungen, die es erlangt. Tages darauf wurde ein besonderer Vertrag über die Entschädigung des Hauses Oranien-Nassau mit dieser Macht abgeschlossen. Dies Fürstenhaus wurde nicht nach Westphalen, wie es gewünscht, sondern nach Oberhessen versetzt. Man gab ihm das Bisthum und die Abtei Fulda,

die nicht weit von Fulda gelegene Abtei Corvey, die Abtei Weingarten und noch einige andere Abteien. Ohne sich allzu nahe bei Holland und den Erinnerungen an die Statthalterschaft zu befinden, war es nach jener Anordnung doch nahe genug bei Nassau, wo sämmtliche Zweige dieser Familie entschädigt werden sollten.

Diese Vortheile gewährte man Preußen und seiner Verwandtschaft, um sich seines Bündnisses zu versichern. Auch wollte der Erste Konsul diese Gelegenheit benutzen, um ihm zu Allem, was er in Europa gethan, eine ausdrückliche Zustimmung abzunöthigen. Vom Oberhaupte des Hauses Oranien-Nassau verlangte und erhielt er die Anerkennung der batavischen Republik und die Verzichtleistung auf die Statthalterschaft, von Preußen verlangte er die Anerkennung der italienischen Republik, die Anerkennung des Königreichs Etrurien und eine darin schon liegende Beistimmung zur Vereinigung Piemonts mit Frankreich. Dadurch wurde König Friedrich Wilhelm an Alles gebunden, was Europa an der Politik des Ersten Konsuls am unangenehmsten war. Er trug jedoch kein Bedenken, sondern ertheilte die verlangte Beistimmung in demselben Dokumente, was ihm seinen Antheil an den deutschen Entschädigungen zuwies.

Nachdem der Erste Konsul mit Preußens Ansprüchen fertig war, unterzeichnete er, getreu seinem Plane, sich mit den Hauptbetheiligten der Reihe nach einzeln zu verständigen, an demselben Tage eine Uebereinkunft mit Baiern. Er behandelte dasselbe in dieser Uebereinkunft als einen alten Bundesgenossen Frankeichs. Zugesichert wurden Baiern alle geistlichen Herrschaften, welche Enclaven seines Gebiets bildeten; das Bisthum Augsburg (ohne die Stadt, die als freie Reichsstadt fortbestehen sollte); das Bisthum Freisingen; die Ab-

hänge Tyrols, welche Oesterreich erstrebte, z. B. die Abtei Kempten und die Grafschaft Werdenfels; die Festung Passau ohne das Bisthum Passau, Enclave des österreichischen Gebiets und dem Erzherzog Ferdinand bestimmt; das an den Ufern der Donau gelegene Bisthum Eichstädt; die beiden großen Bisthümer Würzburg und Bamberg, die einen bedeutenden Theil von Franken bildeten; endlich noch mehrere freie Reichsstädte und Abteien in Schwaben, die Oesterreich in seinen herrschsüchtigen Träumen für sich verlangt hatte, namentlich Ulm, Memmingen, Buchhorn u. s. w. Die Innfrage zwischen Oesterreich und Baiern wurde nicht gelöst; man stellte den beiden betheiligten Mächten anheim, sie auf dem Wege des Austausches zu erledigen. Auf diese Weise in Schwaben und Franken koncentrirt, erlangte das pfälzische Haus ein ziemlich kompaktes Gebiet. Blos das an der westphälischen Grenze gelegene Herzogthum Berg befand sich noch von der Hauptmasse seiner Besitzungen getrennt. Um sein Gebiet zusammenzulegen, hatte man es auf die ganze Rheinpfalz verzichten lassen; für Alles, was man ihm entzog, wurde es aber vollständig entschädigt, denn hatte es 3 Millionen Gulden Einkünfte verloren, so bekam es 3 Millionen und einige hunderttausend Gulden zum Ersatz.

Nachdem man Preußens und Baierns Entschädigung festgestellt, war das Schwierigste gethan. Man hatte zwei Freunde Frankreichs und die beiden bedeutendsten Staaten Deutschlands nächst Oesterreich zufrieden gestellt. Eine unüberwindliche Opposition stand fernerhin nicht mehr zu befürchten. Mit Baden, Würtemberg und beiden Hessen blieb jedoch noch ein Uebereinkommen zu treffen. Baden und Würtemberg waren Klienten und Verwandte Rußlands. Ihr Antheil mußte mit Rußland ausgemacht werden. Es lag, wie

gesagt, im Plane des Ersten Konsuls, den Kaiser Alexander an den Anordnungen in Deutschland Theil nehmen zu lassen und ihn dafür dadurch zu gewinnen, daß man seine Schützlinge gut behandelte, seinem Stolze schmeichelte und scheinbar großes Gewicht auf seinem Einfluß legte. Zunächst war man dazu durch die dem neuesten Friedensvertrage angehängten geheimen Artikel verpflichtet, in denen man die Verbindlichkeit übernommen, sich über die deutsche Entschädigungssache mit Rußland zu verständigen. Der Erste Konsul hatte gemeint, man dürfe ihm keine Zeit lassen, sein Einmischungsrecht in Anspruch zu nehmen und hatte den jungen Kaiser, mit dem er in seinem persönlichen Briefwechsel vertraulich alle wichtigen europäischen Angelegenheiten besprach, um seine Absichten in Betreff der Häuser Würtemberg und Baden befragt, welche die Ehre hatten, mit der kaiserlichen Familie verwandt zu sein. Die vorige Kaiserin, die Wittwe Pauls I. und Mutter Alexanders, war nämlich eine Prinzessin von Würtemberg; die jetzige Kaiserin, Alexanders Gemahlin, eine Prinzessin von Baden. Letztere war eine von den drei glänzenden an dem kleinen Hofe zu Karlsruhe geborenen Schwestern, die damals die Kronen Baierns, Schwedens und Rußlands trugen.

Der Czar fühlte sich durch diese Zuvorkommenheit geschmeichelt, nahm die Eröffnungen des Ersten Konsuls bereitwillig auf und dachte nicht einen Augenblick daran, auf Oesterreichs Gedanken einzugehen, das die Unterhandlung nach Petersburg zu verlegen wünschte. Wie sehr es ihn auch gefreut hätte, die wichtigste Angelegenheit des Festlandes in seiner Residenz verhandeln zu sehen, so besaß er doch den Takt, dies nicht einen Augenblick zu beanspruchen. Er ermächtigte demnach v. Markoff, über diese Angelegenheit in Pa=

ris zu unterhandeln. An Würtemberg und Baden war ihm bei dieser Unterhandlung am Wenigsten gelegen; hauptsächlich kam es ihm darauf an, augenfällig an der ganzen Unterhandlung Theil zu nehmen. Was das Aeußere der zu spielenden Rolle anlangte, ließ der Erste Konsul dem Kaiser Alexander nichts zu wünschen übrig, sondern trug ihm an, auf gleiche Art, wie das französische Kabinet dabei zu erscheinen, indem er ihm vorschlug, Frankreich und Rußland zu Vermittlern zwischen den verschiedenen deutschen Staaten zu machen.

Dies war ein sehr glücklicher Gedanke. Man mußte sich nämlich am Ende, nachdem man mit den Hauptbetheiligten den Antheil, den sie erhalten sollten, bestimmt hatte, durchaus mit dem zu Regensburg versammelten deutschen Reichstage in Verbindung setzen und diesen zur Genehmigung der von seinen einzelnen Mitgliedern bewilligten Anordnungen bewegen. Der Erste Konsul entwarf den Plan, diese Anordnungen in einem allgemeinen Entwurfe zusammenzustellen und denselben im Namen Frankreichs und Rußlands, die sich aus freien Stücken als vermittelnde Mächte aufwürfen, dem Reichstage zu Regensburg vorzulegen. Diese Form trat der Würde des deutschen Reiches nicht zu nahe, das dann nicht mehr diktatorisch von Frankreich organisirt zu werden schien, sondern in der Verlegenheit, in die es gestürzt worden durch die Eifersucht der in seinem eigenen Schooße geltend gemachten Vergrößerungsbestrebungen, die beiden größten und am Wenigsten betheiligten Mächte des Festlandes zu Schiedsrichtern nahm. Unter einer für Deutschland schicklicheren, für einen jungen, eben erst auf die Weltbühne tretenden Souverän schmeichelhafteren Form konnte Frankreichs thatsächlicher Wille nicht verhüllt werden. Es war ein außerordent-

lich gewandtes Benehmen, daß der Erste Konsul, der ruhmbedeckte, vollendete Kriegs- und Staatsmann, sich auf diese Weise mit einem Fürsten, der noch nichts geleistet hatte, eine gleiche Rolle gefallen ließ; denn er gewann durch einige rücksichtsvolle Schonung Europa für seine Absichten. Es ist das Merkmal der wahren Politik, daß sie das wirkliche Ergebniß stets dem äußern Eindrucke vorzieht. Uebrigens erfolgt auch der äußere Eindruck unausbleiblich, wenn erst das thatsächliche Ergebniß erreicht ist.

Als der Vorschlag des Ersten Konsuls vom Kaiser Alexander angenommen war, kam man überein, dem Reichstage eine von beiden Kabinetten unterzeichnete Note zu übergeben, die ihm ihre aus freien Stücken dargebotene Vermittelung antrage. Noch hatte man sich über die in dieser Note anzugebenden Anordnungen zu verständigen. Es wurde dem Ersten Konsul sehr schwer, Markoff zur Annahme der Bestimmungen zu bewegen, die bereits mit den Hauptmächten in Deutschland abgemacht waren, aber Oesterreichs Absichten widerstritten, ohne ihm wesentlich nachtheilig zu sein. Während der junge Alexander that, als theile er durchaus keine Leidenschaft der europäischen Aristokratie, ließen v. Markoff in Paris und v. Woronzoff in London ohne irgend eine Zurückhaltung alle Leidenschaften blicken, die ein französischer Emigrant, ein englischer Tory oder ein österreichischer Hochadliger nur irgend hegen konnte. Markoff namentlich war ein schroffer Russe ohne die einnehmende Geschmeidigkeit, die man bei den ausgezeichneten Männern seiner Nation häufig findet, besaß Geist, aber noch größern Stolz und hegte von der Macht seines Kabinets eine damals durchaus übertriebene Vorstellung. Der Erste Konsul war nicht der Mann, Markoff's lächerlichen Hochmuth zu dulden, sondern verstand es,

den Botschafter auf seinen Platz zurückzuweisen, während er für den Souverän die gebührenden Rücksichten beobachtete. Er bot ihm für Würtemberg, für Baden, für Baiern Vortheile an, die sicherlich mehr betrugen, als die von diesen drei Häusern erlittenen Verluste. Markoff kümmerte sich aber nicht um die kaiserliche Verwandtschaft, nicht einmal um die russische Politik, die seit dem Frieden von Teschen die kleinen deutschen Mächte zu begünstigen begann, sondern benahm sich in seinem Eifer für das alte Europa nicht wie ein Russe, sondern wie ein Oesterreicher. Nur Oesterreich allein schien ihn zu interessiren. Preußen war ihm verhaßt; alle Angaben desselben bestritt er, ließ dagegen Oesterreichs Angaben sämmtlich gelten und in Wien hätte man nicht mehr fordern können, als er für Oesterreich in Anspruch nahm. Das Bisthum Salzburg, die Probstei Berchtesgaden, welche mit allgemeiner Zustimmung dem Erzherzog Ferdinand bewilligt waren, brachten beinahe ebensoviel ein wie Toskana, d. h. 2,500,000 Gulden. Zu diesen beiden Besitzungen fügte man jedoch noch die Bisthümer Trient und Brixen hinzu. Allein Markoff, der Wortführer für Oesterreich, wollte nicht leiden, daß diese Zugabe in Rechnung gebracht werde. Jene Bisthümer lagen in Tyrol und gehörten deshalb nach seiner Behauptung so sehr Oesterreich an, daß dies heiße, dem Kaiser nehmen, um einem Erzherzog zu geben. Man erwiderte dagegen, daß Trient und Brixen zwar Enclaven des österreichischen Gebiets, aber doch völlig unabhängige geistliche Besitzungen seien und nicht eher Oesterreich gehören würden, bis man sie diesem ausdrücklich zuerkannt habe.

Oesterreich verlangte außerdem noch das Bisthum Passau, wodurch es die wichtige Festung Passau erhielt, die an der Mündung des Inn in die Donau liegt und einen Brücken=

kopf nach Baiern zu bildete. Man willigte wol ein, Oesterreich das Bisthum Passau ohne die Festung zu geben, was möglich und angemessen war, denn das Landesgebiet dieses Bisthums befand sich vollständig innerhalb Oesterreichs und die Festung Passau innerhalb Baierns. Diese Festung Oesterreich überlassen hieß so viel, als ihm eine bedrohliche Offensivstellung gegen Baiern einräumen. Es war daher nichts natürlicher, als das Bisthum dem Erzherzog Ferdinand und Passau dem Kurfürsten von der Pfalz zuzugestehen. Oesterreich bestand aber auf Passau wie auf einem entscheidenden Punkt und Markoff vertheidigte es mit der größten Wärme für Oesterreich. Man wollte indeß dieser langwierigen Unterhandlung ein Ende machen, und da Markoff fühlte, daß man sich am Ende ohne Rußland behelfen würde, willigte er zuletzt in einen Vergleich und wurde mit Talleyrand über den definitiven Plan einig.

Die an Preußen und das Haus Oranien vom Ersten Konsul zugestandenen Vortheile wurden, obwol Markoff sie lebhaft bestritt, vollständig in diesen definitiven Plan aufgenommen. Es waren, wie gesagt, für Preußen: die Bisthümer Hildesheim, Paderborn, Münster (letzteres nur zum Theil), das Eichsfeld, Erfurt, sowie einige Abteien und freie Städte; für das Haus Oranien-Nassau: Fulda und Corvey. Das für Baiern bereits Bedungene nahm man ebenfalls in diesen Plan auf, d. h. die Bisthümer Freisingen und Augsburg, die Grafschaft Werdenfels, die Abtei Kempten, die Stadt Passau ohne das Bisthum, die Bisthümer Eichstädt, Würzburg und Bamberg, sowie verschiedene freie Städte und Abteien in Schwaben.

Oesterreich sollte für den Erzherzog von Toskana die Bisthümer Brixen, Trient, Salzburg, Passau (letzteres ohne

die Festung Passau) und die Probstei Berchtesgaden erhalten. Das war ein Einkommen von 3,500,000 Gulden zur Entschädigung für ein reines Einkommen von 2,500,000 Gulden und hatte überdies den Vortheil der Grenznachbarschaft, welcher Toskana abging. In Schwaben gewann Oesterreich nichts, sondern behielt nur seine bisherigen Besitzungen. Es war seine Sache, diese gegen die Inngrenze auszutauschen, wenn es Lust hatte. Der Breisgau wurde, wie in den früheren Verträgen, dem Herzog von Modena zugesichert.

Das Haus Baden wurde sehr gut bedacht, woraus sich übrigens Markoff wenig zu machen schien. Er hatte im Elsaß und in Luxemburg verschiedene Herrschaften und Landgüter verloren, die höchstens 315,000 Gulden Einkünfte betrugen. Man sicherte ihm in Gebietsstrichen, die in seinem Bereich lagen, als: dem Bisthum Constanz, den Resten der Bisthümer Speier, Straßburg und Basel, den Aemtern Ladenburg, Bretten und Heidelberg, 450,000 Gulden Einkünfte, ungerechnet die Kurfürstenwürde, die ihm bestimmt war.

Nicht minder günstig wurde das Haus Würtemberg bedacht. Man bewilligte demselben die Probstei Ellwangen und verschiedene Abteien, zusammen von 380,000 Gulden Einkommen, zum Ersatz für 250,000 Gulden, die es verloren.

Die Häuser Hessen und Nassau wurden ebenfalls in bequem gelegenen und ihren Verlusten angemessenen Landstrichen entschädigt. Die kleineren Fürsten wurden von Frankreich sorgsam in Schutz genommen und ihnen blieben ungefähr ebenso große Einkünfte, als sie verloren hatten. Die Häuser Aremberg und Solms wurden nach Westphalen versetzt. Die Grafen von Westphalen erhielten das Nieder-

münstersche. Um England hatte man sich wenig bekümmert, da es nicht viel Gewicht auf die deutsche Entschädigungsfrage zu legen schien. Man hatte jedoch nicht vergessen, daß König Georg III. Kurfürst von Hannover war und auf diese angestammte Krone seiner Familie großen Werth legte. In den Augenblicken düstern Trübsinnes, wenn er England durch eine Revolution um und um gekehrt zu sehen glaubte, sah er sie sogar als seine letzte Zuflucht an. Man wünschte ihn günstig zu stimmen und da man überdies zu Gunsten der Städte Bremen und Hamburg das Aufgeben einiger Rechte und zu Gunsten Preußens verschiedene kleine Opfer von ihm verlangte, bewilligte man ihm zum Ersatz dafür das an Hannover grenzende Bisthum Osnabrück: eine seine Verluste weit übersteigende Entschädigung, die ihn lebhaft für das Gelingen der Vermittelung interessiren sollte.

Eine Anzahl mittelbarer Abteien behielt man zurück, um daraus die Entschädigung der Fürsten, die etwa bei dieser ersten Vertheilung zu kurz gekommen sein möchten, zu vervollständigen und den Mitgliedern der abgeschafften Geistlichkeit Pensionen zu gewähren. Im Allgemeinen war es den Fürsten, welche geistliche Besitzungen erhielten, zur Pflicht gemacht, sämmtlichen noch lebenden Inhabern derselben, sowol den Bischöfen und Aebten, als den Mitgliedern der Domkapitel und den in ihrem Dienste stehenden Beamten, Pensionen zu zahlen. Dies war eine einfache Pflicht der Menschlichkeit gegen die Pfründeninhaber, denen sie ihre Güter nahmen und deren Existenz als Fürsten sie vernichteten. Aber hatte man dadurch auch für die Bedürfnisse der beseitigten Geistlichkeit des rechten Rheinufers gesorgt, so war doch noch die besitzlos gewordene Geistlichkeit auf dem linken Rheinufer übrig, und da sie den Verträgen gemäß keine An=

sprüche an Frankreich besaß, würde sie nirgends Mittel zum Leben gefunden haben. Zu ihrem Unterhalt waren die zurückbehaltenen mittelbaren Abteien großentheils bestimmt.

Dies waren die mit Markoff abgemachten Gebietsbestimmungen. Für 13 Millionen Gulden Verlust hatte man etwa 14 Millionen Entschädigung vertheilt und davon nahm, was die Habgier der großen Höfe beweist, Oesterreich ungefähr 4 Millionen für seine Erzherzöge, Preußen 2 Millionen für sich, eine halbe Million für den Statthalter, Baiern 3 Millionen, die es auch gerade verloren hatte, Würtemberg, Baden, beide Hessen, Nassau ungefähr 2 Millionen, sämmtliche kleine Fürsten insgesammt $2^1/_2$ Millionen. Oesterreich und Preußen erhielten also den größten Antheil für sich oder für Fürsten, die dem deutschen Reiche nicht angehörten.

Noch waren die Verfassungsbestimmungen übrig, über die man sich nothwendig auch vereinbaren mußte. Der Erste Konsul, Anfangs geneigt, zwei geistliche Kurfürsten beizubehalten, dann durch Oesterreichs Starrsinn gehemmt und durch die Habgier der großen Höfe aller Mittel beraubt, beschränkte sich jetzt auf die Beibehaltung eines einzigen. Der Kurfürst von Cöln war gestorben und hatte nur der Form nach den Erzherzog Anton zum Nachfolger erhalten, ohne daß Oesterreich die Wahl geltend zu machen beanspruchte. Der Kurfürst-Erzbischof von Trier, ein sächsischer Prinz, hatte sich auf seine zweite Pfründe, das Bisthum Augsburg, zurückgezogen und war weder zu beklagen noch zu vermissen. Er sollte eine Pension von 100,000 Gulden erhalten. Der damalige Kurfürst von Mainz, von dem wir bereits gesprochen haben, war ein Fürst aus dem Hause Dalberg. Er hatte neben seinen persönlichen Vorzügen noch einen andern Anspruch auf Beibehaltung: die Bedeutsamkeit seines Bis-

thums, mit dem die Kanzlerwürde des deutschen Reiches und der Vorsitz auf dem Reichstage verbunden war. Man ließ ihm deshalb die Stellung eines Erzkanzlers des Reichs und Präsidenten des Reichstages und verlieh ihm das Bisthum Regensburg, in welcher Stadt der Reichstag seinen Sitz hatte. Außerdem ließ man ihm das Amt Aschaffenburg, einen Ueberrest des ehemaligen Kurfürstenthums Mainz, und kam überein, ihm aus den zurückbehaltenen Gütern ein Einkommen von einer Million Gulden zu bilden.

Demnach sollte von den drei geistlichen Kurfürsten nur ein einziger fortbestehen, so daß es mit den fünf weltlichen zusammen im Ganzen noch sechs gab. Diese Anzahl wollte der Erste Konsul vergrößern und ungerade machen. Er schlug vor, neun zu bilden. Der Kurfürstentitel wurde dem Markgrafen von Baden wegen seines guten Verhaltens gegen Frankreich und wegen seiner Verwandtschaft mit Rußland, dem Herzog von Würtemberg und dem Landgrafen von Hessen wegen ihres Gewichts im deutschen Reiche zu Theil. Das waren drei protestantische Kurfürsten mehr, so daß es sechs Protestanten gegen drei Katholiken gab. Auf diese Weise wurde die Majorität im Kurfürstenkollegium zum Vortheil der protestantischen Partei verändert, jedoch nicht in dem Maße, daß Oesterreich seinen rechtmäßigen Einfluß verlor, denn dieser Macht waren die Stimmen von Böhmen, Sachsen und Mainz zu jeder Zeit, die Stimme von Hamburg meistens und die Stimmen von Baden und Würtemberg in gewissen Fällen sicher.

Man kam überein, daß die mit geistlichen Besitzungen entschädigten Fürsten im Fürstenkollegium Sitz haben sollten. Dies veränderte auch im Fürstenkollegium die Majorität zum Vortheil der protestantischen Partei. Allein Dank der Ehr-

furcht, die das Haus einflößte, auf dem die Kaiserkrone so lange Zeit ruhte, und in Folge des Interesses der kleinen Fürsten, die deutsche Verfassung aufrecht zu erhalten, waren die neugeschaffenen protestantischen Stimmen nicht alle gerade feindliche Stimmen gegen Oesterreich. Man nahm an, daß Oesterreich bei dem alten Ansehen, dessen es genoß, bei den mit der Kaiserkrone verbundenen Vorrechten, bei seinem unmittelbaren Einflusse auf den Kurfürsten von Regensburg, bei dem Ratifikationsrechte, das ihm in Betreff aller Reichstagsbeschlüsse zustand, noch immer im Stande sein würde, der Opposition Preußens das Gleichgewicht zu halten und so mächtig zu bleiben, daß keine Anarchie im deutschen Reiche einreiße, obwol die protestantische oder preußische Partei, wie man sie nennen will, in Folge der neuen Anordnungen der Zahl nach im Kurfürsten- und Fürstenkollegium die Majorität erlangt habe. Man meinte durch Entziehung der numerischen Majorität habe man ihm allerhöchstens die Macht entzogen, Deutschland nach Willkür zu beherrschen und es seinem Stolze oder seiner Vergrößerungssucht zu Liebe zum Kriege zu verleiten. Dies war die Ansicht des neuen Erzkanzlers, der in der praktischen Kenntniß der deutschen Verfassung sehr bewandert war.

Endlich mußte auch noch das Städtekollegium organisirt werden, das von jeher wenig Einfluß gehabt und auch in Zukunft nicht mehr haben sollte. Obwol der Vertrag von Lüneville keineswegs von Aufhebung der freien Städte, sondern blos von der Aufhebung der geistlichen Fürstenthümer gesprochen hatte, war doch die Existenz vieler dieser Städte eine so illusorische, ihre Verwaltung für sie selbst so beschwerlich, die Ausnahme, welche sie inmitten des deutschen Gebiets bildeten, so lästig und so häufig, daß man die meisten auf-

heben mußte. Den Schutz, welchen sie ehedem in ihrer Eigenschaft reichsunmittelbarer, d. h. nur vom Kaiser allein abhängiger Städte gesucht hatten, fanden sie in der Gerechtigkeit der Gegenwart und in einer gegen die frühere Zeit weit genaueren Befolgung der Gesetze. Sie alle zu beseitigen wäre jedoch zu hart gewesen, und man kann wol sagen, daß ohne den Ersten Konsul die berühmtesten der Herrschsucht der benachbarten Regierungen zum Opfer geworden wären. Allein dieser setzte eine Ehre darein, die hauptsächlichsten unter ihnen zu erhalten. Augsburg und Nürnberg wollte er wegen ihrer historischen Berühmtheit, Regensburg wegen der Anwesenheit des Reichstages, Wetzlar wegen des Reichskammergerichtes, Frankfurt und Lübeck wegen ihrer Bedeutsamkeit für den Handel beibehalten. Er beschloß, ihnen noch zwei zuzugesellen, Hamburg und Bremen, die, obwol sie bedeutend, ja die bedeutendsten unter allen waren, doch nicht die Eigenschaft von Reichsstädten besaßen. Bremen war Hannover unterthan. Es wurde für einen Theil des Bisthums Osnabrück davon abgelöst. Hamburg genoß wirklicher Unabhängigkeit, hatte aber keine Stimme im Städtekollegium. Es wurde in dasselbe aufgenommen. Dem ausnahmsweisen Dasein der freien Städte ließ der Erste Konsul auch noch nützliche Privilegien hinzufügen. Sie wurden für die Zukunft bei den Reichskriegen neutral und von allen Militärlasten, wie Rekrutenstellung, Geldbeisteuerung, Einquartierung, frei erklärt. Dies war ein Mittel, der ihnen zugestandenen Neutralität Berechtigung und Achtung zu verschaffen. Eine andere Wohlthat, die ihnen mehr als irgend einem andern Theile Deutschlands zu Gute kommen mußte, war die Abschaffung der beschwerlichen und drückenden Zölle, die auf den Hauptflüssen Deutschlands erhoben wurden. Man hatte sogar einige Für-

sten, die in einzelnen freien Städten, wie Augsburg, Frankfurt, Bremen, Grundstücke besaßen, genöthigt, Verzicht darauf zu leisten gegen eine Erhöhung der Entschädigung. Diese Wohlthaten verdankte man ganz allein Frankreich und dessen beharrlichen Bemühungen. Die Zahl der freien Städte wurde demnach um alle diejenigen vermindert, welche ihre Bedeutsamkeit verloren hatten, dagegen um die beiden reichsten vermehrt, die bisher nicht dazu gehört hatten. Ihre Existenz wurde erweitert und verbessert; sie wurden in den Stand gesetzt, der Handelsfreiheit große Dienste zu leisten und sich dieselbe zu Nutze zu machen.

Sobald diese Arbeit einmal vollendet war, wurde sie in eine am 4. Juni von Markoff und dem französischen Bevollmächtigten unterzeichnete Uebereinkunft verwandelt. Oesterreich, das Tag für Tag von den Schritten Markoff's Kenntniß erhalten, hatte sich im Hintergrunde gehalten. Der Erste Konsul hatte es seinerseits ziemlich unbeachtet gelassen, da er, wie von Anfang an geschehen war, den größten Theil der Beistimmungen einzeln auswirken wollte, um die Widerstrebenden dann durch die Masse der erlangten Einwilligungen zu besiegen. Zu diesem Zwecke machten unmittelbare Uebereinkommen mit Würtemberg und den übrigen Staaten aus den einzelnen Abtheilungen des Planes ebenso viele besondere Verträge zwischen Frankreich und den entschädigten Ländern.

Markoff wollte übrigens nur eine bedingungsweise Verpflichtung eingehen, und darüber an seinen Hof berichten. Man kam überein, wenn sein Hof den vorgeschlagenen Plan annehme, solle die Note, in die er gefaßt werden mußte, unmittelbar nach Regensburg übersandt und im Namen Frankreichs und Rußlands, die beim deutschen Reiche als

Vermittler auftreten wollten, dem Reichstage übergeben werden. Indem der Erste Konsul auf diese Weise Rußland an seinen Plan band, über den er außerdem mit Preußen, mit Baiern und mit den hauptsächlichsten Staaten zweiten und dritten Ranges einig war, konnte es ihm nicht mißlingen, Oesterreichs Widerstand zu überwinden. Er fürchtete aber die Anstrengungen, welche dieses in Petersburg aufbieten werde, um den jungen Kaiser wankend zu machen, Bedenklichkeiten bei ihm anzuregen und seine Gerechtigkeitsliebe zu gewinnen gegen seine Eitelkeit, die sich durch die ihm angetragene Rolle sehr geschmeichelt fühlte. Deshalb beauftragte er den General Hédouville, unsern Botschafter in Petersburg, zu erklären, daß man nur zehn Tage auf die Zustimmung des russischen Kabinets und die Ratifikation der Uebereinkunft vom 4. Juni warten werde. Diese Erklärung ließ er in maßvollen, aber bestimmten Worten abgeben. Sie gab klar zu verstehen, wenn Rußland die Ehre, den neuen Zustand Deutschlands in Gemeinschaft mit Frankreich zu ordnen, nicht genugsam würdige, werde der Erste Konsul sich weiter nicht darum kümmern und allein als Vermittler auftreten. Die dem russischen Hofe bewiesene Rücksicht war geschickt und anpassend gewesen; nicht minder war es die am Schlusse der mit ihm angeknüpften Unterhandlung bewiesene Festigkeit.

Der Kaiser Alexander befand sich in diesem Augenblicke nicht in Petersburg; er hatte in Memel eine Zusammenkunft mit dem König von Preußen. Obwol die russische Diplomatie durchaus Oesterreich günstig und Preußen, dessen Vergrößerungslust und Gefälligkeit für Frankreich sie bitter tadelte, ungünstig war, theilte doch der Kaiser Alexander diese Gesinnungen nicht. Er war überzeugt, ohne recht zu wissen, weshalb, daß Preußen eine weit furchtbarere Macht sei als

Oesterreich. Das große Geheimniß der Kriegskunst war, wie er meinte, nach dem Tode Friedrich's II. in den Reihen der preußischen Armee geblieben und bei dieser Ueberzeugung blieb er bis zur Schlacht von Jena. Er hatte von dem in Preußen regierenden Könige, von seiner Jugend, von seinen Tugenden, von seiner Einsicht, von seinem Widerstande gegen seine Minister gehört, und da er zwischen der Stellung dieses Königs und der seinigen mehrfache Aehnlichkeiten zu bemerken glaubte, hatte er den Wunsch gefaßt, ihn persönlich kennen zu lernen und ihm eine Zusammenkunft in Memel vorschlagen lassen. Der König von Preußen war auf diesen Vorschlag bereitwillig eingegangen, denn er war noch immer von dem Plane erfüllt, sich zwischen Rußland und Frankreich ins Mittel zu legen, noch immer überzeugt, daß er auf deren Beziehungen einen nützlichen Einfluß ausüben würde, daß er sie in guter Eintracht erhalten könnte, daß er, wenn er zwischen ihnen den Ausschlag gäbe, dies auch in Europa thäte und daß mit der Bedeutsamkeit dieser Rolle auch die Gewißheit verbunden wäre, den Frieden zu erhalten, dessen Bewahrung seine beständige Sorge war.

Diese Rolle, die er schon während der Regierung des Kaisers Paul einen Augenblick im Sinne gehabt, wurde bei Weitem leichter unter Alexander, den sein Alter und seine Neigungen ihm anzunähern schienen. Von v. Haugwitz in diesem Gedanken bestärkt, hatte er sich nach Memel begeben, erfüllt von den ehrenwerthesten Illusionen. Friedrich Wilhelm und Alexander kamen zusammen, schienen einander sehr zuzusagen und schwuren sich gegenseitig ewige Freundschaft. Der König von Preußen war einfach und ein wenig linkisch, Kaiser Alexander hingegen weder einfach noch linkisch, vielmehr liebenswürdig, zuvorkommend und verschwenderisch mit

Höflichkeiten. Er trug kein Bedenken, dem Sprößling des großen Friedrich entgegenzukommen und bezeigte ihm die innigste Zuneigung. Die schöne Königin von Preußen war mit zugegen bei dieser Zusammenkunft und der Kaiser Alexander machte sie von dieser Zeit an zu einem Gegenstande hochachtungsvoller und ritterlicher Verehrung. Als sie sich trennten waren sie entzückt von einander und überzeugt, sich nicht als Könige, sondern als Menschen zu lieben. Das war es in der That, worauf Alexander Anspruch machte: auf dem Throne noch Mensch zu sein. Er kehrte zurück und sagte Allen, die ihm nahen durften, er habe endlich einen seiner würdigen Freund gefunden. Auf Alles, was man ihm vom preußischen Kabinet erzählte, von seiner Herrschsucht, seiner Habgier, antwortete er mit der Erklärung, die stets hervorgebracht wurde, wo es sich um Preußen handelte: was man sage, sei wahr vom Herrn v. Haugwitz, aber falsch von dem jungen und tugendhaften Könige. Nichts wäre ihm erwünschter gewesen, als alle Handlungen des russischen Hofes ebenso erklären zu hören. Eben als die beiden Monarchen von einander Abschied nehmen wollten, traf ein Kourier in Memel ein und überbrachte dem König Friedrich Wilhelm einen Brief vom Ersten Konsul, in dem dieser ihm die Preußen zugestandenen Vortheile und den mit Markoff verabredeten definitiven Plan mittheilte. Alles, setzte der Erste Konsul hinzu, hänge jetzt von der Einwilligung des Kaisers von Rußland ab. Der König Friedrich Wilhelm war hocherfreut über dies Resultat und wollte die Gelegenheit benutzen, um über die deutschen Angelegenheiten mit dem jungen Freunde zu sprechen, den er sich für sein ganzes Leben glaubte erworben zu haben. Aber dieser glatt ausweichende Freund schlug es ab, ihn anzuhören, und versprach zu ant-

worten, sobald ihm seine Minister den in Paris beschlossenen Plan mitgetheilt hätten.

Es war Mitte Juni 1802. Kouriere warteten in Petersburg auf den Kaiser Alexander und der in seinem Gehorsam sehr genaue General Hedouville hatte bereits in einer Note gemeldet, daß er, falls man sich nicht in einer bestimmten Frist mit Ja oder Nein erklärt, die Antwort als eine abschlägige ansehn und nach Paris melden würde. Der Vicekanzler Kurakin, der gegen Frankreich besser gestimmt war als seine Kollegen, forderte den General Hedouville auf, seine Note zurückzunehmen, damit er den Kaiser Alexander nicht verletze, und versprach, daß die Angelegenheit dem Monarchen gleich nach seiner Zurückkunft vorgelegt und die Antwort unverzüglich ertheilt werden solle. Nach seiner Rückkehr in die Hauptstadt hörte der Kaiser seine Minister an und wurde von mehreren derselben sehr dringend aufgefordert, den vorgeschlagenen Plan zurückzuweisen. Das Kabinet schien getheilt, doch mehr zu Gunsten Oesterreichs als zu Gunsten Preußens gestimmt. Obgleich Alexander mit seiner frühreifen Schlauheit wol merkte, daß der Gebieter über die Angelegenheiten des Occidents ihm den Schein einer Rolle abtrete, deren Wirklichkeit er für sich selbst behalte; obgleich er einsah, daß diese Bedingungen, die man gemeinschaftlich in Regensburg diktiren sollte, schon ganz fertig von Paris kämen, war er doch nicht gleichgültig gegen die äußerlichen Rücksichten, die man gegen sein Reich beobachtete und sichtlich befriedigt durch ein Verfahren, das, zu dem von Teschen hinzukommend, für die Zukunft das Recht Rußlands feststellte, sich in die deutschen Angelegenheiten einzumischen. Er war überzeugt, daß der Erste Konsul sich darüber hinwegsetzen würde, wenn das russische Kabinet noch länger zögerte.

Dazu schienen ihm die Ansprüche Oesterreichs, das in diesem Augenblick in Petersburg die letzten Anstrengungen machte, ganz unvernünftig. Die Briefe des Königs von Preußen endlich wurden jeden Tag dringender. Von allen diesen Gründen bewogen entschied er sich für den vorgeschlagenen Plan und ratificirte die Uebereinkunft vom 4. Juni so zu sagen gegen den Willen seiner Minister. Während er seine Einwilligung gab, traf Prinz Ludwig von Baden in Petersburg ein, um die Rechte der Verwandtschaft geltend zu machen und einem Plane Billigung zu verschaffen, der das Vermögen und die Titel seines Hauses vermehrte; er fand aber seine Wünsche bereits erfüllt. Einige Tage später kam dieser Prinz durch einen Unfall, der seinen Wagen betraf, in Finnland ums Leben, während er von seiner Schwester, der Kaiserin von Rußland, zu seiner andern Schwester, der Königin von Schweden, reiste.

Der Kaiser Alexander hatte zwar seine Einwilligung gegeben, aber doch zwei Vorbehalte gestellt, nicht ausdrücklich, sondern nur mündlich und so, daß er es der Artigkeit des Ersten Konsuls anheimstellte, sie zu berücksichtigen. Die erste bezog sich auf den Bischof von Lübeck, der zugleich Herzog von Oldenburg und sein Onkel war. Dieser Fürst verlor durch Aufhebung des Weserzolls bei Elsfleth eine ziemlich beträchtliche Einnahme und verlangte dafür eine größere Entschädigung. Dazu waren nur einige tausend Gulden ausfindig zu machen. Der zweite Vorbehalt des Kaisers bezog sich auf die Kurfürstenwürde, die er gern dem Hause Meklenburg hätte zugestanden gesehn, obgleich sich dasselbe nicht viel daraus zu machen schien. Dies war schwieriger, denn diese neue Vergünstigung brachte die Zahl der Kurfürsten auf zehn und einen Protestanten mehr in das Kurfürstenkollegium.

Hierüber mußte später mit dem Reichstage ein Abkommen getroffen werden.

Alles war so angeordnet worden, daß die Kouriere von St. Petersburg über Regensburg zurückkehrten und den Gesandten Rußlands und Frankreichs den Befehl überbrachten, unverzüglich zu handeln. Rußland hatte zu seinem außerordentlichen Gesandten für diesen Fall Hrn. v. Bühler ernannt, seinen gewöhnlichen Vertreter beim bairischen Hofe, der Erste Konsul Hrn. v. Laforest, den französischen Gesandten in München, den seine Bekanntschaft mit den deutschen Angelegenheiten und seine Thätigkeit geeignet machte zu dieser schwierigen Angelegenheit. Die Note, welche die Vermittlung der beiden Höfe meldete, war schon im Voraus abgefaßt und den Gesandten Frankreichs und Rußlands zugeschickt, damit sie dieselbe vorlegen könnten, sobald die Kouriere von St. Petersburg zurückgekommen wären. Beide hatten Befehl, sich von München nach Regensburg zu begeben. Laforest führte diesen Befehl sogleich aus und lud Bühler ein, ihm ohne Aufschub zu folgen.

Am 16. August kamen sie in Regensburg an.

Der Reichstag hatte das schwierige Werk der neuen Organisation Deutschlands einer außerordentlichen Deputation aufgetragen, die aus einigen der hauptsächlichsten deutschen Staaten bestand. Dies war eine Nachahmung früheren Verfahrens bei ähnlichen Gelegenheiten, namentlich beim westphälischen Frieden. Die acht gewählten Stände waren Brandenburg (Preußen), Sachsen, Böhmen (Oesterreich), Würtemberg, der deutsche Orden (Erzherzog Karl), Mainz und Hessen-Cassel. Diese acht Staaten ließen sich in der außerordentlichen Deputation vertreten durch Gesandte, welche nach den Instruktionen ihrer Regierungen beriethen.

Diese Gesandten waren nicht alle zugegen. Laforest hatte große Mühe, sie nach Regensburg zu bringen, was um so schwieriger war, da Oesterreich in seiner Verzweiflung beschlossen, dem lebhaften Eifer des französischen Verfahrens die Langsamkeit der deutschen Verfassung entgegenzustellen. Die Note in Form einer Erklärung wurde im Namen der beiden Höfe dem leitenden Gesandten des Reichstages übergeben, welcher bei allen öffentlichen Mittheilungen den Vorsitz hatte. Der kaiserliche Bevollmächtigte erhielt eine Abschrift, denn es befand sich bei der Hauptdeputation, wie beim Reichstage selbst, ein Bevollmächtigter, der das kaiserliche Vorrecht ausübte, welches darin bestand, Mittheilung zu erhalten von den dem Reiche gemachten Vorschlägen, dieselben zu prüfen und im Namen des Kaisers zu genehmigen oder zu verwerfen.

Die Note der vermittelnden Mächte war würdig, freundschaftlich, aber bestimmt gehalten und sagte einfach, da die Staaten Deutschlands sich noch nicht zu verständigen vermocht über die Ausführung des Vertrages von Lüneville, und da ganz Europa viel daran läge, daß das Werk des Friedens durch Ausgleichung der deutschen Angelegenheiten seine letzte Vervollständigung erhalte, so böten Frankreich und Rußland als befreundete und unbetheiligte Mächte dem Reichstage ihre Vermittlung an, legten demselben einen Plan vor und erklärten: das Interesse Deutschlands, die Befestigung des Friedens und die allgemeine Ruhe Europa's geböten es, daß Alles, was die Regelung der deutschen Entschädigungen betreffe, binnen zwei Monaten erledigt werde. Diese Bestimmung einer Frist hatte allerdings etwas Befehlshaberisches, doch gab sie dem Schritt der beiden Höfe seinen Ernst und war in dieser Beziehung unerläßlich.

Diese Erklärung mußte großen Eindruck machen und machte ihn auch wirklich. Der leitende Gesandte, d. h. der Präsident überwies sie unverzüglich der außerordentlichen Deputation.

Während man in Regensburg so entschlossen verfuhr, that in Wien der französische Botschafter einen öffentlichen Schritt, um Oesterreich den Vermittlungsplan vorzulegen und dieser Macht zu erklären, man habe sie nicht verletzen wollen und wolle es auch jetzt nicht; allein die Unmöglichkeit, sich mit ihr zu verständigen, habe es nothwendig gemacht, etwas Entscheidendes zu thun, was die Ruhe Europa's gebieterisch verlange. Man gab übrigens zu verstehen, daß der Plan nicht Alles auf eine unwiderrufliche Weise feststelle, daß man noch manches Mittel übrig behalte, dem Wiener Hofe Dienste zu erweisen, so bei seinen Unterhandlungen mit Baiern, bei seinen Bemühungen, die Erblichkeit der Hochmeisterwürde des deutschen Ordens und des letzten geistlichen Kurfürstenthums Erzherzögen zu sichern; in allen diesen Angelegenheiten würde die Nachgiebigkeit des Ersten Konsuls sich nach der Nachgiebigkeit des Kaisers richten. Im Uebrigen hatte unser Botschafter, Champagny, Befehl, sich auf nichts Einzelnes einzulassen und zu erklären, daß jede ernstliche Verhandlung ausschließlich in Regensburg stattfinden solle.

Während dieser unvermeidlichen Verzögerungen der Diplomatie brannten die entschädigten Fürsten vor Ungeduld, die ihnen zugefallenen Gebiete zu besetzen, und hatten den Wunsch ausgesprochen, dies unverzüglich zu thun. Frankreich hatte eingewilligt, um den vorgeschlagenen Plan dadurch so gut wie unwiderruflich zu machen. Auf der Stelle ließ Preußen Hildesheim, Paderborn, Münster, das Eichsfeld,

Erfurt besetzen. Würtemberg und Baiern, die nicht minder ungeduldig waren, als Preußen, schickten Truppen in die ihnen zugewiesenen geistlichen Fürstenthümer. Der Widerstand von Seiten der letzteren konnte nicht groß sein, denn es waren theils alte Prälaten oder Kapitel, welche die erledigten Pfründen verwalteten, ohne die Mittel, ohne den Willen, sich zu vertheidigen. Die Härte der Besitzergreifenden kam in mancher Beziehung wol der Härte gleich, die man früher der französischen Revolution zum Vorwurf gemacht. Der natürliche Beschützer dieser armen Geistlichen war Oesterreich, dem die Ausübung der kaiserlichen Macht oblag; allein die Meisten von ihnen befanden sich weit entfernt von seinem Gebiet und denen, die in seinem Bereich lagen, konnte es nicht zu Hülfe kommen, ohne das bairische Gebiet zu verletzen, ein Schritt, der höchst bedenklich gewesen wäre. Eins dieser Bisthümer war jedoch leicht sicher zu stellen vor der Besetzung durch Baiern, das wichtige Bisthum Passau. Die Vertheidigung desselben zu unternehmen war eine Handlung der Kraft, ganz geeignet, das gesunkene Ansehn Oesterreichs wieder zu heben.

Wir haben bereits die geographische Lage dieses Bisthums bezeichnet: es lag ganz von Oesterreich umschlossen und hatte nur einen Punkt, Passau, auf bairischem Gebiet. Der Wiener Hof wünschte, wie wir gesehen, daß diese Festung sammt dem Bisthum dem Erzherzoge gegeben würde. Die Truppen Oesterreichs standen vor den Thoren Passau's und konnten mit einem Schritt in der Stadt sein. Die Versuchung war natürlich groß und an Vorwänden fehlte es nicht. Der arme Bischof hatte sich nämlich, als er die bairischen Truppen anrücken sah, an den Kaiser gewandt, den natürlichen Beschützer jedes einer Gewaltthätigkeit ausgesetzten

Reichsstandes. Der Plan, welcher sein Bisthum zum Theil Baiern, zum Theil dem Erzherzog Ferdinand gab, war nur erst ein Entwurf, kein Reichsgesetz, und bis er dies wurde konnte man die Ausführung desselben als eine gesetzwidrige Handlung ansehen. Allerdings wurden Schritte dieser Art in ganz Deutschland gethan; allein wo es möglich war, sie zu verhindern, warum sollte man es da nicht thun, warum nicht ein Zeichen des Lebens und der Kraft geben?

Oesterreich war aufs Höchste erbittert. Es beschwerte sich über alle Welt: über Frankreich, welches, ohne ihm etwas zu sagen, mit Rußland den Plan unterhandelt hatte, der Deutschland umgestaltete; über Rußland selbst, das ihm in Petersburg die Annahme des Vermittelungsplanes geheimgehalten; über Preußen und die Bundesmitglieder, die sich auf auswärtige Regierungen stützten, um das Reich gänzlich umzustürzen. Oesterreichs Klagen waren wenig gegründet und es hatte nur sich selbst, seinen übertriebenen Ansprüchen, seinen übelberechneten Schlauheiten zuzuschreiben, daß es in diesem Augenblicke von Jedermann im Stiche gelassen wurde. Es hatte ohne Wissen Frankreichs mit Rußland unterhandeln wollen und Frankreich hatte mit Rußland unterhandelt ohne sein Wissen; es hatte beabsichtigt, die Fremden ins Reich zu rufen, indem es sich an den Kaiser Alexander gewandt und Preußen und Baiern ahmten nur sein Beispiel nach, indem sie Frankreich beriefen, mit dem Unterschiede, daß Preußen und Baiern eine mit dem deutschen Staatskörper befreundete Macht, welche durch Verträge dazu verpflichtet war, einschreiten ließen. Die vorgängigen Besitzergreifungen waren allerdings übereilte und nach der Strenge des Rechts ungesetzliche Handlungen, allein zum Unglück für die Logik Oesterreichs hatte diese Macht selbst Salzburg und Berchtesgaden in Besitz

genommen. Wie dem auch sei, Oesterreich war erbittert, wollte beweisen, daß sein Muth nicht gebeugt sei durch ein Zusammentreffen unglücklicher Umstände, und that einen Schritt, welcher der gewöhnlichen Umsicht dieses Hofes wenig entsprach. Es gab seinen Truppen Befehl, durch die Vorstädte Passau's einzudringen und die Festung zu besetzen, gab aber zugleich Erklärungen ab, um den Eindruck dieses Schrittes zu mildern. Es erklärte, nur auf das ausdrückliche Verlangen des Bischofs von Passau sei es so verfahren; es wolle keinesweges eine der Streitfragen, welche dem deutschen Reichstage vorlägen, durch Gewalt entscheiden, sondern es beabsichtige nur eine Maßregel der Erhaltung; gleich nach der Entscheidung des Reichstages werde es seine Truppen zurückziehen und die streitige Stadt dem Eingenthümer überlassen, dem sie durch den definitiven Entschädigungsplan gesetzlich würde verliehen werden.

Die österreichischen Truppen rückten am 18. August in Passau ein. Während sie hineinmarschirten waren auch die bairischen Truppen ebendahin auf dem Marsche, und es fehlte wenig, so kam es zu einem ernsten Zusammentreffen, welches ganz Europa in Flammen gesetzt hätte. Die Umsicht der Offiziere beugte jedoch diesem Unglück vor und die Oesterreicher behielten die Festung in ihrer Gewalt.

Dies Verfahren war kühn, kühner als es sich für Oesterreich paßte, denn es hieß auf einem wichtigen Punkte der Erklärung der vermittelnden Mächte mit einer entschiedenen Thatsache entgegentreten. Der Eindruck, den dies Ereigniß auf das zahlreiche in Regensburg versammelte deutsche Publikum machte, war sehr groß. Es befanden sich daselbst Vertreter aller Staaten, der beibehaltenen, wie der aufgehobenen, der zufriedenen, wie der unzufriedenen und von denen

die Einen den vorgeschlagenen Plan durchzusetzen, die Andern in Bezug auf sich abzuändern suchten. Beamte aus Freistädten, Aebte, Prälaten, Mitglieder des reichsunmittelbaren Adels waren in Menge anwesend. Die Letzteren besonders, welche die Heere und die Kanzleien der deutschen Höfe füllten, waren in großer Menge als Gesandte beim Reichstage zugegen. Selbst solche, welche bevorzugte Höfe vertraten und die deshalb hätten zufrieden sein sollen, behielten nichtsdestoweniger ihre persönlichen Leidenschaften und waren als Mitglieder des deutschen Adels ganz und gar nicht zufrieden. Herr v. Görtz z. B., der Gesandte Preußens in Regensburg, war für seinen Hof Anhänger des Entschädigungsplanes, als reichsunmittelbarer Adliger dagegen bedauerte er innig die alte Ordnung der Dinge. Mehrere andere Gesandte deutscher Höfe befanden sich in demselben Falle. Diese Leute bildeten für sich ein leidenschaftliches und sehr auf die Seite Oesterreichs hinneigendes Publikum. Nicht sowol gegen Frankreich waren sie erzürnt, denn sie sahen wol, daß diese Macht bei allen diesen Angelegenheiten uneigennützig sei und keinen andern Zweck im Auge habe, als den, die deutschen Angelegenheiten zum Abschluß zu bringen; ihren strengsten Tadel aber richteten sie gegen Preußen und Baiern. Die Habgier dieser beiden Höfe, ihre Verbindung mit Frankreich, ihr Eifer, die alte Verfassung zu stürzen, wurde mit Ausdrücken ungewöhnlicher Bitterkeit bezeichnet. Die Nachricht von der Besetzung Passau's machte bei diesem Publikum einen tiefen und höchst angenehmen Eindruck. Nachdruck sei nothwendig, sagte man; Frankreich habe keine Truppen am Rhein; sein Friede mit England sei nicht so fest, daß es sich so leicht mischen könne in die Angelegenheiten Deutschlands; überdies habe der Erste Konsul erst jüngst eine Art monarchischer

Würde erhalten als Belohnung für den der Welt verschafften Frieden, und er könne eine so theuer bezahlte Wohlthat nicht so schnell wieder zurücknehmen. Man dürfe daher nur Energie entfalten, über den Inn gehen und Baiern eine Lektion geben, um die zahlreichen Hände zurückzuschlagen, die sich gleichzeitig gegen die deutsche Verfassung erhöben.

Der Eindruck, den jener Schritt in Regensburg gemacht, verbreitete sich bald in ganz Europa. Der Erste Konsul, welcher den Gang der Unterhandlungen mit Aufmerksamkeit beobachtete, war überrascht. Bisher hatte er sorgfältig jeden Schritt vermieden, der den allgemeinen Frieden hätte gefährden können. Sein Streben war gewesen, ihn zu befestigen, nicht aber ihn in Gefahr zu bringen. Aber er war nicht gemeint, sich öffentlich trotzen und besonders ein Resultat in Frage stellen zu lassen, das er mit so viel Anstrengung und in so vortrefflicher Absicht verfolgte. Er sah ein, was diese Kühnheit Oesterreichs in Regensburg herbeiführen könnte, wenn er sie nicht niederdrückte, und besonders, wenn er zu zaudern schien. Auf der Stelle beschied er die Gesandten Preußens und Baierns zu sich, Lucchesini und Cetto. Er legte Beiden die Wichtigkeit eines schnellen und energischen Entschlusses, gegenüber der neuen von Oesterreich angenommenen Haltung ans Herz, und die Gefahr, welcher der Entschädigungsplan ausgesetzt sein würde, wenn man bei dieser Gelegenheit auch nur im Mindesten schwanke. Diese beiden Gesandten sahen das vollkommen ein, denn das Interesse ihrer Höfe klärte sie in dieser Hinsicht genügend auf. Sie traten daher, ohne zu schwanken, den Ideen des Ersten Konsuls bei. Dieser schlug ihnen vor, sich durch eine ausdrückliche Uebereinkunft zu verpflichten, in welcher man aufs Neue erkläre, man sei geneigt, alle nothwendigen Mittel

anzuwenden, um den Vermittelungsplan geltend zu machen, und wenn in den sechzig, dem Reichstage zu ihren Arbeiten angewiesenen Tagen die Stadt Passau nicht geräumt sei, würde Frankreich und Preußen ihre Macht mit der Baierns vereinigen, um dem letztern Staat den im Entschädigungsplan versprochenen Antheil zu sichern. Diese Uebereinkunft wurde noch an demselben Tage, an welchem sie vorgeschlagen war, den 5. September 1802, unterzeichnet. Markoff berief der Erste Konsul nicht dazu, weil er von seiner Seite tausend Schwierigkeiten im Interesse Oesterreichs vorhersah. Ueberdies bedurfte er Rußlands nicht zu einem Schritt der Energie. Die Uebereinkunft wurde sogar nur noch drohender dadurch, daß sie nur von den beiden Mächten unterzeichnet war, die beide ernstlich entschlossen waren, sie in Ausführung zu bringen. Man begnügte sich damit, dieselbe Markoff mitzutheilen mit der Aufforderung, sie nach Petersburg zu senden, damit sein Kabinet ihr beitreten könne, wenn es dies für angemessen erachte.

Am folgenden Tage ließ der Erste Konsul seinen Adjutanten Lauriston mit der eben abgeschlossenen Uebereinkunft und einem Brief an den Kurfürsten von Baiern abgehen. In diesem Brief sprach er dem Kurfürsten Vertrauen zu, sicherte ihm aufs Neue den ganzen ihm versprochenen Antheil an der Entschädigung, und meldete ihm, daß zur festgesetzten Frist ein französisches Heer in Deutschland einrücken würde, um das Wort zu halten, welches Frankreich und Preußen gegeben. Der Adjutant Lauriston hatte Befehl, sich nach Passau zu begeben, um sich dort sehen zu lassen und um mit eigenen Augen zu untersuchen, in welcher Stärke die Oesterreicher an der bairischen Grenze aufgestellt seien. Dann sollte er sich in Regensburg zeigen, von hier nach Berlin gehen und über

Holland zurückkehren. Ihm wurden Briefe an die meisten deutschen Fürsten mitgegeben.

Das war mehr, als es bedurfte, um auf die deutschen Gemüther kräftig einzuwirken. Der Obrist Lauriston reiste auf der Stelle ab und kam, ohne einen Augenblick zu verlieren, in München an. Sein Erscheinen machte dem armen Kurfürsten große Freude. Alle Einzelnheiten aus dem Briefe des Ersten Konsuls gingen von Mund zu Munde. Der Obrist Lauriston setzte seine Rundreise unverweilt fort, überzeugte sich mit eignen Augen, daß die Oesterreicher viel zu schwach am Inn ständen, um mehr auszuführen, als eine Prahlerei, begab sich dann nach Regensburg und von da nach Berlin.

Diese Schnelligkeit im Handeln überraschte Oesterreich, setzte alle Opponenten auf dem Reichstage in Furcht und bewies ihnen, daß eine Macht wie Frankreich, sich nicht mit einer andern Macht wie Preußen, öffentlich verpflichtet habe, einen Plan gelingen zu machen, ohne es auch ernstlich zu wollen. Ueberdies war die Absicht der Vermittler so offenbar und hatte so klar den Zweck, durch den Abschluß der deutschen Angelegenheiten die Ruhe des Kontinents zu sichern, daß mit dem Gefühl der überlegenen Macht sich auch die Vernunft verbinden mußte, um jeden Widerstand zu beseitigen. Freilich blieben noch die Formschwierigkeiten zu besiegen, deren sich Oesterreich bedienen wollte, um die Annahme des Planes zu verzögern, wenn es nicht irgend ein Zugeständniß erlangte, das seine Verdrießlichkeit milderte und die bei dieser Gelegenheit blosgestellte Würde des Reichsoberhauptes rettete.

Die außerordentliche Deputation, welche vom Reichstage beauftragt war, ein Konklusum vorzubereiten und ihm vorzulegen, war jetzt versammelt. Die acht Reichsstände,

welche dieselbe bildeten, Brandenburg, Sachsen, Baiern, Böhmen, Würtemberg, der deutsche Orden, Mainz, Hessen-Kassel, waren zugegen in der Person ihrer Gesandten. Das Protokoll war eröffnet und Jeder hatte begonnen sein Votum abzugeben. Von den acht Ständen sprachen sich vier ohne Bedenken für den Plan der Vermittler aus. Brandenburg, Baiern, Hessen-Cassel und Würtemberg sprachen den hohen Mächten ihren Dank aus, daß sie die Güte gehabt, dem deutschen Reiche zu Hülfe zu kommen und es durch ihre uneigennützige Vermittelung aus der Verlegenheit zu ziehen. Sie erklärten den Plan für weise und annehmbar seinem Inhalte nach, abgerechnet einiges Einzelne in Betreff dessen die Hauptdeputation sehr wohl ein Gutachten abgeben und nützliche Aenderungen vorschlagen könne. In Betreff der festgesetzten Frist sagten sie, es sei dringend nothwendig, sowol für die Ruhe Deutschlands als ganz Europa's, sobald als möglich zum Schluß zu kommen. Ueber den zweimonatlichen Termin sprachen sich jedoch die vier zustimmenden Stände nicht mit Bestimmtheit aus. Eine Erinnerung an diese strenge Fristbestimmung, um Unterwerfung unter dieselbe vorzuschlagen, hätte ihre Würde blosgestellt; doch meinten sie allerdings dies und nichts Anderes, wenn sie ihren Mitständen empfahlen, die Sache so schnell als möglich zum Abschluß zu bringen.

Man hätte von Mainz ein zustimmendes Urtheil erwarten sollen, da dies geistliche Kurfürstenthum allein beibehalten und mit einer Einnahme von einer Million Gulden bedacht war. Allein der Baron Albini, der Vertreter des Erzbischofs-Kurfürsten, ein geistvoller, sehr gewandter Mann, wünschte im Grunde den guten Erfolg der Mediatisirung, war aber sehr verlegen gegenüber der ganzen kirchlichen Partei

einen Plan zu billigen, welcher die alte Feudalkirche Deutschlands vernichtete und ihn blos deswegen zu billigen, weil das Kurfürstenthum seines Erzbischofs beibehalten war. Dazu kam noch, daß dieser Erzbischof nicht völlig zufrieden war mit den ihn betreffenden Kombinationen. Das Amt Aschaffenburg, der letzte Rest des Kurfürstenthums Mainz, bildete den einzigen Theil seiner Einkünfte, der ihm als Landgebiet gesichert war; der übrige Theil sollte ihm in verschiedenen Anweisungen auf die vorbehaltenen Güter der Kirche gegeben werden und für diesen Theil der versprochenen Million, den beträchtlicheren, denn das Amt Aschaffenburg brachte kaum 300,000 Gulden, war er nicht ohne Besorgniß.

Albini gab daher für Mainz ein ziemlich zweideutiges Urtheil ab, dankte den hohen vermittelnden Mächten sehr für ihr freundschaftliches Einschreiten, beklagte weitläufig das Unglück der deutschen Kirche und unterschied in dem Plane zwei Theile, die Vertheilung des Gebiets und die allgemeinen Erwägungen, welche dem Entwurf beigefügt waren. In Betreff der Gebietsvertheilungen billigte der Mainzer Gesandte die Vorschläge der vermittelnden Mächte, mit Ausnahme der kleinen Entschädigungen; die allgemeinen Erwägungen aber, welche die zu treffenden Anordnungen bestimmten, fand er ungenügend, und namentlich schienen ihm die Pensionen der Geistlichkeit nicht klar genug gesichert zu sein. Man muß zugeben, daß die Bemerkungen des Vertreters von Mainz in dieser Beziehung nicht ungegründet waren.

Sein Gutachten enthielt also keine ausdrückliche Billigung.

Sachsen wünschte sein Gutachten noch zurückzuhalten, was bei den Berathungen des deutschen Reichstages sehr gebräuchlich war. Da man mehrmals Umfrage hielt, konnte

man es auf eine spätere Sitzung verschieben, seine Meinung abzugeben. Dieser sehr uneigennützige, sehr verständige Staat, der gewöhnlich unter dem Einfluß Preußens stand, im Herzen aber Oesterreich den Vorzug gab, überdies auch katholisch war durch die Religion seines Fürsten, obschon protestantisch durch die Religion seines Volkes, hegte peinliche Bedenklichkeiten bei dem Zwiespalt zwischen seinen Neigungen, die zu Gunsten des alten Deutschlands und zwischen seiner Verständigkeit, die zu Gunsten des Vermittelungsplanes sprach.

Böhmen und der deutsche Orden waren ganz österreichische Stände. Vom ersteren war es ausgemacht, weil der Kaiser König von Böhmen, und bei dem zweiten lag es eben so klar am Tage, da der Erzherzog Karl, Bruder des Kaisers, sein Generalissimus und Kriegsminister, Hochmeister des deutschen Ordens war. In Wien und Regensburg nahm man die Miene an, als mache man einen Unterschied zwischen dem kaiserlichen Gesandten und z. B. dem Gesandten Böhmens. Der Gesandte Böhmens, als besonderer Vertreter des Hauses Oesterreich, konnte sich erlauben, die Familiengesinnung auszusprechen, und so ließ man ihn denn die bittersten Dinge sagen. Der kaiserliche Gesandte, welcher im Namen des Kaisers sprach, gab sich einen größern Ernst und that, als spreche er vom Standpunkte der allgemeinen Reichsinteressen. Er war minder wahr und mehr pedantisch. Der Gesandte für Böhmen war v. Schraut, der kaiserliche Gesandte v. Hügel. Der Letztere, einer der vollendetsten Formmenschen, war doch dabei äußerst gewandt, wie viele jener Deutschen, welche beim Reichstage alt geworden und die unter der Pedanterei der Formen die ganze Verschlagenheit von Höflingen verbargen. Gesandter des deutschen Ordens

war v. Rabenau, der österreichischen Gesandtschaft völlig unterworfen, welche ihm vor Augen und mit Wissen des Reichstages sogar seine Noten abfaßte, eine Rolle, welche diesem achtbaren Gesandten sehr weh that und über die er sich selbst beklagte. Hügel, der kaiserliche Gesandte, leitete die österreichischen Stimmen und war beauftragt, mit Ränken und Zögerungen gegen die preußische Partei und die vermittelnden Mächte anzukämpfen.

Gleich in der ersten Sitzung erhob v. Schraut für Böhmen laute Klagen über das Verfahren gegen Oesterreich und antwortete mit Bitterkeit auf den diesem Hofe gemachten Vorwurf, mit dem die vermittelnden Mächte ihr Einschreiten hauptsächlich begründeten: daß man mit ihm niemals zu einem Abschluß gekommen sei. Dieser Gesandte erklärte, seit neun Monaten habe das kaiserliche Kabinet auch nicht eine Antwort auf seine Eröffnungen von Seiten der französischen Regierung erlangen können; über die Verhandlungen in Paris habe man es in der vollständigsten Unkunde gelassen; nie habe sein Botschafter in das Geheimniß der Vermittelung eingeweiht werden können und der Plan derselben sei ihm erst in demselben Augenblicke bekannt geworden, als man ihn in Regensburg mitgetheilt habe. v. Schraut beschwerte sich dann über den dem Erzherzog Ferdinand bestimmten Antheil und behauptete, daß der Vertrag von Lüneville verletzt sei; denn dieser Vertrag sichere dem Erzherzoge eine vollständige Entschädigung für seine Verluste zu, man gebe ihm aber als Ersatz für 4,000,000 Gulden, die er verloren habe, allerhöchstens 1,350,000 Gulden. Salzburg, behauptete v. Schraut, bringe nur 900,000, Berchtesgaden 200,000, Passau 250,000 Gulden ein. Das war eine reine Lüge. Einen Schlußantrag stellte übrigens Böhmen nicht.

Der deutsche Orden, der sich gemäßigter ausdrückte, wollte den Plan nur als ein zu Rathe zu ziehendes Aktenstück gelten lassen.

Man hatte also vier billigende Stimmen: Brandenburg, Baiern, Hessen-Kassel, Würtemberg; eine Stimme: Mainz, die im Grunde auch billigend war, die man aber noch bestimmen mußte, es vollständig zu werden; eine Stimme: Sachsen, von der zu erwarten war, daß sie der Majorität folgen würde, sobald diese Majorität sich ausgesprochen; zwei Stimmen endlich: Böhmen und der deutsche Orden, die völlig entgegen waren, bis Oesterreich eine Genugthuung zu Theil geworden.

Dieses Ergebniß wurde sogleich dem Ersten Konsul mitgetheilt. Als er das erste Gutachten Böhmens erfuhr, das die Unmöglichkeit, mit der Verhandlung der deutschen Angelegenheiten zu Ende zu kommen, dem hartnäckigen Stillschweigen Frankreichs schuld gab, wollte er diese Beschuldigung nicht auf sich sitzen lassen. Er gab sofort seine Erwiderung durch eine Note, die Herr v. Laforest dem Reichstage mittheilen sollte. In dieser Note sprach er sein Bedauern darüber aus, daß er zur Veröffentlichung von Unterhandlungen genöthigt werde, die ihrer Natur nach hätten geheim bleiben sollen; da man ihn aber, fügte er hinzu, durch öffentliche Verläumdung seiner Absichten dazu nöthige, so erkläre er, daß die angeblichen Eröffnungen, welche Oesterreich dem französischen Kabinet gemacht habe, nicht die Erledigung der allgemeinen Entschädigungssache, sondern eine Ausdehnung der österreichischen Grenze bis an die Isar und den Lech, d. h. die Ausstreichung Baierns aus der Zahl der deutschen Mächte, zum Zweck gehabt hätten, und daß die Anforderungen Oesterreichs, die man von Paris, wo sie mißlungen, erst nach

Petersburg, wo sie eben so wenig Erfolg erlangt, und dann nach München verlegt habe, wo sie drohend geworden, die vermittelnde Mächte zum Einschreiten genöthigt hätten, um die Ruhe Deutschlands und mit dieser die Ruhe des Kontinents zu sichern.

Diese vollkommen verdiente, aber in einem Punkte, in der Beschuldigung, daß Oesterreich sich bis an den Lech habe ausdehnen wollen (es hatte nämlich nur von der Isar gesprochen), übertriebene Erwiderung, versetzte das kaiserliche Kabinet in große Niedergeschlagenheit und es sah wol ein, daß es mit einem Gegner zu thun hatte, der in der Politik ebenso entschlossen war als im Kriege.

Die Unterhandlung mußte indessen weiter fortgeführt werden. Laforest brachte mit Ermächtigung seines Kabinets die erforderlichen Mittel in Anwendung, um das Votum von Mainz zu entscheiden. Man versprach dem Vertreter des Kurfürsten von Mainz, Baron Albini, dem Erzkanzler sein Einkommen nicht in Renten, sondern in reichsunmittelbaren, von keinem Fürsten abhängigen Besitzungen zu verleihen. Diesem Versprechen, das ihm in aller Form ertheilt wurde, fügte man einige klar verständliche Drohungen hinzu für den Fall, daß der Plan scheitern sollte. Auf diese Weise entschied man das Votum des Baron Albini. Eine unveränderte Annahme des Planes durchzusetzen war aber unmöglich. Die Ehre des deutschen Reiches erforderte es, daß die außerordentliche Deputation, indem sie den Plan ihrer Arbeit zu Grunde legte, wenigstens einige kleine Abänderungen mit demselben vornahm. Das Interesse mehrerer kleiner Fürsten erheischte manche Aenderungen einzelner Punkte, und Preußen stimmte überdies aus nicht wol einzugestehenden Beweggründen Mainz darin bei, daß die allgemeinen Bestimmun-

gen von dem Plane selbst gesondert und in einer andern Form abgefaßt werden müßten. Unter diesen Bestimmungen befand sich nämlich eine in Betreff der mittelbaren Kirchengüter, die theils zur Vervollständigung einiger Entschädigungen, theils zur Pensionirung der Geistlichen zurückbehalten waren. Viele von diesen Gütern waren Enclaven des preußischen Gebiets, und diese schon so günstig behandelte Macht hegte die Hoffnung, sie vor jeder neuen Zutheilung zu bewahren, und sich dieselben ausschließlich anzueignen. Es ging daher auf die Ideen des Standes Mainz ein und verabredete mit diesem, denjenigen Theil des Planes umzuarbeiten, der die allgemeinen Bestimmungen enthielt; zu gleicher Zeit verabredete es aber auch die Annahme der Hauptgrundzüge der Gebietsvertheilung durch ein vorläufiges Conclusum, mit der Bestimmung, daß die darin vorzunehmenden Abänderungen in Uebereinstimmung mit den Gesandten der vermittelnden Höfe gemacht werden sollten. Außerdem war man einverstanden, daß diese ganze Arbeit am 24. October 1802 vollendet sein solle, was nicht von dem Tage der Erklärung der Mächte, sondern von dem Tage an, an dem ihre Note der Deputation „diktirt," d. h. verlesen und ins Reichsprotokoll aufgenommen worden war, zwei Monate ausmachte.

Am 8. September wurde, ungeachtet aller Bemühungen des kaiserlichen Gesandten v. Hügel dieses vorläufige Conclusum angenommen. Brandenburg, Baiern, Würtemberg, Hessen-Cassel, Mainz, d. h. fünf Stände unter achten, erklärten sich für das vorläufige Conclusum, welches den Plan, mit Ausnahme einiger Abänderungen in Nebensachen die in Uebereinstimmung mit den vermittelnden Gesandten in demselben vorgenommen werden sollten, vollständig enthielt. In dieser Sitzung that Sachsen einen Schritt und sprach ein

in der Mitte liegendes Gutachten aus. Dieser Stand wollte, der Plan solle in dem Entschädigungslabyrinth zum „Leitfaden" genommen werden.

Böhmen und der deutsche Orden widersetzten sich der Annahme. Nach den Formen der Verfassung hätte der kaiserliche Gesandte das angenommene Conclusum den vermittelnden Gesandten mittheilen müssen. v. Hügel beharrte aber dabei, dies nicht zu thun. Uebrigens entschuldigte er sich unaufhörlich wegen der Hindernisse, die er der Unterhandlung in den Weg legte, und gab sich alle Mühe, eine freundschaftliche Eröffnung von Seiten des französischen und des russischen Gesandten herbeizuführen, indem er ihnen täglich wiederholte, daß der geringste Vortheil, den man dem Hause Oesterreich zugestehe, damit es wenigstens seine Ehre rette, dasselbe bestimmen würde, die Arbeit fortgehen zu lassen. Seine ganze Politik bestand jetzt darin, die französische und die russische Gesandtschaft zu ermüden, um den Ersten Konsul entweder zu einer Gebietsbewilligung am Inn oder zu einer Vertheilung der Stimmen in den drei Kollegien zu bewegen, welche die Fortdauer des österreichischen Einflusses im Reiche sicher stellte. Das Verfahren, welches Laforest, ein Meister in dieser Taktik, annahm und sein Kabinet annehmen ließ, bestand darin, trotz der österreichischen Gesandtschaft hartnäckig aufs Ziel loszugehen, in Regensburg nichts zu bewilligen, sondern die österreichischen Agenten nach Paris hinzuweisen, mit der Bemerkung, dort würden sie vielleicht etwas erlangen, aber nicht bevor, sondern erst nachdem man im Verlaufe der Unterhandlungen Gefälligkeiten von ihrer Seite erhalten habe.

Um zu einer Unterhandlung in Paris Zeit zu gewinnen, suchte die kaiserliche Gesandtschaft ein neues verändertes Con=

clusum zur Annahme zu bringen, das den vermittelnden Gesandten zugeschickt werden sollte, um mit ihnen über die annehmbaren Abänderungen zu einer Verständigung zu gelangen. Dieser Versuch führte aber zu weiter nichts, als daß er die sächsische Gesandtschaft etwas verstimmte und dies Mitglied der Hauptdeputation mit der Majorität von fünf Stimmen, die sich bereits ausgesprochen hatte, verband.

Obgleich sich die kaiserliche Gesandtschaft, wie Laforest berichtete, „gleich einer Mauer" zwischen die außerordentliche Deputation und die vermittelnden Gesandten stellte, denn sie blieb hartnäckig dabei, diesen die Beschlüsse der außerordentlichen Deputation nicht mitzutheilen, kam man doch überein, daß die von den kleinen Fürsten dem Reichstag übermachten Reclamationen diesen beiden Gesandten vertraulich mitgetheilt werden, daß dies Alles durch einfache Noten geschehen, daß die in Folge dieser Reclamationen bewilligten Abänderungen die Form von Beschlüssen erhalten, und daß deren Gesammtheit das definitive Conclusum bilden sollte.

Sobald den Reclamationen der Weg eröffnet war, ließen dieselben, wie man sich denken kann, nicht auf sich warten; sie kamen aber von den kleinen Fürsten aus, denn der Antheil der großen Fürstenhäuser war bei der allgemeinen Unterhandlung zu Paris bestimmt. Diese kleinen Fürsten waren allenthalben bemüht, sich Protection zu verschaffen. Leider ließen sich französische Beamte, und das war der einzige bedauerliche Umstand bei dieser denkwürdigen Unterhandlung, Leute, die unter den Mißbräuchen des Direktoriums groß geworden waren, die Hände besudeln durch Geldgeschenke, welche die nach Verbesserung ihres Looses begierigen deutschen Fürsten ohne Umsicht ausspendeten. Meistens verkauften die elenden Agenten, welche diese Geschenke annahmen,

einen Einfluß, den sie nicht hatten. Laforest, ein durchaus rechtlicher Mann und Frankreichs Hauptvertreter in Regensburg, achtete wenig auf die Empfehlungen, welche man zu Gunsten des einen oder des andern Hauses an ihn richtete, ja er zeigte sie sogar bei seiner Regierung an. Als der Erste Konsul es erfuhr, schrieb er mehrere Briefe an den Polizeiminister, um diesem schändlichen Handel ein Ende zu machen, der die Leute nur betrog, da die angeblichen, mit Gold bezahlten Empfehlungen gar keinen Einfluß auf die in Regensburg beschlossenen Anordnungen hatten.

Die größte Schwierigkeit bestand aber nicht darin, die Entschädigungszuschüsse zu regeln, sondern in der Anweisung derselben auf die zurückbehaltenen Besitzungen, mit denen man außerdem noch die Pensionen der abgeschafften Geistlichkeit bestreiten sollte. Die Bemühungen Preußens, die in seinen Staaten gelegenen Besitzungen vor dieser zwiefachen Belastung zu bewahren, veranlaßten große Streitigkeiten und waren der Würde dieses Hofes sehr nachtheilig. Zunächst mußte die dem Kurfürsten von Mainz als Fürsten Erzkanzler versprochene Einnahmeergänzung ausfindig gemacht werden. Man fand ein erstes Mittel, ihn zu befriedigen. Unter den beibehaltenen freien Städten waren auch Regensburg und Wetzlar; letzteres hatte wegen des Reichskammergerichts, das sich dort befand, die Eigenschaft einer freien Stadt behalten. Beide wurden, wie die meisten freien Städte, schlecht verwaltet und konnten das Fortbestehen ihres gegenwärtigen Zustandes nicht sehr wünschenswerth finden. Man bestimmte sie dem Fürsten Erzkanzler. Dies war sehr angemessen, denn in Regensburg hatte der Reichstag und in Wetzlar das oberste Reichsgericht seinen Sitz. Es war natürlich, sie dem Fürsten zu verleihen, der die Angelegenheiten Deutschlands

zu leiten hatte. Beide Städte, besonders Regensburg, waren sehr erfreut über ihre neue Bestimmung. Als Besitzer von Aschaffenburg, Regensburg und Wetzlar bezog der Fürst Erzkanzler 650,000 Gulden Einkünfte, die ihm durch ein Landgebiet gesichert wurden. Nun waren noch 350,000 Gulden für ihn aufzutreiben. Ferner brauchte man 53,000 Gulden für das Haus Stolberg und das Haus Isenburg, 10,000 Gulden für den Herzog von Oldenburg, einen Onkel und Schützling des Kaisers Alexander, im Ganzen 413,000 Gulden, die, außer den Pensionen für die Geistlichen, den zurückbehaltenen Kirchengütern aufgelegt werden mußten. Baden und Würtemberg hatten bereits den Antheil übernommen, der auf die in ihren Staaten gelegenen und zurückbehaltenen Besitzungen fiel. Preußen und Baiern sollten jedes die Hälfte von den noch herbeizuschaffenden 413,000 Gulden tragen. Baiern war finanziell sehr belastet, sowol durch die Menge der ihm zugefallenen Pensionen, als durch die von seinen alten Besitzungen auf die neuen übertragenen Schulden. Preußen wollte nicht einmal 200,000 Gulden von den noch fehlenden 413,000 übernehmen. Es hatte ein Mittel ausfindig gemacht, sie aufzutreiben, nämlich die 413,000 Gulden von den freien Städten Hamburg, Lübeck und Bremen bezahlen zu lassen, auf die es sehr eifersüchtig war. Diese Habgier gab in Regensburg großen Anstoß und der preußische Gesandte, Herr v. Görtz, war darüber so verlegen, daß er schon daran dachte, um seine Entlassung einzukommen. Aber Laforest hatte ihn im Interesse der Unterhandlung selbst davon abgebracht.

Die den kleinen Fürsten gegebene Erlaubniß, zu reklamiren, hatte eine Menge erloschener Ansprüche wieder ins Leben gerufen. Ein anderer Umstand trug noch mehr dazu bei,

sie wieder zu erwecken: das in Regensburg bereits sehr verbreitete Gerücht, daß Oesterreich nahe daran sei, in Paris eine größere Entschädigung für den Erzherzog Ferdinand zu erhalten. Hessen-Cassel war eifersüchtig auf das, was man für Baden gethan, Hessen-Darmstadt auf das, was für Hessen-Cassel geschehen, Oranien-Nassau auf das, was für den vormaligen Großherzog von Toskana geschehen sollte, und Alle verlangten Ergänzungen, die übrigens nirgend aufzutreiben waren. Die Besitzergreifungen durch Waffengewalt, welche ununterbrochen fortdauerten, vermehrten die allgemeine Verwirrung. Das deutsche Reich befand sich ganz in demselben Zustande, wie Frankreich unter der konstituirenden Versammlung, als man das Feudalwesen abschaffte. Der Markgraf von Baden, dem das ehemals Baiern gehörige Mannheim zufiel, lag mit dem letztgenannten Hause wegen einer Gemäldesammlung in Streit und es fehlte wenig, so wären Truppenabtheilungen dieser beiden Fürsten deswegen handgemein geworden. Um dies klägliche Schauspiel vollständig zu machen, ließ Oesterreich, das auf eine Menge von Landstrichen in Schwaben Ansprüche feudalen Ursprungs hatte, die Wappenpfähle Badens, Würtembergs und Baierns in verschiedenen, diesen Staaten durch den Entschädigungsplan zugetheilten Städten oder Abteien ausreißen. Preußen endlich hatte das Bisthum Münster in Beschlag genommen und wollte die Reichsgrafen, welche sich mit ihm in dieses Bisthum theilen sollten, nicht in Besitz setzen.

Mitten unter diesem Wirrwarr machte Oesterreich, das jetzt die Nothwendigkeit erkannte, einen Vergleich einzugehen, das Anerbieten, dem Plane der vermittelnden Mächte sofort beizutreten, wenn man ihm gegen Abtretung einiger seiner schwäbischen Besitzungen an Baiern, das Innufer überlasse.

Es trug diesem Fürsten von neuem die Stadt Augsburg zu seiner Residenz an. Ferner verlangte es die Ernennung zwei weiterer Kurfürsten, von denen der eine der zum Souverän von Salzburg berufene Erzherzog von Toskana war, der andere der Erzherzog Karl sein sollte, der bereits Hochmeister des deutschen Ordens war. Unter diesen Bedingungen war Oesterreich bereit, seine Erzherzöge als hinlänglich entschädigt anzusehn und sich in die Wünsche der vermittelnden Mächte zu fügen.

Der Erste Konsul konnte nach Allem, was in Betreff Passau's vorgefallen war, Baiern nicht mehr zur Abtretung der Inngrenze bestimmen, besonders aber fiel es ihm schwer, Deutschland zur Annahme dreier Kurfürsten zu bewegen, die aus dem einen Hause Oesterreich stammten. Endlich wollte er auch die freie Stadt Augsburg nicht aufopfern. Er antwortete, wie geneigt er auch sei, von Baiern einige Opfer zu verlangen, so könne er doch unmöglich die Abtretung der Inngrenze begehren. Doch gab er zu verstehen, daß er vielleicht so weit gehen würde, Baiern die Abtretung eines Bisthums, etwa das Bisthum Eichstädt, vorzuschlagen, daß es ihm aber unmöglich sei, mehr zu thun.

Die Zeit verstrich. Man war im Vendémiaire (Oktober) und der auf den 2. Brumaire (14. Oktober) bestimmte Schlußtermin nahte heran. Die Vermittler eilten, zu Ende zu kommen. Sie hatten alle kleinen Reklamationen angehört, diejenigen gelten lassen, welche Beachtung verdienten, und die Anordnungen entworfen, welche der Gebietsvertheilung beigefügt werden sollten. Die vom Kaiser Alexander für Meklenburg beanspruchte Kurfürstenwürde zu bewilligen, hatte Niemand für möglich gehalten, denn dadurch wäre noch ein neuer protestantischer Kurfürst zu den sechsen hinzugekommen,

die sich in einem Kollegium von neun Mitgliedern bereits befanden. Das Mißverhältniß war schon zu groß, um es noch größer zu machen. Diese Reklamation wurde beseitigt. Man hatte eine neue Vertheilung der Virilstimmen (so hießen die Stimmen im Fürstenkollegium) vorgenommen und die Stimmen der vom linken Rheinufer vertriebenen Fürsten auf ihre neuen Besitzungen übertragen. Dadurch entstand wie im Kurfürstenkollegium so auch im Fürstenkollegium eine bedeutende Veränderung zu Gunsten der Protestanten, denn an die Stelle der Prälaten oder Aebte traten weltliche Fürsten reformirter Religion. Um eine Art Gegengewicht zu bilden, hatte man Oesterreich neue Stimmen für Salzburg, Steiermark, Krain und Kärnthen verliehen. Den katholischen Fürsten fehlte es aber an Fürstenthümern, die für die Verleihung neuer Stimmen im Reichstage zum Vorwande dienen konnten. Trotz Allem, was man gethan hatte, war das Verhältniß, das früher, wie gesagt, 54 katholische gegen 43 protestantische Stimmen gewesen, gegenwärtig 31 katholische gegen 62 protestantische. Hieraus darf man jedoch nicht schließen, daß die österreichische Partei in einer diesen Zahlen entsprechenden Minorität gewesen. Nicht alle protestantischen Stimmen waren, wie wir schon anderwärts bemerkten, Preußen gesichert, und bei den kaiserlichen Privilegien, bei der Ehrfurcht, deren das Haus Oesterreich noch genoß und bei den Befürchtungen, die das Haus Brandenburg zu erregen begann, ließ sich zwischen den beiden nebenbuhlerischen Häusern das Gleichgewicht wol erhalten.

Das Städtekollegium hatte man unabhängig organisirt und es den beiden andern etwas mehr gleichzustellen gesucht. Die acht freien Städte waren auf sechs zusammengeschmolzen, da man Wetzlar und Regensburg dem Erzkanzler zugetheilt.

Preußen wollte dies dritte Kollegium auflösen und jeder freien Stadt eine Stimme im Fürstenkollegium beilegen. Dies wäre ein Mittel gewesen, noch einige derselben zu beseitigen, namentlich Nürnberg, nach dessen Besitz es trachtete. Die französische Gesandtschaft weigerte sich aber entschieden dagegen.

Ueber die Stellung des reichsunmittelbaren Adels wurde nichts gesagt und dieser befand sich in der peinlichsten Angst, denn Preußen und Baiern bedrohten ihn ganz unverhohlen.

Als der Schlußtermin, der 2. Brumaire, herannahte, ward der neue Plan endlich in der außerordentlichen Deputation zur Berathung gebracht. Brandenburg, Baiern, Hessen-Cassel, Würtemberg, Mainz billigten ihn. Sachsen, Böhmen, der deutsche Orden erklärten, daß sie ihn in Erwägung zögen, bevor sie sich aber definitiv darüber aussprächen, den Schluß der von Oesterreich in Paris angeknüpften Unterhandlung abwarten wollten, denn sonst, sagten sie, könne man leicht einen Plan annehmen, den man hernach wieder abändern müsse.

Die außerordentliche Deputation hatte ihr definitives Votum abgegeben und bis zum Ablauf der zweimonatlichen Frist waren nur noch drei bis vier Tage. Die Ehre der großen vermittelnden Mächte erheischte es, die Annahme ihres Planes in der bestimmten Frist auszuwirken. Laforest und Bühler, die aufrichtig zusammenwirkten, gaben sich die größte Mühe, um auszuwirken, daß am 29. Vendémiaire (21. Oktober) das Konklusum definitiv angenommen sei; allein sie stießen auf unendliche Schwierigkeit, denn v. Hügel sprengte überall aus, es werde jeden Augenblick ein Kourier, der bedeutende Abänderungen überbringe, aus Paris erwartet und in Paris selbst wünsche man einen Aufschub. Er war

so weit gegangen, Baron Albini zu bedrohen und sagte zu ihm, nach einer zuverlässigen Nachricht müßten ihm Befehle des Kurfürsten von Mainz zukommen, in denen sein Verfahren abgelehnt und ihm vorgeschrieben werde, kein Votum abzugeben. Das hieß eine von den fünf günstigen Stimmen erschüttern und zwar eine von denen, die bisher am treuesten gewesen waren. Diese Drohungen wurden so weit getrieben, daß Baron Albini sich beleidigt fühlte und nur um so entschiedener an seinem Entschlusse festhielt. Um die Verlegenheit voll zu machen, legte auch Preußen im letzten Augenblicke noch neue Hindernisse in den Weg: es wollte eine Fassung, die es der Zahlung seines Antheils zu den noch herbeizuschaffenden 413,000 Gulden von den zurückbehaltenen Kirchengütern überhoben hätte. Es hatte sogar Lust, sich einige Dependentien geistlicher Besitzungen anzueignen, welche Enclaven seiner Länder bildeten und durch den Entschädigungsplan andern Fürsten verliehen waren. Kurz, es erhob tausenderlei Ansprüche, von denen immer einer noch lästiger und unangemessener war als der andere und die, da sie ganz unversehens am Schlusse der Unterhandlung zum Vorschein kamen, ganz geeignet waren, diese noch scheitern zu lassen. Nicht der preußische Gesandte, v. Görtz, ein höchst würdiger Mann, der sich der Rolle schämte, die man ihn spielen ließ, sondern ein Finanzmann, den man ihm beigegeben hatte, veranlaßte diese Schwierigkeiten. Endlich gaben Laforest und Bühler einen letzten Anstoß und am 20. Vendémiaire (21. Oktober) wurde das definitive Konklusum von der außerordentlichen Deputation der acht Stände angenommen und die Vermittlung war innerhalb der von den vermittelnden Mächten bestimmten Frist gewissermaßen vollendet. Am letzten Tage stimmte Sachsen wie die fünf Stände, welche

die gewöhnliche Majorität bildeten, aus Achtung vor dieser Majorität.

Noch aber war so manches Einzelne zu regeln. Die Gebietsvertheilung und die organischen Anordnungen bildeten nicht eine und dieselbe Akte. Man hatte verlangt, daß sie zu einem einzigen Beschlusse vereinigt würden und daß dieser den im deutschen Reichstagsprotokolle bereits bekannten Titel „Receß" erhalte. Nachdem das Werk der außerordentlichen Deputation vollendet war, mußte es dem deutschen Reichstage vorgelegt werden, von dem die außerordentliche Deputation nur eine Kommission bildete. Bei der Abfassung des definitiven Konklusums hatte man aus Vorsicht bestimmt, daß der Receß dem vermittelnden Gesandten unmittelbar mitgetheilt werden solle. Man wollte so einer Verweigerung der Mittheilung an die vermittelnden Gesandten von Seiten der kaiserlichen Gesandten vorbeugen, wodurch bereits unangenehme Verzögerungen herbeigeführt waren.

Man machte sich sogleich ans Werk, um die Hauptakte und die Anordnungen in einem einzigen Dokumente zu verschmelzen. Dies gab v. Hügel neue Gelegenheit zur Anregung verwickelter Fragen. So z. B. verlangte er bei dieser definitiven Abfassung durchaus eine Beantwortung der Frage, ob man nicht eine Anweisung der 413,000 Gulden, welche dem Erzkanzler, dem Herzog von Oldenburg, dem Hause Isenburg und dem Hause Stollberg zukämen, auf irgend ein Unterpfand in den Receß aufnehmen wolle; ob es nicht jetzt Zeit sei, für die Pensionen des Erzbischofs von Trier, der Bischöfe von Lüttich, von Speier, von Straßburg zu sorgen, deren Staaten mit dem linken Rheinufer an Frankreich übergegangen waren und die nicht wußten, an wen sie sich wenden sollten, um Alimentationsgelder zu erhalten; ob nicht der

reichsunmittelbare Adel für den Verlust seiner Feudalrechte, für die man ihn früher zu entschädigen versprochen, auch wirklich eine Entschädigung erhalten solle.

Auf alle diese Forderungen neuer Geldbewilligungen antwortete Preußen mit einer Weigerung oder einer Verweisung auf die freien Städte. Baiern sagte mit Recht, daß es sehr verschuldet sei und erwarten müsse, daß seine Hülfsquellen durch dasjenige, was bei der in Paris angeknüpften Unterhandlung Oesterreich bewilligt werde, noch mehr vermindert würden. v. Hügel erwiderte, das sei nicht die Haltung, die man geheiligten Schulden gegenüber annehme.

Diese Streitigkeiten machten in Regensburg einen sehr schlimmen Eindruck. Besonders klagte man über die Habgier Preußens und über die Gefälligkeit Frankreichs gegen diese Macht. Man erkenne, hieß es, den großen Charakter des Ersten Konsuls gar nicht wieder, da er seinen Namen und seine Gunst auf solche Weise mißbrauchen lasse. Alle Gemüther wandten sich wieder Oesterreich zu, selbst diejenigen, welche gewöhnlich nicht für dasselbe eingenommen waren. Wenn man doch einmal einen vorwiegenden Einfluß im Reiche ertragen müsse, so sei es besser, meinte man, den Einfluß des alten Hauses Oesterreich zu ertragen, das allerdings ehedem sein Uebergewicht gemißbraucht habe, das aber auch die Deutschen eben so oft beschützt, als bedrückt habe. Bei den Staaten zweiten Ranges, wie Baiern, Würtemberg, den beiden Hessen, Baden, entstand eine Neigung, in der Mitte von Deutschland einen Bund zu bilden, um ebensowol Preußen als Oesterreich zu widerstehen.

Endlich war, trotz aller Kunst, mit der man diese Schwierigkeiten auszubeuten wußte, der Receß abgefaßt und am 2. Frimaire des Jahres XI (23. November 1802) von

der außerordentlichen Deputation angenommen worden. Für die Zahlung der ohne Anweisung gebliebenen 413,000 Gulden waren keine Mittel angegeben. Ehe man die letzte Hand ans Werk lege, wolle man erst das Ergebniß der Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich kennen lernen.

Die kaiserliche Gesandtschaft sah sich demnach definitiv besiegt durch die Thätigkeit und Ausdauer der vermittelnden Gesandten, die unwandelbar ihren Weg verfolgten, gestützt auf eine Majorität von fünf und zuweilen von sechs Stimmen unter acht, dann nämlich, wenn Sachsen durch Oesterreichs hartnäckigen Widerstand zu dieser Majorität hingeführt wurde; v. Hügel entschloß sich, die Sache geschehen zu lassen. Der Receß mußte von der speciellen Kommission, genannt außerordentliche Deputation, an den Reichstag selbst gebracht werden. Um von der ersten an den zweiten zu gelangen, war man entschlossen, sich ohne die Vermittelung der Gesandten des Kaisers zu behelfen, falls diese die Uebergabe verweigern sollten. Doch waren selbst die dem Entschädigungsplane am günstigsten gesinnten Deutschen geneigt, die verfassungsmäßigen Formen treu zu beobachten. Man fand das Reich schon genug erschüttert und sah überdies bei dem Umsturze der Verfassung eine neue Herrschaft voraus, die man eben so sehr scheute, als die alte. Selbst diejenigen, welche anfangs Preußens Anhänger gewesen, schlossen sich denen an, die Oesterreich stets als das vollkommenste Bild der alten Ordnung der Dinge verehrt hatten. Man war auf dem Punkt angelangt, den man bei Revolutionen bald erreicht: den neuen Gebietern zu mißtrauen und die alten etwas weniger zu hassen. Man wünschte daher, die kaiserlichen Gesandten nicht umgehen zu müssen, und die Nachricht, daß Oesterreich in Paris mit dem Ersten Konsul in Besprechung getreten sei,

erzeugte eine Hoffnung auf Annäherung, die Jedermann mit Freuden begrüßte.

v. Hügel war endlich zur Nachgiebigkeit gebracht und willigte ein, die Beschlüsse der außerordentlichen Deputation den vermittelnden Gesandten mitzutheilen, damit diese sich an den Reichstag wenden und auf Annahme des Recesses als Reichsgesetz antragen könnten. Doch weigerte er sich mit der Kleinlichkeit eines alten Förmlichkeitskrämers, ihnen den Receß selbst mit dem kaiserlichen Wappen versehen zuzusenden; er theilte ihnen nur einen einfachen Abdruck mit, nebst einer Depesche, welche die Richtigkeit desselben verbürgte.

Unverzüglich theilten die beiden Gesandten Frankreichs und Rußlands den Receß dem Reichstage mit und erklärten, daß sie im Namen ihrer betreffenden Höfe denselben seinem ganzen Inhalte nach billigten und darauf antrügen, ihn sofort in Erwägung zu ziehen und so bald wie möglich zum Reichsgesetz zu machen. Daß man sich so schnell an den Reichstag wandte, waren Mittel, die Ankunft sowol der abwesenden deutschen Reichstagsgesandten, als die Instruktionen für diejenigen, welche noch keine hatten, zu bewirken.

Hier wurden neue Vorsichtsmaßregeln nöthig in Bezug auf die Zusammensetzung des Reichstags. Alle auf dem linken Rheinufer durch Frankreichs Eroberung, auf dem rechten durch das Säkularisationssystem beseitigten Stände zum Mitstimmen zulassen, das hieß sich einem unbesieglichen Widerstand ihrerseits aussetzen oder auch sie verurtheilen, ihre eigene Aufhebung selbst auszusprechen. Man kam mit dem Direktorialgesandten, d. h. mit dem Erzkanzler, überein, ausschließlich die im Reiche beibehaltenen Stände einzuberufen, ob ihre Titel verändert wären oder nicht. So wurden im Kurfürstenkollegium weder Trier noch Cöln einberufen,

wol aber Mainz, dessen Titel ex jure novo festgestellt war. Im Fürstenkollegium beseitigte man diejenigen, deren Gebiet der französischen oder der helvetischen Republik einverleibt war, wie z. B. die weltlichen und geistlichen Fürsten von Zweibrücken, Mümpelgard, Lüttich, Worms, Speier, Basel, Straßburg. Die Fürsten, welche neue Besitzungen erhalten hatten, behielt man einstweilen bei mit dem Vorsatz, später ihren Titel zu bestimmen und ihn auf die säkularisirten Gebietstheile übertragen zu lassen, welche ihnen zugefallen waren. Im Städtekollegium beseitigte man die gesammten einverleibten freien Städte und ließ nur die sechs beibehaltenen von denselben: Augsburg, Nürnberg, Frankfurt, Bremen, Hamburg, Lübeck.

Diese Vorsichtsmaßregeln waren unerläßlich und hatten den erwarteten Erfolg. Keiner der abgeschafften Stände erschien und in den ersten Tagen des Januar begann der Reichstag seine Berathungen. Das Protokoll wurde eröffnet. Man rief in den drei Kollegien die Stände der Reihe nach auf. Die Einen gaben ihr Gutachten sogleich ab, die Andern behielten es sich vor, es später abzugeben, wie es beim Reichstage gebräuchlich war. Mit der definitiven Beschlußnahme wartete man auf die letzte Umänderung, welche das vorgelegte Konklusum in Folge der zu Paris zwischen Frankreich und dem Wiener Hofe angeknüpften Unterhandlung erleiden sollte.

Die Angelegenheiten waren bis zu dem Punkte gediehen, auf welchem der Erste Konsul sie haben wollte, um endlich Oesterreich eine Genugthuung zu gewähren. Streng genommen hätte man sich auch ohne Oesterreich behelfen können und die drei Kollegien trotz seines Widerstandes abstimmen lassen. Selbst die mißvergnügtesten unter den Deut-

schen fühlten es, daß der Sache ein Ende gemacht werden müsse, und waren entschlossen, für den Receß zu stimmen, worauf dann die bereits vollzogenen Besitzergreifungen eine Art Gesetzmäßigkeit gehabt hätten, und die Verweigerung der kaiserlichen Genehmigung die Entschädigten nicht verhindert haben, würde, ihrer neuen Besitzungen in Ruhe zu genießen. Allein der Widerstand des Kaisers gegen die neue Verfassung, wie unverständig er auch sein mochte, würde dennoch das Reich in eine schiefe, unsichere und den friedlichen Absichten der vermittelnden Mächte wenig entsprechende Lage gebracht haben, und es war daher besser, einen Vergleich einzugehen und die Zustimmung des Wiener Hofes zu erwirken. Das beabsichtigte der Erste Konsul und er hatte es nur deswegen so lange verschoben, damit er Oesterreich weniger Opfer zu bringen und von Baiern weniger Opfer zu verlangen brauche; denn von dem Letzteren mußte gefordert werden, was man dem Ersteren zugestehn wollte.

Der Erste Konsul hatte sich auch wirklich in den letzten Tagen des Decembers dazu verstanden, mit Kobenzl in Besprechung zu treten und war zuletzt mit ihm einig geworden über einige Zugeständnisse zu Gunsten des Hauses Oesterreich. Da Baiern gegen die Abtretung der Inngrenze einen unbesiegbaren Widerwillen zeigte, entweder wegen der äußerst werthvollen Salinen, die sich zwischen dem Inn und der Salza befinden, oder wegen der Lage Münchens, das der neuen Grenze zu nahe gewesen wäre, so hatte man auf diese Art von Ausgleichung verzichten müssen. Der Erste Konsul beschränkte sich auf die Abtretung des Bisthums Eichstädt an der Donau, das 70,000 Einwohner zählte, 350,000 Gulden Einkünfte lieferte und ursprünglich für das pfälzer Fürstenhaus bestimmt gewesen war. Für diese dem Erzherzog

Ferdinand bewilligte Vergrößerung nahm man die Bisthümer Brixen und Trient von seinem Antheil zurück und säkularisirte diese zu Gunsten Oesterreichs. So gestand es die letztere Macht deutlich ein, welchem Interesse sein verwandtschaftlicher Eifer zum Deckmantel diente. Für diese Säkularisation nahm es aber freilich von seinen eigenen Besitzungen das kleine Amt Ortenau ab und vergrößerte damit den Antheil des Herzogs von Modena, welcher bekanntlich der Breisgau war. Ortenau lag in Baden unweit des Breisgau.

Oesterreich hatte verlangt, daß noch zwei Kurfürsten aus seinem Hause ernannt würden; man bewilligte ihm einen, den Großherzog Ferdinand, der demgemäß Kurfürst von Salzburg werden sollte. Dies gab zehn Kurfürsten statt der neun, welche der Plan der Vermittler enthielt, und statt der acht der früheren Verfassung. Das war für Oesterreich eine Verbesserung seiner Stellung im Kurfürstenkollegium, denn jetzt befanden sich in demselben vier katholische Kurfürsten: Böhmen, Baiern, Mainz, Salzburg, gegen sechs protestantische: Brandenburg, Hannover, Sachsen, Hessen-Cassel, Würtemberg Baden.

Diese Bedingungen wurden in eine am 26. December 1802 von Kobenzl und Joseph Bonaparte zu Paris unterzeichnete Uebereinkunft aufgenommen. Markoff wurde eingeladen, ihr im Namen Rußlands beizutreten, und da er Oesterreich ergeben war, ließ er sich auch nicht lange bitten. Preußen zeigte sich kühl, aber nicht widerstrebend. Baiern fügte sich, verlangte aber für das von ihm verlangte Opfer entschädigt und insbesondere seines Antheils an den 413,000 Gulden enthoben zu werden, die Niemand zahlen wollte.

Oesterreich hatte versprochen, dem Vermittelungswerke

kein Hinderniß mehr entgegenzustellen und hielt auch so ziemlich Wort. Außer den in Paris erlangten Zugeständnissen wollte es noch ein letztes erhalten, über das es nur in Regensburg selbst mit den Abfassern des Recesses unterhandeln konnte. Dieses Zugeständniß betraf die Anzahl der Virilstimmen im Fürstenkollegium. Während beim Reichstage das Protokoll eröffnet war und eine Meinung nach der andern darin ausgesprochen wurde, hielt zu gleicher Zeit auch die außerordentliche Deputation Sitzungen, und änderte den Vermittelungsplan der Uebereinkunft von Paris gemäß noch einmal um. Der Reichstag gutachtete also über einen Entwurf, den die Hauptdeputation täglich umformte. Man hatte die in Paris vereinbarten Gebietsveränderungen hineingesetzt; man hatte ferner die Ernennung des neuen Kurfürsten von Salzburg beigefügt; man hatte endlich neue Virilstimmen aufgenommen, wodurch das Verhältniß der protestantischen und der katholischen Stimmen im Fürstenkollegium verändert und auf 54 katholische gegen 77 protestantische Stimmen, statt auf 31 gegen 62 gebracht wurde. Allen diesen Fragen mußte jedoch ein Ende gemacht werden, insbesondere derjenigen, welche sich auf die 413,000 Gulden bezog. Baiern, das an Eichstädt 350,000 Gulden verloren hatte, konnte nicht gezwungen werden, noch 200,000 zu geben. Es hatte sie verweigert, und diese Verweigerung hatte man ganz natürlich gefunden. Preußen aber wollte, obwol es gar nichts verloren, seinen Antheil an einer so geringfügigen Belastung dennoch nicht tragen. Um 200,000 Gulden wird man keinen Krieg anfangen, hatte Herr v. Haugwitz gesagt: eine klägliche Aeußerung, die in Regensburg Jedermann verletzte und die Rolle Preußens tief unter die Rolle Oesterreichs sinken ließ, das, indem es

widerstand, wenigstens Gebietstheile und Verfassungsgrundsätze vertheidigte.

Streng genommen hätte der Erste Konsul diese Habgier überwinden können, da er aber, um seinen Plan gelingen zu machen, Preußens bis ans Ende bedurfte, so war er genöthigt, dasselbe zu schonen. Weder für den Erzkanzler, noch für die Pensionen der Geistlichkeit, noch für einige andere, schon früher auf die zurückbehaltenen Güter angewiesene Schulden wußte man Fonds aufzutreiben. Die Last als „Römermonate*)“ auf die Gesammtheit des deutschen Reichs zu vertheilen, war unmöglich, weil es von jeher unübersteigbare Schwierigkeiten gehabt hatte, gemeinsame Ausgaben durch das Reich bezahlen zu lassen. Ein Beweis dafür war der verfallene Zustand der Bundesfestungen. Es blieb nichts übrig, als ein Mittel in Anwendung zu bringen, durch welches die Liberalität des ersten französischen Planes in Bezug auf die Flußschifffahrt etwas vermindert wurde. An der Elbe, an der Weser, am Rhein hatte man alle Zölle abgeschafft. Für einige unerläßliche Unterhaltungskosten, z. B. für Treidelpfade, mußte jedoch gesorgt werden, sonst würde die Schifffahrt bald ins Stocken gerathen sein. Man entschloß sich, auf dem Rhein einen mäßigen Schiffszoll einzuführen, weit geringer als alle Feudalzölle, mit denen dieser Strom ehedem belastet gewesen, und aus dem Ueberschusse, den dieser Zoll gewähre, sollten die 350,000 Gulden für den Fürsten Erzkanzler, die 10,000 Gulden für den Herzog von Oldenburg, die 53,000 Gulden für das Haus Isen=

*) Römermonate hießen die gemeinsamen Ausgaben, welche in althergebrachten Verhältnissen auf das ganze Reich vertheilt wurden.

burg und das Haus Stollberg, so wie noch einige Tausend Gulden bestritten werden, um verschiedene Fürsten zu einigen, die einander kleinlicherweise Anweisungen, die sie nicht annehmen wollten, zu- und wieder zurückschickten. Auf diese Weise stellte man Preußens Habgier zufrieden, überhob Baiern der 200,000 Gulden, die es auf seinen Antheil zu liefern gehabt hätte, verminderte den Verlust, dem es durch die Abtretung Eichstädts erlitten hatte, und erfüllte das dem Fürsten Erzkanzler gegebene Versprechen, ihm ein unabhängiges Einkommen zu sichern. Dies wünschten alle Deutschen, denn für den Fürsten, der die Ehre genoß, im Reichstage den Vorsitz zu führen, und welcher der letzte Vertreter der drei geistlichen Kurfürsten des heiligen römischen Reiches war, fanden sie eine Million Gulden Einkünfte nur eben ausreichend. Er wurde zum einzigen Verwalter jener Abgabe bestellt, in Uebereinstimmung mit Frankreich, welches das Recht hatte, die auf dem linken Ufer zu machenden Ausgaben zu überwachen. Aus diesem Gesichtspunkte hatte auch Frankreich sich über jene Anordnung nicht zu beklagen, denn von nun an lag es durchaus im Interesse des Fürsten Erzkanzlers, in gutem Einvernehmen mit uns zu bleiben.

Endlich wurde der zum letzten Male umgestaltete Plan am 25. Februar (6. Ventose des Jahres XI) von der außerordentlichen Deputation als Schlußakte angenommen und sofort dem Reichstage zugesendet, wo die drei Kollegien ihn fast einstimmig annahmen. Widerspruch fand er nur von Seiten Schwedens, dessen Monarch bereits die Geistesstörung wahrnehmen ließ, welche ihn vom Throne gestürzt hat, und Europa durch seine königlichen Tollheiten in Erstaunen setzte. Er sprach sich gegen die vermittelnden und die deutschen Mächte, welche zu einer so schweren Verletzung der ur-

alten Verfassung Deutschlands mitgewirkt hatten, heftig tadelnd aus. Diese lächerliche Großthuerei eines Fürsten, um den sich Niemand in Europa kümmerte, trübte die Befriedigung nicht, mit der man die langwierigen Kümmernisse des Reiches nun zu Ende gehen sah.

Die Deutschen, selbst diejenigen, denen es um die alte Ordnung der Dinge leid that, die aber doch in ihrem Urtheile noch einige Billigkeit bewahrten, erkannten an, daß man in diesem Falle die unvermeidlichen Früchte eines unverständigen Krieges ernte; daß der deutsche Boden, nachdem das linke Rheinufer in Folge dieses Krieges verloren gegangen war, durchaus neu vertheilt werden mußte; daß diese Vertheilung für die großen Fürstenhäuser allerdings vortheilhafter sei als für die kleinen, daß aber die Ungleichheit ohne Frankreichs Zuthun noch weit verderblicher geworden wäre; daß die Verfassung in mehreren Stücken modificirt, aber im Wesentlichen doch erhalten worden sei, und im konservativen Sinne unmöglich eine einsichtsvollere Reform hätte erleiden können. Kurz, sie erkannten an, daß ohne die Energie des Ersten Konsuls Deutschland in Folge der damals erhobenen Ansprüche jeder Art in Anarchie gerathen wäre. Wie man damals gegen das Oberhaupt der französischen Regierung gesinnt war, das geht besser als aus allen Reden daraus hervor, daß man in Hinsicht auf mehrere unentschieden gebliebene Fragen wünschte, er möchte seine mächtige Hand nicht sogleich von den Angelegenheiten Deutschlands abziehen. Man wünschte, daß Frankreich verpflichtet sein solle sein Werk als Bürge zu überwachen.

Es gab in der That noch mehrere allgemeine und besondere Streitfragen, welche die Vermittlung nicht zu lösen

vermocht hatte. Preußen war in offnem Zwiste mit der Stadt Nürnberg und erlaubte sich tyrannische Maßregeln gegen dieselbe. Dieselbe Macht hatte bisher den Grafen von Westphalen ihren Antheil am Bisthum Münster noch nicht übergeben wollen. Frankfurt war in Streit mit den benachbarten Fürsten über eine Abgabe, die man ihm zu deren Gunsten zum Ersatz für einige von denselben abgetretene Besitzungen auferlegt hatte. Preußen und Baiern wollten das Stillschweigen des Recesses zur Einverleibung des reichsunmittelbaren Adels in ihren Staaten benutzen. Oesterreich machte in Schwaben eine Menge Feudalrechte geltend, die von zweifelhaftem Ursprunge waren und die Souverainetät der Herzöge von Würtemberg, Baden und Baiern antasteten. Besonders hatte es eben erst eine beispiellose Eigenthumsverletzung begangen. Die unlängst säcularisirten geistlichen Staaten hatten in der Wiener Bank Gelder liegen, die ihnen gehörten und die an die entschädigten Fürsten übergehen sollten. Diese Gelder, die sich auf 30 Millionen Gulden beliefen, hatte die österreichische Verwaltung mit Beschlag belegt, was einige Fürsten in Verzweiflung brachte. Alle diese Gewaltthätigkeiten machten die Einsetzung einer Autorität wünschenswerth, die sich mit der Vollziehung des Recesses beschäftigte, wie es in Folge des westphälischen Friedens geschehen war. Ferner wünschte man die Wiedereinführung der alten Kreise, denen die Pflicht oblag, die Interessen der Einzelnen zu schützen. Endlich war auch noch die deutsche Kirche zu organisiren, die, ihres fürstlichen Ranges beraubt, einer neuen Einrichtung bedurfte.

Der Erste Konsul hatte es nicht übernehmen können, diese letzteren Schwierigkeiten zu lösen, denn dann hätte er sich zum beständigen Gesetzgeber Deutschlands machen müssen.

Er hatte sich blos damit befassen können, das Gleichgewicht des deutschen Reiches als einen Theil des europäischen Gleichgewichts dadurch zu erhalten, daß er feststellte, wie viel einem jedem Reichsstande an Gebiet wie an Einfluß beim Reichstage zukomme. Das Uebrige konnte nur Sache des Reichstags selbst sein, dem allein die gesetzgebende Gewalt zustand. Er war dazu ausreichend, jedoch unter Beihülfe Frankreichs, das die neue Verfassung Deutschlands garantirte, wie es die alte garantirt hatte. Die Schwachen, die sich von den Starken bedroht sahen, riefen diese Garantie bereits an. Den mächtigsten deutschen Höfen lag es ob, durch ihre Mäßigung dem neuen Eingreifen einer fremden Hand vorzubeugen. Leider durfte man sich darauf, nach dem gegenwärtigen Verfahren Preußens und Oesterreichs zu schließen, wenig Rechnung machen.

Der Kaiser hatte seine Ratifikation, nachdem er lange auf dieselbe warten lassen, endlich ertheilt, aber unter zwei Vorbehalten. Der eine betraf die Erhaltung aller Privilegien des reichsunmittelbaren Adels, der andere eine neue Vertheilung der protestantischen und der katholischen Stimmen beim Reichstage. Das hieß, das dem Ersten Konsul für die Uebereinkunft vom 26. December gegebene Wort nur zur Hälfte halten.

Uebrigens aber waren die in Wahrheit ganz Europa angehenden Schwierigkeiten, die das Gebiet betreffenden, durch das kräftige und kluge Einschreiten Bonaparte's überwunden. Hatte irgend etwas seinen Einfluß auf Europa deutlich dargethan, so war es diese so geschickt geführte Unterhandlung, in welcher er, Gewandtheit mit Festigkeit vereinend, abwechselnd die Herrschsucht Preußens und den Stolz Rußlands

zum Widerstande gegen Oesterreich benutzte, dieses niedergehalten ohne es zur Verzweiflung zu treiben und so Deutschland seinen Willen auferlegt hatte, zum eignen Vortheil Deutschlands und zum Frommen der Weltruhe: der einzige Fall, in welchem es erlaubt und nützlich sein kann, sich in fremde Angelegenheiten einzumischen.

zum Widerstande gegen Oesterreich benutzte, dieses niedergehalten ohne es zur Verzweiflung zu treiben und so Deutschland seinen Willen auferlegt hatte, zum eignen Vortheil Deutschlands und zum Frommen der Weltruhe: der einzige Fall, in welchem es erlaubt und nützlich sein kann, sich in fremde Angelegenheiten einzumischen.

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Thiers, Adolphe,

Geschichte des Konsulats und Kaiserreichs

Bd.: 12

Leipzig (1845)

Gall.rev. 933 uh-11/15
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10424609-2